

Quelle: Gegenstandspunkt 3-2006

Imperialismus heute

Weltmarkt und Weltmacht

Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

Inhalt

I. Die Konkurrenz der Nationen um den Reichtum der Welt.....	3
1. Der nationale Kapitalstandort und seine Erfolgsmittel	3
2. Die Währung und ihr Wert.....	13
II. Die Konkurrenz der Nationen um überlegene Gewalt	24
1. Krieg und Frieden.....	24
2. Der Weltfrieden nach dem Weltkrieg: Ein ‚kalter Krieg‘	40
3. Amerikas ‚Neue Weltordnung‘: Ein dauerhafter ‚Krieg gegen den Terrorismus‘	48

Kriegsgründe entstehen im *Frieden*; wann sonst. Umgekehrt ist *Frieden* der „Zustand“, den *Kriege* herstellen und der ohne Kriegsfähigkeit und -bereitschaft gar nicht zu haben ist. Das wussten schon die alten Römer; und nach deren Grundsatz – „Si vis pacem, para bellum!“ – handelt noch im 21. Jahrhundert die NATO, wenn sie sich dazu verpflichtet, zwecks Sicherung des Weltfriedens jederzeit zu nicht weniger als sechs Militäreinsätzen gleichzeitig – zwei größeren Kriegen à 60.000 Mann und bis zu vier kleineren mit 20-30.000 Mann Kampftruppen – fähig und bereit zu sein.

Gewandelt haben sich im Laufe der Zeit freilich nicht bloß die Dimensionen, in denen die zuständigen Strategen denken und handeln. Dass die Großmächte heute für nichts Geringeres als den *Weltfrieden* verantwortlich sein wollen, keinen bewaffneten Konflikt unbeaufsichtigt lassen, überall eingreifen können und sich das nach eigenem Ermessen auch vorbehalten, das hat – um das Wenigste zu sagen – „damit zu tun“, dass sie einen wirklich weltumspannenden Kapitalismus zustande gebracht haben und in ihrem ökonomischen Bestand von dem Nutzen abhängen, den sie aus dieser kapitalistisch erschlossenen Welt herauswirtschaften. Eine so existenzielle Abhängigkeit schließt für die großen Nutznießer die Notwendigkeit ein und ist für deren Regierungen gleichbedeutend mit dem Gebot sicherzustellen, dass die politischen Machthaber in aller Welt die Beteiligung am globalen Geschäftsleben als sachliche Grundlage, wesentlichen Inhalt und verbindlichen Leitfaden ihrer Herrschaft anerkennen, und dafür zu sorgen, dass keiner aus der Reihe tanzt. Auf die Sachzwänge des Weltmarkts, die nach Auffassung moderner

Globalisierungstheoretiker selbst die mächtigsten Staaten zu ohnmächtigen Erfüllungsgehilfen der Übermacht ökonomischer Verhältnisse degradiert haben, verlassen sich die maßgeblichen Weltpolitiker dabei mitnichten. Für deren praktischen Verstand ist klar genug, dass die härtesten Sachzwänge und die Gebote der marktwirtschaftlichen Vernunft erst und nur dann greifen, wenn und solange eine souveräne Staatsgewalt zum Mitmachen entschlossen ist und ihre Gesellschaft auf marktwirtschaftliches Geldverdienen als Überlebensmittel festlegt. Dann steckt freilich in jedem marktwirtschaftlichen Sachverhalt ein Zwang, und alle Momente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind Ansatzpunkte, um die Privatmacht des Geldes und die Vollmachten seiner Schöpfer erpresserisch geltend zu machen. Doch um so, in den geordneten Bahnen geschäftlicher Erpressungsmanöver, mit einander und mit der ganzen Welt umspringen zu können, bedürfen die kapitalistischen Führungsmächte eines Arguments, das die höchsten Gewalten, die in letzter Instanz nur ihre eigene, nämlich die „Sprache der Gewalt“ verstehen, von der Alternativlosigkeit einer Entscheidung für das kapitalistische Weltsystem, von der Zuständigkeit der Großen für Ordnung und Sicherheit des globalen Geschäftsgangs und von der Unerlässlichkeit „guter Regierung“ nach demokratisch-marktwirtschaftlichem Vorbild überzeugt. An der Notwendigkeit unwidersprechlicher Gewalt gibt es keinen Zweifel, weil verantwortliche Ordnungspolitiker immer irgendwelche Störenfriede kennen, gegen die ihre friedliche Geschäftsordnung verteidigt werden muss. Jahrzehntelang war es die Sowjetmacht mit ihrem Sozialistischen Lager, an der der Universalismus der Freiheit des Eigentums und seiner Sachzwänge sich gebrochen hat und gegen die folglich Ordnung und Frieden verteidigt werden mussten; zur heute erreichten Globalisierung der marktwirtschaftlichen Idylle hat es nicht weniger als einen langjährigen Kalten Krieg mit beständig perfektionierter atomarer Vernichtungsdrohung und vielen regionalen Nebenkriegsschauplätzen gebraucht. Das Weltkriegssystem, das die Führungsmacht der Freien Welt zu diesem Zweck mit ihrer Rüstung und vermittels eines Netzes von Bündnissen auf die Beine gestellt hat, ist mit dem Triumph über die große systemwidrige Ausnahme bekanntlich keineswegs überflüssig geworden, vielmehr seiner eigentlichen Bestimmung näher gekommen: Nicht mehr gelähmt durch „Gegenabschreckung“ und „atomares Patt“, konfrontiert „der Westen“ die Welt mit seinem Willen und seiner Fähigkeit zu totaler militärischer Abschreckung, beglaubigt beides durch Drohungen und „asymmetrische“ Kampfeinsätze gegen wirkliche und potenzielle Abweichler wo auch immer auf der Welt; und die herkömmliche Unterscheidung, die klare Scheidung zwischen Kriegszustand und Frieden wird hinfällig. Die hochgeschätzten Regeln der *freien* Konkurrenz auf dem Weltmarkt treten und bleiben nämlich nur in Kraft, wenn ununterbrochen kleine und große Sicherheitsfragen *gewaltsam* gelöst werden. Dann, auf der Grundlage ständiger Militäreinsätze, ist die gewaltfreie Nutzung dieser Regeln im ökonomischen Verkehr zwischen den Nationen aber auch garantiert – eine Nutzung, die bekanntlich einiges an Erpressungspotenzial zur Geltung bringt und ebenso merkwürdige Abhängigkeiten wie eine auffällige Verteilung des Reichtums stiftet.

Dieser schöne Erfolg des freiheitlichen Imperialismus hat freilich einen Haken: Er untergräbt die Kooperation, zu der die kapitalistischen Großmächte sich in der Konfrontation mit dem gemeinsamen großen Feind in Moskau haben nötigen lassen. Schon im Kalten Krieg, für den die USA ihre europäischen und anderen Verbündeten gebraucht und funktionalisiert und in dem die umgekehrt Amerika als Schutzmacht für ihre nationalen Belange in Anspruch genommen haben, sind Aufwand und Ertrag der gemeinsamen Sicherheitspolitik von allen Beteiligten beständig äußerst kritisch überprüft worden: der Aufwand nicht bloß an Geld für Rüstung, sondern an Bündnisdisziplin, an Rücksichtnahme auf die Partner, an Verzicht auf Eigenmächtigkeiten und Exklusivrechte – immerhin war es mit den Kolonialreichen der zwei westeuropäischen Siegermächte auch deshalb vorbei, weil die neue amerikanische Weltordnung dafür keine Verwendung mehr hatte –; auf der anderen Seite der Ertrag an

Freiheiten des Konkurrierens und des geschäftlichen Zugriffs, an politischem Einfluss auf die Alliierten und überhaupt an strategischer Bedeutung usw. Der Ausgang der entsprechenden von Argwohn geprägten, auf Statusverbesserung gerichteten Revisionsbemühungen der Verbündeten ist seit der Selbstauflösung der Sowjetmacht nicht mehr durch die gemeinsame Weltkriegsoption vorentschieden: Alle Beteiligten kalkulieren neu. Den Kollateralnutzen, den ihre Kriegsallianz für sie abgeworfen hat: die gemeinsame Kontrollmacht, die Kompetenz zur Bevormundung anderer Souveräne, die Verpflichtung der Partner auf Entgegenkommen, die Freiheit, die ganze Welt als ökonomisches Betätigungsfeld mit Beschlag zu belegen – den mögen sie allesamt nicht missen; zu einer Aufteilung des Globus in exklusive Einflussphären will kein moderner Imperialist zurück. Andererseits sind alle, die Führungsmacht ebenso wie ihre Alliierten, überhaupt nicht zufrieden mit dem erreichten Stand nationaler Kontrollmacht, mit den Erfolgsperspektiven der nationalen Wirtschaft, mit den politischen und ökonomischen Erträgen des Weltfriedens und den politischen und finanziellen Unkosten des dafür nötigen universellen Abschreckungsregimes; was die USA an strategischen und materiellen Diensten von den andern Großmächten verlangen, deckt sich weder mit deren Benutzungsinteressen und Machtansprüchen noch mit deren Willen, von der amerikanischen Weltmacht als gleichrangiger Kontrahent respektiert zu werden; beide Seiten ringen um Korrekturen; das zersetzt den politischen Einigungswillen, auf dem die gewohnte friedliche Austragung der Konkurrenz der Nationen beruht und den keine der verantwortlichen Mächte kündigen will.

So funktioniert *Imperialismus heute*.

I. Die Konkurrenz der Nationen um den Reichtum der Welt

Um kapitalistischen Reichtum konkurrieren dessen Eigentümer und Manager; nach der absurden Logik der marktwirtschaftlichen Vernunft und gemäß den Vorschriften und Lizenzen ihrer nationalen Gesetzgeber und politischen Betreuer. Die sind ihrerseits auf einen Gesamterfolg der Wirtschaft scharf, die sie regieren: auf gelingende Kapitalakkumulation im Allgemeinen, auf positive Bilanzen des grenzüberschreitenden Geschäfts im Besonderen. Denn davon hängen Macht und Einfluss ihres Staatswesens ab. Daher *registriert* eine moderne Herrschaft nicht bloß die Konkurrenzergebnisse, die ihre Außenhändler und Multis zustande bringen. Mit den Mitteln staatlicher Gewalt *konkurriert* sie gegen ihresgleichen um nationalen Gewinn.

1. Der nationale Kapitalstandort und seine Erfolgsmittel

a)

Moderne Völker *brauchen Arbeit*. Nicht in dem banalen Sinn, dass allemal einiges an Mühe notwendig ist, um den gesellschaftlichen Bedarf an Lebens- und Genussmitteln zu befriedigen und Produktionsmittel dafür herzustellen – ginge es bloß darum, wäre also ein vernünftig planender Materialismus am Werk, dann wäre die Verausgabung von Arbeitskraft nur Mittel zum Zweck und geschähe mit dem Ziel, diesen Aufwand nach Möglichkeit zu reduzieren und frei verfügbare Lebenszeit für frei gewählte Tätigkeiten zu

gewinnen; doch so einfach ist es in der freien Marktwirtschaft mal wieder nicht. Da geht es Ländern nur dann gut, wenn deren Einwohnerschaft von ihrer späten Jugend bis ins frühe Greisenalter möglichst vollzählig werktätig von früh bis spät oder in kontinuierlicher Wechselschicht in Büros, Fabriken oder an anderen, mobilen Arbeitsplätzen einrückt; und Völker laborieren nicht an einem Mangel an nützlichen Gütern, der durch zweckmäßigen Einsatz von Arbeit und Maschinerie zu beheben wäre, sondern leiden ausgerechnet dann Not, wenn es für sie angesichts übervoller Warenregale in den Kaufhäusern der Welt nichts zu tun gibt.

Die immanente Logik dieser Verrücktheit ist jedem aufgeklärten Zeitgenossen so geläufig, dass die Verrücktheit selbst, die absurde Umdrehung von Zweck und Mittel, nicht einmal dann groß auffällt, wenn die Entwicklung neuer Waren und die Weckung entsprechender Bedürfnisse gefordert wird – von engagierten Gewerkschaftlern ebenso wie von US-Präsidenten und BundeskanzlerInnen –, um „Arbeit zu schaffen“. Sogar die Bedürfnisse selber, die durch Arbeitsprodukte befriedigt werden, und zwar die naturwüchsig-notwendigen ebenso wie die kunstreich erworbenen, sind in der Welt der Marktwirtschaft bloß Mittel zum Zweck – zu dem Zweck nämlich, mit *Arbeit Geld* zu verdienen. Dabei fallen in dieser Zweckbestimmung Arbeitsaufwand und Geldertrag tatsächlich so vollständig *zusammen*, dass eine in der Marktwirtschaft befangene Gesellschaft allen Ernstes ein *Bedürfnis nach Arbeit* entwickelt – dies allerdings, wie auch ein jeder weiß und dummerweise ganz normal findet, ausgerechnet deswegen, weil die herrschende Gleichung von Arbeit und Geldverdienen *zwei komplementär gegensätzliche Bedeutungen* hat, die die Gesellschaft politökonomisch in *Klassen* scheiden.¹

– Die „breite Masse“ braucht jemanden, nämlich einen „Arbeitgeber“ mit Geld, der sie für geleistete Arbeit bezahlt. Genau genommen benötigt sie also weniger die Arbeit als das dafür gezahlte Entgelt. Als „abhängig Beschäftigter“ verfügt der Mensch aber von sich aus noch nicht einmal über die Möglichkeit, zu arbeiten und dafür Geld zu verlangen. Er ist darauf angewiesen, dass ein Unternehmer ihm überhaupt etwas zu tun gibt: Die Gelegenheit, mit Arbeit Geld zu verdienen, unterliegt selber fremder Verfügungsgewalt, liegt wie ein unverfügbare elementarer Bedarfsartikel außerhalb seiner Reichweite. So macht die Not für ihn das Arbeiten selber zum elementaren ökonomischen Anliegen. Hat eine derart „unselbständige“ Person glücklich einen Arbeitsplatz gefunden, dann setzt sich diese Gleichung von Arbeit und Geld für sie in der Weise fort, dass ihre einzige Chance, ihr Arbeitsentgelt aufzubessern, in vermehrter Anstrengung und Mühe und verlängerter Arbeitszeit liegt – und auch diese Chance ist kein ihr verfügbares Mittel, sondern ein Angebot, das die Gegenseite ihr erst machen und nach der sie selber „nachfragen“ muss wie nach einem Bedürfnisgegenstand.

– Diese andere Seite, die gemäß marktwirtschaftlicher Sprachregelung kurz und bündig „die Wirtschaft“ heißt, braucht ihrerseits die Arbeit anderer Leute, eines angestellten Fußvolks. Sie braucht das nicht für irgendein spezielles Bedürfnis, das die entsprechenden Figuren sich gegen Geld bequem erfüllen lassen möchten, sondern *als Geldquelle*: als Quelle frisch geschaffenen *Eigentums* in Gestalt verkäuflicher Ware welcher Art auch immer, die Geld einbringt. Sie hat ein Bedürfnis nach Arbeit; und das ist ebenso *bedingt* wie *maßlos*. *Bedingung* ist ein Verhältnis zwischen weggezahltem Arbeitsentgelt und eingenommenem Geldertrag der angewandten Arbeit, das den „Arbeitgeber“ reicher macht; und das nicht bloß überhaupt und irgendwie, sondern in solchem Umfang, dass er sich unter seinesgleichen, „am Markt“, also gegen seine Konkurrenten, mit besonders preiswerten Verkaufsschlagnern durchsetzen kann. Insoweit kalkuliert

¹ Dieser Zusammenhang ist ausführlich behandelt in dem Artikel über „Arbeit und Reichtum“ in GegenStandpunkt 4-96, S.103, und GegenStandpunkt 1-97, S.3, der auch als Sonderdruck zu haben ist. [Der Artikel steht auf unserer Webseite www.farberot.de in der Texttribüne als Download zur Verfügung.]

er mit Arbeit als Mittel zum Zweck: als notwendigem Aufwand; freilich nicht an Zeit und Mühe, sondern an Geld, das fremden Leuten gezahlt werden muss, um ein Maximum an Ertrag aus ihrer Arbeit herauszuholen. Diese Kalkulation gebietet Sparsamkeit in doppeltem Sinn: Billig muss die benötigte Arbeitsmenge sein, also der Lohn pro verfügbarer Arbeitszeit niedrig; und im Verhältnis zum verkäuflichen Produkt muss die benötigte Arbeitsmenge selber gering ausfallen – oder umgekehrt jede bezahlte Arbeitsstunde ein Höchstmaß an geldwertem Output hergeben. Äußerst *verschwenderisch* ist diese Sparsamkeit also, was den Aufwand der „abhängig Beschäftigten“ an Arbeitsmühe, an Arbeitszeit und an Arbeit pro Zeit, also an Leistung betrifft; zugleich sehr *verächtlich* hinsichtlich des mit Geld zu bezahlenden Werts der angewandten Arbeitskraft. Beides zusammen macht Arbeit *rentabel*; und das ist die *unerlässliche*, zugleich aber auch die *einzig* Bedingung, der die Arbeit genügen muss, um für „die Wirtschaft“ als Mittel zu taugen und nachgefragt zu werden: Ihr Bedürfnis nach rentabler Arbeit ist schlechthin *maßlos*. Es kennt keinen Bedarf, mit dessen Deckung es einmal befriedigt wäre: Ums Kommando über ein *immer größeres Maximum* rentabler Arbeit tobt der Konkurrenzkampf der Unternehmen; *immer mehr* rentable Arbeit ist selber *der* ökonomische Zweck der Gesellschaft. Dieses grenzenlose Bedürfnis verschärft umgekehrt das Bemühen der konkurrierenden Akteure der freiheitlichen Marktwirtschaft um immer härtere *Restriktionen* bei der Bezahlung und bei der Anwendung bezahlter Arbeit, also um ein *immer kleineres Minimum* an Arbeit überhaupt im Verhältnis zum geschaffenen Geldwert und an zu zahlendem Arbeitsentgelt: Das ist ja die Waffe der Konkurrenz um den kapitalistischen Reichtum, der seine *Quelle* in *rentabler* Arbeit und sein *Maß* in deren *Menge* hat.

Die Paradoxie dieses Konkurrenzkampfs macht sich für die einen und für die anderen, die in der marktwirtschaftlichen Idylle allen Ernstes *Arbeit brauchen*, „naturgemäß“ ganz unterschiedlich geltend. Die lohnabhängige Masse der Gesellschaft ist mit ihrer Arbeitszeit, ihrem Leistungsvermögen und dem Salär, das sie sich damit verdient, dem doppelt restriktiven Sachzwang der Rentabilität ausgesetzt, wird folglich mit dem kapitalistischen Fortschritt weder ihre Arbeitsmühe und ihre langen Arbeitszeiten los noch reich, geschweige denn reich genug, um sich von diesem Zwang loszukaufen; mit ihrem „arbeitsparenden Fortschritt“ sorgt „die Wirtschaft“ im Gegenteil dafür, dass der Bedarf der „Unselbstständigen“ an Arbeitsgelegenheiten immer wieder in größerem Umfang unbefriedigt bleibt; sei es, weil die erfolgreichen Unternehmen ihre Konkurrenzerfolge mit einer absolut verringerten Belegschaft erzielen, sei es, weil die Verlierer eine rentable Ausbeutung nur noch in geringerem Umfang oder gar nicht mehr hinkriegen und arbeitslose Mannschaften hinterlassen. „Der Wirtschaft“ insgesamt bleibt auf die Art bei allem Wachstum ein Reservoir an verfügbaren Arbeitskräften erhalten, aus dem sie ihren Bedarf an billiger Arbeit jederzeit zu decken vermag. Dafür generiert ihr Wachstum mit der so einträglichen Verbindung von einschränkender Bedingtheit und Maßlosigkeit des Bedürfnisses nach Arbeit selber eine Wachstumsschranke der absurdesten Art: In ihrer unendlichen Jagd nach Geld produzieren die kapitalistischen Unternehmen immer wieder mehr Verkäufliches, als tatsächlich Gewinn bringend verkauft werden kann – schon gleich in Anbetracht der äußerst begrenzten Geldsumme, die die Lohnabhängigen in ihrer Eigenschaft als Endverbraucher ausgeben vermögen. Die Ansprüche der Arbeitgeber, mit der maßlosen Anwendung immer rentablerer Arbeit immer mehr Geld zu verdienen, überschreiten das Maß des Geldes, das auf ihren Märkten überhaupt zu verdienen ist; eben das macht die Schärfe ihres Konkurrenzkampfes aus. Und das büßen bisweilen sogar nicht bloß die mit den unrentabelsten Arbeitsplätzen mit einer Pleite; darunter leidet periodisch „die Wirtschaft“ insgesamt und kommt im Krisenfall um eine flächendeckende Wegwerfaktion nicht herum – um anschließend mit demselben Irrsinn fortzufahren.

b)

Der moderne Staat betreut diese Verhältnisse mit seiner ganzen Recht setzenden und durchsetzenden Gewalt. Dass er sie seinen Rechtssubjekten erst aufnötigt, dass seine politische Ökonomie insgesamt eine gewalttätige Angelegenheit ist, das würde freilich kein Verantwortlicher zugeben. Wer im freiheitlichen Gemeinwesen etwas zu sagen hat, findet einfach überhaupt nichts dabei, das Dasein der Bürger in ein Korsett von Vorschriften zu zwängen, die Arbeit für Geld zum alleinigen gesellschaftlichen Lebenszweck und -mittel machen; das hält man im Gegenteil für einen Dienst, den die Regierenden ihren selbstverantwortlichen Untertanen schulden und mit dem sie den sachlichen Erfordernissen der natürlicherweise herrschenden Marktwirtschaft entsprechen müssen, weil die sonst doch nicht funktioniert. So macht moderne Politik sich das so eindeutig zweideutige gesellschaftliche Grundbedürfnis nach Arbeit sachgerecht zu Eigen. Den Unternehmern, die kraft ihres gesetzlich geschützten Eigentums über die Lizenz zum Gebrauch und zur Ausnutzung der gesellschaftlichen Arbeit verfügen, steht sie mit einem beständig verfeinerten Katalog von Vorschriften, Maßregeln und Beihilfen zur Seite, damit die Ausübung der privaten Kommandomacht über die Quellen des marktwirtschaftlichen Reichtums im Allgemeinen wie im Besonderen möglichst ertragreich ausfällt. Das ist keine leichte Aufgabe angesichts der Tatsache, dass der allseitige Konkurrenzkampf kapitalistischer Eigentümer und die dafür notwendige Anarchie der Märkte überhaupt nie zur allseitigen Zufriedenheit der betroffenen Nutznießer zu steuern sind. Immerhin kommen die politisch Verantwortlichen ganz gut damit zurecht, dass ihre Fürsorge für ein gedeihliches Kapitalwachstum immer von irgendwem als Freiheitsberaubung und Entrechtung des Eigentums zurückgewiesen und zugleich reformerische Tatkraft im Interesse der ökonomischen Vernunft eingefordert wird: Sie bauen die widersprüchlichen Anforderungen „der Wirtschaft“ in ihre Parteienkonkurrenz ein – und können im Übrigen sowieso nichts falsch machen, wenn sie sich an die eine parteiübergreifende Haupt- und Generallinie halten: Erstens muss Arbeit rentabel sein, und zweitens muss so viel rentable Arbeit wie möglich und immer mehr davon unter dem Kommando und zum Nutzen der nationalen Unternehmerschaft stattfinden. Indem sie sich dafür stark macht, erfüllt eine sachgerechte Wirtschaftspolitik nicht bloß ihre Verantwortung für „die Wirtschaft“, sondern ebenso das Bedürfnis und moralische Recht der Volksmassen, „beschäftigt“ zu werden: Dem Verlangen nach einem Arbeitsplatz gibt der moderne Klassenstaat voll Recht, hält dabei strikt daran fest, dass dieses hohe Gut in den Händen einer Minderheit von Arbeitgebern liegt, und fördert auf der Grundlage die allgemeine Bereitschaft der aktiven wie vor allem der verhinderten Arbeitnehmer, um einer Arbeit willen beim Lebensunterhalt Abstriche zu machen und bei der Verfügbarkeit und beim Leistungswillen zuzulegen. So dienen die Machthaber ihrem Gemeinwesen und haben dabei zugleich die materielle Grundlage ihrer Herrschaft im Blick. Die besteht nämlich in dem *Geld* – der gegenständlichen Macht über die gesamte marktwirtschaftliche Warenwelt und die Arbeit, die diese hervorbringt –, das unter der Regie konkurrenztüchtiger Arbeitgeber an rentablen Arbeitsplätzen geschaffen und von kapitalistischen Eigentümern akkumuliert wird.

Als derart eigennütziger und deswegen erst recht bedingungsloser Freund und Förderer des Wirtschaftswachstums, des unendlichen Bemühens seiner Eigentümerklasse um Bereicherung, entdeckt der Staat an Land und Leuten, die er dafür verfügbar macht, einen ganz entscheidenden Mangel: Für den maßlosen Expansionsdrang des Kapitals, das er betreut, ist sein Herrschaftsbereich, wie ausgedehnt auch immer, prinzipiell *zu klein*. Die *gesellschaftliche Zahlungsfähigkeit*, dazu bestimmt, die Produkte der gesellschaftlichen Arbeit in wirklichen, nämlich abstrakten Reichtum: in Geld zu verwandeln, ist auf die heimische Bürgerschaft beschränkt – deren Kaufkraft noch dazu dadurch, dass die lohnabhängige Mehrheit nur in den Grenzen ihres nach Rentabilitätskriterien bemessenen Arbeitsentgelts über solche

Kraft verfügt –; und diese Schranke widerspricht den Grunderfordernissen kapitalistischer Geldvermehrung – ganz jenseits und unabhängig von der Frage, ob auf der einen Seite schon jede Notdurft befriedigt ist und was für Bedürfnisse auf der anderen Seite erfunden und geweckt werden, um mit extravaganten Waren und Dienstleistungen Geld abzuholen; unabhängig auch davon, ob überhaupt und wie viele Produzenten und Kaufhäuser auf ihren Angeboten sitzen bleiben. Dasselbe gilt für die *natürlichen Ressourcen*, die die Wirtschaft einer Nation für ihr Wachstum benötigt und verbraucht: Was sich innerhalb des staatlichen Hoheitsgebiets findet, ist allemal endlich, deswegen prinzipiell und womöglich sogar ganz aktuell eine Schranke für den akkumulierenden Reichtum. Und auch wenn der *nationale Arbeitsmarkt* reichlich mit Arbeitslosen bestückt ist, reichen die Wachstumspotenzen, die „die Wirtschaft“ entwickelt und entfalten soll, grundsätzlich über den heimischen Personalbestand hinaus; auch in der Hinsicht sind die räumlichen Grenzen nationalstaatlicher Macht unverträglich mit dem maßlosen Expansionsdrang des Kapitals. Folglich tun die politisch Verantwortlichen alles, um die Grenzen ihres Staatswesens, also die ihrer Nachbarn und überhaupt alle Grenzen dieser Welt für die private Zugriffsmacht des national tätigen Kapitals „durchlässig“ zu machen.

– Eine ihrer marktwirtschaftlichen Machtbasis bewusste Staatsgewalt verschafft ihren Kaufleuten Zugang zu den *natürlichen Ressourcen* der auswärtigen Welt: zu Bodenschätzen, an denen es im eigenen Land fehlt oder die dort nur unter hohem Kostenaufwand zu fördern wären, sowie zu Agrarprodukten aus anderen Klimazonen bzw. aus Ländern, wo solche Produkte billiger als daheim herzustellen sind. Zum Auftakt der neueren Geschichte des Kapitalismus ist da vor allem das verrückteste systemeigene Bedürfnis dieser Produktionsweise voll zum Zuge gekommen: In großem Stil und ohne Rücksicht auf Verluste herbeigeschafft wurde *Gold*; nicht, weil es für irgendein bestimmtes materielles Bedürfnis nützlich oder als Produktionsmittel unentbehrlich gewesen wäre, sondern weil es kraft Gewalt und Gewohnheit die *Macht des Eigentums* über alles Nützliche und dessen Produktion *gegenständlich repräsentiert*: als „Fetisch“ der bürgerlichen Welt, der deren *ökonomisches Gewaltverhältnis* in *Gewichtseinheiten* buchstäblich *verkörpert*. Den Nutzen aus dieser großen Beschaffungsaktion haben, ganz sachgerecht, nicht die räuberischen Kolonialherren akkumuliert, die das Gold bloß weggezahlt haben, sondern die Kaufleute, die es *verdient*, als Grundlage für Kredit und den Kredit als Kapital verwendet und auf die Weise ihre geschäftsmäßige Bereicherung an den Arbeitsleistungen und -produkten eigener und fremder Arbeitskräfte in Schwung gebracht haben. Die Nationen, die so: nicht durch die geraubte Geldware als solche, sondern vermittelt deren kapitalistisch zweckmäßiger Verwendung, zu Zentren der Kapitalakkumulation geworden sind, haben längst weit anspruchsvollere Zugriffsbedürfnisse entwickelt: Heute ringen sie, zäh und erbittert, um Rohstoffquellen für ihre Industrie und insbesondere um gesicherte Verfügung über natürliche Energieträger, die für ihre Wirtschaft materiell unentbehrlich sind, mit ihrem Preis in jede marktwirtschaftliche Kostenrechnung eingehen und so mitentscheiden über die Wachstumspotenzen der Nationen.

– Entscheidend wichtig sind billige Rohstoffe aus aller Welt, die die Material- und Energiekosten der Unternehmen gering halten, deswegen, weil Kapitalisten heute mit ihren Warenpreisen weltweit konkurrieren. Der moderne Staat setzt nämlich alles daran und hat es weit dabei gebracht, seinen Kapitalisten den Zugang zu *auswärtigen Absatzmärkten* zu öffnen, wo sie ihr Kommando über rentabel gemachte Arbeit gegen dortige Konkurrenten ausspielen und fremdes Geld verdienen können. Im Gegenzug macht er das eigene Hoheitsgebiet auswärtigen Anbietern als Markt zugänglich, setzt die heimische Unternehmerschaft deren Konkurrenz aus, riskiert damit den Abfluss marktwirtschaftlich realisierten Reichtums ins Ausland und kommt deswegen nicht darum herum, den Kostenaufwand der auf seinem Gebiet tätigen Geschäftswelt mit dem anderer Standorte kritisch zu vergleichen. Priorität hat für

eine moderne bürgerliche Staatsmacht zwar auf alle Fälle die Aufhebung der Schranke, die die Grenzen des nationalen Marktes für das Wachstum der nationalen Wirtschaft und deren maßloses Bedürfnis nach Geldgewinn aus rentabler Arbeit darstellen; doch damit hören die kritischen Vorteils-Nachteils-Rechnungen nicht auf, so fangen sie überhaupt erst an. Diese Kalkulationen betreffen natürlich nicht bloß den Preis importierter Rohstoffe, sondern die Konkurrenzverhältnisse insgesamt. Auswärtigen Unternehmen mit überlegener Rentabilität und Wachstumsmacht wird die Aufmischung des heimischen Marktes zum Schaden heimischer Anbieter mit Abwehrzöllen, Kontingentierungen und anderen Restriktionen schwer gemacht oder untersagt; umgekehrt wird anderen Nationen die Unterwerfung unter die Konkurrenzstrategien eigener Unternehmen zugemutet, mit denen die sich fremde Märkte zu erobern suchen. Unter der Prämisse, dass auf jeden Fall grenzüberschreitend Geld verdient werden muss und soll, kombinieren die regierenden Inter-Nationalisten der Marktwirtschaft *Protektionismus* und *Freihandel* und haben es zu dem heutigen Weltmarkt gebracht, der mit seiner Warenflut und der darüber ausgetragenen Konkurrenz ums Geld der Welt keinen Erdenwinkel mehr auslässt.

– Diese weltweite Konkurrenz um das Kommando über das *Maximum* an Geld bringender Arbeit bestreiten die engagierten Unternehmer mit dem Kampf um die *rentabelste* Arbeit; und deswegen beschränken sie sich nicht auf den Warenhandel, sondern machen zum Zwecke weltweiter Marktbeherrschung das Interesse geltend, Arbeit zu benutzen, wo immer sich die Gelegenheit zu konkurrenztauglich rentabler Ausbeutung dieses Produktionsfaktors bietet. Auch dieses Bedürfnis versteht der moderne, weltoffene Souverän gut; und in der Erwartung, dass die geschäftsmäßige Bereicherung der Unternehmer der eigenen Nation, wo immer sie zustande kommt, unweigerlich auch dem eigenen nationalen Wirtschaftswachstum dient, räumt er seinen Arbeitgebern grundsätzlich das Recht ein, mit ihrer profitträchtigen Kommandomacht nach „draußen“ zu gehen und sich an auswärtigen Standorten preiswerter Arbeit zu bedienen; umgekehrt lädt er ausländische Konzerne ein, ins eigene Land zu kommen und da sich selbst, den ortsansässigen Massen und vor allem ihm als zuständiger Herrschaft das Bedürfnis nach Arbeit zu erfüllen. Die Erwartung eines unausbleiblichen nationalen Nutzens geht zwar überhaupt nicht durchgängig auf, kann auch schon deswegen gar nicht in Erfüllung gehen, weil die Konkurrenzstrategien der Konzerne und die Manöver der interessierten und betroffenen Staaten sich dauernd durchkreuzen. Alle schlechten Erfahrungen haben aber bis heute nicht zum Spielabbruch geführt, sondern zu etlichen Fortschritten und neuen Errungenschaften *kapitalistischer Standortpolitik*.

c)

Aus der weltweiten Konkurrenz, zu der sie die unter ihrer Hoheit tätigen Unternehmer ermächtigen und nötigen, ziehen moderne Staatsgewalten eine praktische Schlussfolgerung: Sie finden sich selbst genötigt – und zwar ohne dass dafür erst schlechte Bilanzen eingetreten sein müssten –, die Konkurrenzmacht ihrer jeweiligen nationalen Unternehmerschaft nach Kräften zu fördern und die Geschäftsbedingungen im eigenen Land so attraktiv wie möglich zu machen. Dazu besichtigen sie kritisch und reformieren sämtliche Voraussetzungen, auf die der ausbeuterische Gebrauch der gesellschaftlichen Arbeit bei ihnen trifft, und alle Hilfestellungen, die sie von Amts wegen dafür leisten, unter dem Gesichtspunkt, was sie als Waffen im praktischen internationalen Leistungsvergleich leisten. In diesem Sinne kümmern sie sich um den *Faktor Arbeit*: ums *nationale Lohnniveau* einschließlich der Kosten fürs ‚Soziale‘ auf der einen, um seine zeitgemäße *Brauchbarkeit* auf der anderen Seite, also um allgemeine und gehobene Ausbildung, Volksgesundheit, Moral und Einsatzbereitschaft *und* darum, dass die Kosten dafür im Rahmen bleiben. Das alles gehört zwar ohnehin zum Aufgabenkatalog einer verantwortungsbewussten Regierung im klassenstaatlichen Gemeinwesen; vom selbst geschaffenen Sachzwang der internationalen Konkurrenz

lassen sich die Verantwortlichen aber gerne zu zielbewusster Härte herausfordern und berufen sich dafür vor den Opfern ihrer Politik offensiv auf ihre Ohnmacht angesichts einer auswärtigen Konkurrenz, die machtvoll in Schach gehalten werden muss. Für die *Infrastruktur* und den *technischen Fortschritt* auf dem weiten Feld der „innovativen“ Produkte wie Produktionsverfahren, des Warenverkehrs, der Kommunikation, der Geldzirkulation usw. nehmen Politiker hingegen durchaus großzügig „Geld in die Hand“. Damit belasten sie zwar unweigerlich doch wieder „die Wirtschaft“, um deren weltweite Konkurrenzfähigkeit es ihnen geht; denn irgendwoher muss das Geld ja kommen, und aus noch so großer Sparsamkeit im Sozialbereich kommt es letztlich dann doch nicht. Mit den *Künsten staatlicher Kreditschöpfung* lässt dieser Widerspruch sich aber ganz gut abmildern, sogar zu einer Einkommensquelle für Geldanleger ausgestalten. Und außerdem versteht es eine moderne Regierung, bedeutenden Unternehmen ungeachtet der Steuern, die sie zahlen müssen, zu einer *Größe* zu verhelfen, die es ihnen erlaubt, die staatlichen Angebote in Sachen rentabler Benutzung der gesellschaftlichen Arbeit voll auszuschöpfen und eine im Weltmaßstab durchschlagende Konkurrenzmacht zu entfalten.

Die zielstrebige Aufrüstung der nationalen Wirtschaft für die Eroberung des Weltmarkts zieht für die Staatsgewalt umgekehrt ganz folgerichtig die Notwendigkeit nach sich, nun erst recht und umso konsequenter auf einem funktionierenden Weltmarkt, also darauf zu bestehen, dass alle Nationen ihre Ökonomie ohne Einschränkung und unwiderruflich der Konkurrenz aussetzen. Schließlich sind gerade die erfolgreichsten kapitalistischen Gemeinwesen, deren Unternehmer in aller Welt Geld verdienen und dadurch den nationalen Reichtum mehren, *existenziell* davon *abhängig*, dass der Zugriff ihrer Multis auf das Geld der anderen Nationen, und zwar grundsätzlich aller anderen, gewährleistet bleibt: Die Kapitalakkumulation in diesen Ländern *ist* „globalisiert“; sie *braucht* im Maß ihrer Wucht und Größe den perfekten Weltmarkt als ihr Erfolgsmittel. Und dafür will permanent gesorgt sein. Denn so viel steht fest: Die unablässig neu aufgelegte frohe Botschaft vom allseitigen Wachstum durch freien Handel ist eine Phrase, die den Erfolg der Erfolgreichen verklärt und von den Opfern absieht, die der globale Konkurrenzkampf auch unter dessen Machern, den Akteuren des kapitalistischen Überlebenskampfes, unweigerlich kostet. Die Rechnung jedenfalls, dass alle Nationen mit ihren Weltmarkt-Aktivitäten wechselseitig die Akkumulation anheizen, von der sie profitieren, und dass sie von dem Wachstum profitieren, das sie bei ihren Handelspartnern auslösen, geht nicht einmal in Phasen eines allgemeinen weltweiten Wirtschaftswachstums wirklich auf: Die nationalen Märkte, die fürs nationale Kapital zu klein sind, sind nicht automatisch groß genug, um auch noch dem Kapital von auswärts, das sich auf ihnen breit macht, zusätzlich zu Wachstumserfolgen zu verhelfen; oder umgekehrt: Die nationalen Geschäftswelten, denen ihr jeweiliger heimischer Standort zu wenig Expansionschancen bietet, expandieren nicht so ohne Weiteres allesamt und gedeihlich nebeneinander, wenn sie in die Standorte ihrer Konkurrenten hinein expandieren. Dass Unternehmen aus einem Land am Wachstum in einem anderen teilhaben und zugleich dazu beitragen, hat allemal die Kehrseite, dass sie ihren Konkurrenten Wachstum streitig machen; und Schäden in den *nationalen* Bilanzen bleiben nicht aus. Deswegen gilt es Vorkehrungen dagegen zu treffen, dass Nationen, die zeitweilig oder notorisch zu den Verlierern in der Konkurrenz um kapitalistischen Reichtum und Wachstumspotenzen gehören, sich „über Gebühr“ der Freiheit weltweiten Konkurrierens entziehen. Umgekehrt möchte auch dafür gesorgt sein, dass Gewinner ihre Marktmacht nicht „über Gebühr“ ausnutzen: Der moderne Kapitalismus muss *als Weltgeschäft* weitergehen, weil er sonst *gar nicht* weitergeht.

Da gibt es viel zu tun für aufgeklärte Standort-Politiker.

d)

Auf ihre pragmatische Art haben die Chefs der kapitalistischen Großmächte nach zwei Weltkriegen um die Aufteilung der Welt eingesehen – bzw. sich notgedrungen der US-amerikanischen Erkenntnis angeschlossen –, dass es für ein hinreichend schrankenloses Kapitalwachstum mit gewaltsam abgegrenzten und monopolisierten Geschäftssphären nicht getan ist, sondern eine gesicherte weltweite Freizügigkeit für Waren und Geld braucht, eine allgemeine Freiheit des kapitalistischen Zugriffs auf Märkte, Ressourcen und Arbeitskräfte überall auf dem Globus. Dabei genügt es auch nicht, bilateral überlegene Konkurrenzmacht auszuspielen und Gewinne davonzutragen: Um Handelspartner verlässlich und dauerhaft als Geldquelle und Expansionsosphäre des eigenen Kapitalismus zu nutzen, müssen die maßgeblichen Nationen einander und dem Rest der Welt Angebote machen, Chancen zum Geldverdienen eröffnen, Beiträge zum Wachstum in deren Ländern in Aussicht stellen. Nur so lassen sich die Kontrahenten in Abhängigkeiten verwickeln, die sich auch im Fall schlechter Bilanzen nicht einfach kündigen lassen und die es gestatten, mit dem Entzug von Lizenzen zu drohen und mit der Verweigerung von Geschäftsgelegenheiten Wirkung zu erzielen. Die entscheidenden Fortschritte in dieser Richtung haben die Amerikaner in den Jahrzehnten des Kalten Krieges mit ihrer Allianz mit den Westeuropäern zuwege gebracht: Der Nordatlantik-Pakt sollte nicht bloß ein antisowjetisches Kriegsbündnis sein, sondern ein kapitalistischer Block, festgelegt auf die „Herrschaft des Rechts“ mit der kompletten politischen Ökonomie des Eigentums als Inhalt und auf ökonomische Kooperation und wechselseitige Förderung verpflichtet. Die Konkurrenz der weltwirtschaftlich entscheidenden Nationen wurde freigesetzt, zugleich unter die Maßregel der Stärkung aller Allianzpartner gegen den gemeinsamen Hauptfeind im Osten gestellt und dem Expansionsdrang des Kapitals, naturgemäß insbesondere des amerikanischen, überantwortet, dessen Leistungen dem Bündnis seine materielle Basis schaffen und sichern sollten. So kam zwischen den wichtigen kapitalistischen Nationen, von da aus auch mit den nach und nach verselbstständigten Mitgliedern ihrer Kolonialreiche und schließlich weltweit, sogar in den Block der sozialistischen „Staatshandelsländer“ hinein, ein multilateral geregeltes Konkurrieren in Gang, eine fest vereinbarte und supranational regulierte Anarchie der Märkte als Ordnungsrahmen für ein politökonomisches Kräfteressen, mit dem der Erfolg der stärksten Konkurrenten quasi methodisch festgeschrieben war. Die so vorangetriebene wechselseitige Abhängigkeit unterschiedlich potenter Konkurrenten gab Ansatzpunkte und Hebel für eine bestimmende Einflussnahme der Stärkeren auf die Handels- und Standortpolitik der schwächeren Partner her; eine Einflussnahme, die sich schon längst nicht mehr auf die Nötigung der Gegenseite zu berechnenden Zugeständnissen beschränkt, sondern auf die standortpolitische Staatsräson des Kontrahenten zielt. Ausgehend vom Grundsatz der „Meistbegünstigung“ – der Nicht-Exklusivität bilateral vereinbarter Handelserleichterungen – wurde ein Regelwerk entwickelt und mit der WTO ein Kanon von Eingriffsrechten und Wohlverhaltenspflichten institutionalisiert, die einem sehr tief eingreifenden, reichlich einseitigen internationalen Erpressungswesen den Anschein und sogar den Charakter eines auf Einvernehmen zielenden großen Ratschlags verleihen: einer permanenten gemeinsamen Beratung zwecks friedlich-schiedlicher Beschlussfassung über den Fortschritt allgemeiner Wohlfahrt durch Freiheit des Welthandels. Innerhalb dieses Systems haben die westeuropäischen Nationen das Unternehmen gestartet, ihre partnerschaftliche Konkurrenz und wechselseitige Beeinflussung einer gemeinsamen politischen Regie zu unterwerfen, um mit Unternehmen, die auf einem weiträumigen Binnenmarkt in eine neue Größenordnung hineinwachsen, und mit einer teilweise gemeinschaftlichen Bewirtschaftung ihrer Länder und Leute die Konkurrenz mit dem übermächtigen US-Kapitalismus aufnehmen zu können: im direkten Leistungsvergleich beim Kampf um die Konzentration rentabler Arbeit auf dem eigenen Territorium wie beim Zugriff auf die Märkte,

Ressourcen und Ausbeutungsgelegenheiten dritter Länder. Im Dauerstreit um die richtigen Regeln für die Freiheit des Weltgeschäfts tritt die EU als kollektive Wirtschaftsgrößmacht auf; und wie von selbst folgt für ihre hauptverantwortlichen Macher aus ihrer gemeinsamen Konkurrenzmacht das Programm, im Verkehr mit der konkurrierenden Außenwelt nicht bloß die passenden Geschäftsbedingungen zu setzen, sondern auch militärisch für Sicherheit zu sorgen...

Das Ergebnis dieser Welthandelspolitik der letzten Jahrzehnte ist nicht bloß eine enorme Zunahme des weltumspannenden Waren- und Geldverkehrs. Mit der Akkumulation von Konkurrenzfolgen und -niederlagen auf verschiedenen Seiten – dies der wirkliche politökonomische Inhalt des so rasant „explodierenden“ Welthandels – und der politischen Betreuung der unausbleiblichen Gegensätze haben sich die teilnehmenden Nationen, und das sind mittlerweile alle, in einen *Status* hineingewirtschaftet, einen Gesamtzustand ihres nationalen Kapitalismus, der ihren Stellenwert in einem *System* wechselseitiger Benutzungsverhältnisse und Abhängigkeiten definiert und ihre Position in einer bemerkenswert stabilen *Hierarchie* der Handelsmächte festlegt.

– Nordamerika, die EU, Japan mit seinem westpazifischen Umfeld: Das sind die bestimmenden *Welthandelsmächte*. Sie fungieren füreinander als die entscheidenden Märkte, auf denen es in großem Stil Geld zu verdienen gibt und daher die Konkurrenz zu bestehen gilt; was umgekehrt bedeutet: Ihre Multis konkurrieren weltweit gegeneinander, setzen mit ihrer Konkurrenzmacht die Maßstäbe für rentable Arbeit und erfolgreiches Geschäftemachen und setzen sie immer höher, prüfen unter diesem Kriterium und benutzen gegebenenfalls die anderen Nationen als Standorte und konzentrieren an ihren Heimat-Standorten die Wachstumspotenzen des globalen Kapitalismus. Als Profiteure der weltweiten Konkurrenz wahren diese drei Zentren des Weltgeschäfts bei aller Rivalität einen Grundkonsens über die Konkurrenzbedingungen, die sie mehr oder weniger gemeinsam gegen den Rest der Welt durchsetzen; und ihre Einigkeit reicht einstweilen hin zur Absicherung der geordneten Anarchie, die es ihnen gestattet, von ihrer Konkurrenz gegeneinander und gegen den Rest der Welt zu profitieren.

– Dabei haben sie es, außer miteinander, vor allem mit einer Hand voll *Schwellenländer* – halb Lateinamerika, halb Süd- und halb Ostasien – zu tun: Nationen, die sich dadurch als hochinteressante Kapitalanlagesphäre auszeichnen, dass sie unter den von außen vorgegebenen herrschenden Konkurrenzbedingungen für eine erfolgreiche Kapitalakkumulation einerseits nichts dringender als *Kapital brauchen*, dafür andererseits aber durchaus brauchbare *Wachstumsbedingungen zu bieten* haben – billige, rentabel einsetzbare Arbeitskräfte vor allem, hinreichend funktionierende Klassenverhältnisse unter einigermaßen verlässlicher staatlicher Kontrolle, eine Infrastruktur, wie die moderne Geschäftswelt sie für ihre Bequemlichkeit braucht und fordert, und in der Perspektive einen interessanten Markt: öffentliche und private Kunden, an denen sich gut Geld verdienen lässt. Das Etikett „Schwellenland“ – ebenso wie das englische Äquivalent „emerging market“ – kennzeichnet den prekären Status dieser Länder zwischen Kapitalmangel und kapitalistischem Erfolg, der für die maßgeblichen Welthandelsmächte und für die betroffenen Nationen selber eine höchst unterschiedliche Bedeutung hat: Die letzteren bemühen sich darum, die „Schwelle“ zur Welthandelsmacht zu überschreiten, also im eigenen Land eine Kapitalakkumulation hinzukriegen, die es ihnen gestattet, den Gang des Welthandels mitzubestimmen und selber zum Ausgangspunkt für Kapitalexport und die entsprechende Benutzung und Zurichtung anderer Nationen zu werden. Die etablierten Großmächte des Welthandels tun dagegen einiges dafür, den Konkurrenzvorsprung ihrer Multis zu erhalten, eine ebenbürtige Konkurrenzmacht dieser neuen nützlichen Geschäftspartner zu verhindern, sie also in dem widersprüchlichen Stand eines ergiebigen Marktes und zugleich einer kapitalbedürftigen Anlagesphäre festzuhalten. Der unausbleibliche Streit dreht

sich um Dinge wie freien Marktzugang für Agrar- und andere Massengüter aus den aufstrebenden Beinahe-„Industrienationen“ auf der einen Seite; die andere Seite kämpft schwerpunktmäßig um den „Schutz des geistigen Eigentums“ und hat dabei die Herrschaft der eigenen Geschäftswelt über alle gehobenen Abteilungen kapitalistischer Warenproduktion und Geschäftemacherei in „ihren“ „emerging markets“ zum Ziel.

– Die meisten übrigen Länder sind mit ihrer Teilhabe am modernen Weltmarkt in die Kategorie der *Rohstoff-Lieferanten* eingerückt. Denen sagen die Apologeten des kapitalistischen Reichtums gerne einen „Widerspruch“ zwischen „natürlichen Reichtümern“ – Bodenschätzen, günstigen klimatischen Bedingungen, herrlicher Natur... – und tatsächlicher Armut der Volksmassen nach: In dem Zusammenhang wollen diese Experten gleich gar nichts davon wissen, dass Reichtum in der modernen Welt seinen Inhalt und sein Maß in der Masse rentabel angewandter Arbeit hat und überhaupt nicht in irgendwelchen Naturstoffen, geschweige denn irgendwelchen Bequemlichkeiten ihrer Beschaffung: Rohstoffe selber sind überhaupt kein Reichtum in dem Sinn und marktwirtschaftlich nur so viel wert, wie kapitalistische Unternehmer im Interesse ihrer Bereicherung dafür zu zahlen bereit sind. Und was das Elend betrifft, so gehört es erstens zum Begriff des kapitalistischen Reichtums dazu, dass er allemal mit Armut in ihrer ebenso modernen Form: dem Ausschluss einer Mehrheit vom produzierten Überfluss, einhergeht; das drastische Elend der Massen in den politökonomisch durch Rohstoffexport definierten Ländern hat schon gleich nichts mit einem naturwüchsigen Mangel zu tun, der zu einer üppigen Natur irgendwie in Gegensatz stünde, sondern ist der durch die globale Geldwirtschaft erzwungene Ausschluss einer kapitalistischen Überbevölkerung, nämlich zahlloser als Arbeitskräfte nutzloser Leute, von überreichlich vorhandenen Warenbergen. Tatsächlich bringt schon der Markenname dieser Länder zum Ausdruck, dass sie unter den herrschenden Weltmarktbedingungen mit ihrer Naturausstattung von sich aus nichts Nützliches anzufangen vermögen und vollständig unter einen Hilfsdienst für die kapitalistisch produktiven Wirtschaftsmächte subsumiert sind. Immerhin hat sich unter diesen Ländern eine Elite herausgebildet: *Ölstaaten* verdienen mit dem Ausverkauf ihres Bodenschatzes viel Geld. Das fungiert deswegen freilich noch lange nicht als Kapital, als Quelle nationalen Reichtums in Geldform. Doppelt und kapitalistisch so richtig nützlich werden diese Länder erst durch das – entschieden parteilich so genannte – „Recycling“ ihrer „Petro-Dollars“: wenn sie ihre Einnahmen in die Zentren des kapitalistischen Finanzgeschäfts transferieren, wo man etwas Geldschöpferisches damit anzufangen weiß; oder wenn sie sich auf dem Weltmarkt mit Luxusgütern eindecken und in dem Bestreben, zum Schwellenland und weiter aufzusteigen, die Ausstattung für einen kompletten nationalen Kapitalkreislauf mit Fabriken und Verkehrswegen zusammenkaufen und auf die Art die rentable Arbeit der richtigen „Industrienationen“ versilbern. Der große Rest teilt sich auf in Länder, die mit ihren natürlichen Gegebenheiten und dank einer Laune ihrer kolonialen und postkolonialen Geschichte eine Nische im Weltgeschäft gefunden haben, als privilegierter Zuckerfabrikant unter EU-Patronage z.B. oder als karibisches Touristenziel – und in die andern, für deren Ver- und Zerfall die verantwortliche Erste Welt derzeit den Status des „failing“ bzw. des „failed state“ entwickelt und nur unter dem zynischen Gesichtspunkt abzuwehrender Gefahren – Aids, Terrorismus, Immigrantenflut... – noch Aufmerksamkeit erübrigt.

e)

Weltwirtschaftliche Erfolge und Misserfolge der Nationen realisieren sich – wie jedes Geschäftsergebnis – in *Geld*: in der Masse des national verdienten Geldes und in seiner weiteren Verwendung als Mittel für weiteres Wirtschaftswachstum. Masse und Ertragskraft des erwirtschafteten Geldes sind die kapitalistisch maßgebliche *Quittung* für die politökonomischen Leistungen und Fehlleistungen einer Nation, gültiger

Ausdruck ihres Konkurrenz-Status und praktisch wirksame *Vorentscheidung* über ihre politökonomischen Erfolgsaussichten. Das ist nur folgerichtig und gerecht. Denn wenn sich schon alles ums Geld dreht und drehen soll – und darauf haben die Staaten in aller Welt sich festgelegt, den Reproduktionsprozess ihrer Gesellschaft dem Zweck der Geldvermehrung unterworfen, über Menschen und Natur, Produktivkräfte und Konsumartikel, Arbeit und gegenständlichen Reichtum das Verdikt verhängt, dass das alles entweder als Geldquelle fungiert oder gar nichts zählt –, dann entscheidet sich das ökonomische Schicksal der Nationen auch am Geld: Dann werden sie im Gebrauch ihres Geldes als Mittel seiner eigenen Vermehrung zur Rechenschaft darüber gezogen, was sie taugen, und mit einer Abrechnung konfrontiert, die ihren Stellenwert im System des globalen Kapitalismus unerbittlich fest- und – zum Besseren oder noch Schlechteren – fortschreibt.

Und dann kann es auch nicht verwundern, dass ein eigener kapitalistischer Geschäftszweig sich dieser Abrechnung annimmt.

2. Die Währung und ihr Wert

Geld ist materialisierte, quantifizierte Kommandomacht über Produkte und Arbeit: die irrationale dingliche Gestalt des Ausschluss- und Gewaltverhältnisses, auf dem die politische Ökonomie des Kapitalismus beruht. Diese dem Geld kraft staatlicher Verfügung innewohnende Zugriffs- und Kommandomacht ist ihrerseits nicht unabhängig davon, was die Nation, die damit wirtschaftet, als *Geldquelle* zustande bringt: Umgekehrt manifestiert sich die kapitalistische Leistungsfähigkeit einer Nation, ihr Stand in der Konkurrenz der Kapitalstandorte, in der Macht ihres Geldes. Die Ermittlung und praktische Herstellung dieses Konkurrenzergebnisses *am Geld* ist Sache einer besonderen Geschäftssphäre, in der es nicht ums Kaufen und Verkaufen von Waren geht, auch nicht ums Investieren und Ausbeuten von Arbeit; da wird vielmehr mit dem prüfenden Vergleichen der nationalen Gelder Geld verdient. Mit ihrem alltäglichen Geschäftsgang vollstreckt diese Branche die entscheidende politökonomische Sortierung der Staatenwelt.

a)

Gelder haben Wechselkurse; und dass denen eine große Bedeutung zukommt, sieht man schon daran, dass sie mehrfach täglich ermittelt und bekannt gemacht werden; per Fernsehnachrichten sogar regelmäßig einem Millionenpublikum, das mit solcher Information praktisch weiter gar nichts anfängt. Und was auch immer andere – Exportkaufleute, Anlageberater, Notenbanker ... – daraus für Schlüsse ziehen: Das Interesse gilt allemal und allein den quantitativen Verhältnissen, x britische Pfund gleich y Schweizer Franken oder $1 \text{ €} = 1,28 \text{ \$}$. Dass weltweit ein reger Tauschhandel mit Währungen stattfindet, ist selbstverständlich und keines Aufhebens wert.

Das ist nicht gerecht. Denn immerhin geht es hier um den Stoff, auf den alles ankommt im Wirtschaftsleben moderner Nationen: um die Materie, in der der bescheidene Wohlstand der Massen bis hinunter zum Existenzminimum des Hartz-IV-Empfängers ebenso sein Maß und sein Mittel hat wie der Reichtum, von dessen Wachstum überhaupt alles abhängt, das Arbeitgeben wie das Arbeitnehmen, das Privatleben wie der Staatshaushalt. Und mit diesem realen Inbegriff allen gesellschaftlichen Vermögens – das ist das Erste, was am Gewerbe der Geldwechsler ersichtlich wird – hat es an der Staatsgrenze ein Ende. Der Reichtum, um den sich in modernen Nationen alles dreht, in seiner angemessensten Form,

nämlich als uneingeschränkt einsetzbares Zugriffsmittel, also *das* gesellschaftliche Lebensmittel und *die* ökonomische Materie schlechthin, gilt nichts mehr, wo das Machtwort der zuständigen Staatsgewalt keine gesetzliche Verbindlichkeit mehr hat. Womit eine Nationalökonomie wirtschaftet, was sie, marktwirtschaftlich gesehen, letztendlich überhaupt produziert, womit „die Wirtschaft“ die gesellschaftliche Arbeit kommandiert, was sie erwirtschaftet, wovon die Leute leben, womit der Staat regiert, das erweist sich als Machwerk staatlicher Gewalt, das mit deren räumlich begrenzter Hoheit steht und fällt.

Das ist ein Widerspruch, der unbedingt aufgelöst werden muss; das ist das Zweite, was am Devisenhandel mit seinen dauernd neu ermittelten Währungsparitäten sichtbar wird. So ist es eben gar nicht gemeint, wenn Staaten ihre Gesellschaft auf die Erwirtschaftung von Geld festlegen: dass sich nur im Innern der Nationen alles um dieses höchste Gut dreht, zwischen ihnen aber eine andere Definition von Reichtum gelten sollte. Die private Verfügungsmacht über Güter und Arbeit, die im nationalen Geld gegenständlich existiert, gilt nach dem Willen des Staates, der sie gesetzlich garantiert, *absolut*; sie ist nicht bloß Teil eines internen Regelwerks, sondern der in jeder Hinsicht *uneingeschränkt* und *ausschließlich* gültige Inbegriff materiellen Reichtums. Eine Staatsgewalt, die nicht bloß ihren Bürgern Gelderwerb und -vermehrung als Existenzmittel und -bedingung vorschreibt, sondern sich selber als regierender Haushälter ihres Gemeinwesens an diese Vorschrift hält, so als wäre sie ihr selber quasi objektiv vorgegeben, die besteht darauf, dass das Geld, das sie verantwortet, *Reichtum schlechthin ist* und deswegen weltweit als solcher Anerkennung finden muss.

Der Haken ist freilich: Das, was jede Staatsgewalt für ihr eigenes Machwerk machtvoll dementiert – eben: dass die „Natur“ ihres gesellschaftlichen Reichtums auf nichts als ihrer gewaltsamen Verfügung über den materiellen Lebensprozess ihrer Bürger und der Bereitstellung eines Instruments privater Verfügungsmacht beruht –, das „durchschaut“ sie bei jeder anderen. *Fremdes* Geld erkennt sie erst einmal gar nicht als *Geld* in dem anspruchsvollen Sinn an, in dem sie ihr eigenes anerkannt haben will. Was andere Herrschaften als gesetzliches Zahlungsmittel in Verkehr bringen, ist für jede souveräne Staatsgewalt erst einmal nicht mehr als ein bunter Zettel; bestenfalls ein *Geldersatz*; ein *Geldzeichen*, das auf alle Fälle der Beglaubigung durch eine irgendwie dahinter stehende „wirkliche“, nämlich auch von ihr als vollgültig anerkannte *Geldmaterie* bedarf.²

So stehen bürgerliche Staatsgewalten also einander gegenüber: schrankenlos anspruchsvoll bezüglich der Anerkennung ihrer eigenen, äußerst negativ kritisch gegen die Anerkennung einer fremden Währung als Geld in dem Sinn, in dem es ihnen allen darauf ankommt: als vergegenständlichte uneingeschränkte Verfügungsmacht über Produkte und Dienste, kurz: über Arbeit aller Art. Ein Kompromiss tut Not und ist auch allemal zu finden. In noch gar nicht so lange zurückliegenden Zeiten, als die herrschenden Instanzen ihr eigenes selbstgeschaffenes Zahlungsmittel noch als Banknoten in der ursprünglichen Bedeutung dieser Errungenschaft deklarierten: als *Zahlungsversprechen*, ausgestellt auf das von der staatlichen Notenbank gehortete, von allen aufgeklärten Nationen als Inbegriff von Reichtum geschätzte Edelmetall, war als Gegenleistung für die Anerkennung fremder Währung ein wirkliches Recht auf Zugriff auf diesen Staatsschatz verlangt; die internationale Einigkeit über den stofflichen Fetisch, an dem die Macht des

² Natürlich ist die Geldqualität einer solchen Materie, auch wenn diese Materie selbst von noch so gediegener Art ist, auch nichts anderes als eine machtvoll in Kraft gesetzte gesellschaftliche Konvention; von einem modernen Papiergeld nur dadurch unterschieden, dass im konventionellen Gebrauch von Gold und Silber als allgemeinem Äquivalent dessen Herkunft aus dem Gütertausch noch näher liegt, die Herrschaft des Staates über Geld und Kredit

Eigentums haften sollte, und eine – mit allerlei Kautelen ausgestattete – Auszahlungsgarantie waren die Grundlage für den Tauschhandel mit nationalen Papiergeldern. Über den Rekurs auf Gold oder Silber sind die Staaten heute hinaus. Sie lassen intern keinen Unterschied zwischen den Noten ihrer Nationalbank und „wirklichem“ Geld gelten, verlangen nach außen hin von ihresgleichen die im Prinzip bedingungslose Anerkennung ihrer Währung als Geld sans phrase, bestehen umgekehrt jedem anderen Souverän gegenüber darauf, dass der sein Geld für jeden auswärtigen Interessenten als Geschäftsmittel zur Verfügung stellt und garantiert. Und man hat sich geeinigt: Für die Währung einer jeden kapitalistischen Nation gilt im Grundsatz, sie *sei konvertibel*: gültige Variante ein und derselben universellen Privatmacht des Geldes, in nationalen Einheiten gemessen und benannt.

Festzulegen bleibt, in welchen Proportionen die landesspezifischen Geldeinheiten einander gleich gelten sollen. Das treibt Geschäftswelt und Politiker heftig um; denn daran entscheidet sich sehr viel: ob die Preiskalkulation kapitalistischer Produzenten und Kaufleute noch aufgeht, wenn sie als Exporteure im Ausland zur Konkurrenz antreten; inwieweit den Importkaufleuten durch den Währungswechsel das Konkurrieren leicht oder schwer gemacht wird; ob – alle sonstigen Bedingungen als gegeben vorausgesetzt – eine Kapitalanlage im Ausland mit seiner anderen Valuta sich lohnt resp. das Inland für investitionswillige Eigentümer fremden Geldes attraktiv ist; wie es überhaupt um den kapitalistischen Reichtum der Nation und dessen Wachstumspotenzen steht, wenn anstelle des Maßstabs der heimischen Währung die Messlatte eines anderen Geldes an ihn angelegt wird. In allen diesen Punkten treffen schon innerhalb einer Nation lauter widersprechende Konkurrenzinteressen, erst recht zwischen den Nationen vielfältig entgegengesetzte Berechnungen und Ansprüche aufeinander, die auf den abstrakten gemeinsamen Nenner einer Währungsparität zu bringen sind. Mit dem Konsens über die wechselseitige Anerkennung der nationalen Hoheitsträger als im Prinzip gleichermaßen verantwortungsvolle Schöpfer eines kapitalistisch anzuwendenden Geldes ist folglich ein permanenter, ziemlich komplexer Streit um die wechselseitige Bewertung der für konvertibel erklärten Währungen eröffnet. Und auch der prinzipielle Vorbehalt der staatlichen Geldhüter gegen die Geldmaterie ihrer Partnerländer ist mit dem Einvernehmen über deren Konvertibilität keineswegs aus der Welt: Die wechselseitige Zusicherung, dass sie es mit ihrer Valuta kapitalistisch todernst meinen, schließt die wechselseitige Verpflichtung der Staaten ein, dem universellen Verfügungsrecht, das ihre Geldzettel repräsentieren sollen, in der Weise Genüge zu tun, dass sie die Umtauschbarkeit ihrer Währung in jede andere Sorte Geld nicht nur formell und im Prinzip gewährleisten, sondern materiell dafür einstehen. Für diese Garantie haben – im Grunde wie in edelmetallischen Zeiten – ihre Nationalbanken mit einem sachgerecht dimensionierten Vorrat an Devisen zu sorgen: einem Schatz, zu dem auch nach ihrer Degradierung von der definitiven Geldware zum bloßen leicht liquidierbaren Sachwert, ihrer „Demonetarisierung“, angesammelte Goldschätze gehören.

b)

Die praktische Internationalisierung des Geldes, die tatsächliche „Konversion“ der konvertiblen Währungen – Entgegennahme auswärts eingenommener Devisen und Gutschrift des entsprechenden Gegenwerts in den landesüblichen Einheiten, Beschaffung und Verkauf von Valuta für Auslandsgeschäfte – fällt ins Metier des *Geld- und Kreditgewerbes*. Das hat ohnehin das Geld der Gesellschaft bei sich konzentriert, hat in jeder nennenswerten Transaktion seine Finger drin und nutzt das als Basis für die Schöpfung von Kredit, die Kreditierung der Geschäftswelt und die Indienstnahme des Geschäftsgangs aller anderen für seinen Geschäftserfolg. Ist die Anerkennung einer auswärtigen Währung von Staats

noch nicht vollendet ist. Näheres hierzu ist nachzulesen u.a. in den „Notwendigen Klarstellungen zum Geld des Staates“ in GegenStandpunkt 1-98, S.215.

wegen verfügt und garantiert, so steht die Branche nicht an, auch ausländisch denominated Zahlungsmittel, Forderungen und Verbindlichkeiten vorurteilsfrei als Geld und Kreditmittel zu verwenden, im Dienst des grenzüberschreitenden Geschäfts, als Teil des eigenen Geschäftsgangs. Und es müsste nicht das kapitalistische Geld- und Kreditgewerbe sein, wenn es aus dem Gebrauch fremden Geldes nicht sogleich ein Extra-Geschäft und aus dem Extra-Geschäft einen kompletten neuen Geschäftszweig zu machen verstünde.

Das fängt ganz unscheinbar damit an, dass die Geldhändler auf Basis der Wechselkurse, die die zuständigen staatlichen Geldschöpfer und Währungshüter festlegen, Geldsummen in entsprechende Summen anderen Geldes umtauschen und sich diesen schweren Dienst mit einer Gebühr vergüten lassen. Immerhin leisten sie damit bereits mehr als die Bedienung des einzelnen Kunden: Sie sammeln Angebote und Bedürfnisse, stellen mit ihrem Tauschhandel aggregierte Größen her, eine Gesamtnachfrage nach heimischer Währung auf der einen, nach diversen ausländischen Devisen auf der andern Seite; und aus der geschäftsmäßigen Gegenüberstellung dieser Größen ziehen sie in denkbar schlichter Geldgier ihre ersten praktischen Schlussfolgerungen. Manche Währungen kommen in großer Menge herein und gehen auch wieder in großer Menge hinaus. Mit denen zu handeln, lohnt sich schon bei geringen Auf- bzw. Abschlägen: Bestände zu horten ist gerade so gut wie eine Einlage in heimischem Geld; sie taugen als Grundlage für Leihgeschäfte in jeder beliebigen Währung, denn im Bedarfsfall sind sie leicht und schnell in jedes verlangte Zahlungsmittel zu verwandeln. Devisen, die massenhaft benötigt werden, aber nur spärlich hereinfließen, erlauben und erfordern eine größere Preisspanne zu Lasten des Kunden: Das Verlangte kann ja nicht aus dem Durchfluss durch die Devisenkassen der Bank genommen, sondern muss von ausländischen Partnern gekauft oder geliehen werden. Wenn das mit verschiedenen oder gar allen Devisen so ist, wirft das aufs eigene Geld kein gutes Licht: Offenbar ist es überhaupt zu wenig gefragt. Je stärker und einseitiger umgekehrt die Nachfrage auswärtiger Kunden und Geschäftspartner nach eigener Währung, umso größer der Spielraum, sie teuer abzugeben; das spricht rein geldhandelstechnisch für deren Qualität. Mit Geldern schließlich, die hereingereicht, aber gar nicht nennenswert nachgefragt werden, lässt sich außer beim Ankauf zu niedrigem Preis gar kein Geschäft machen: Als Sicherheit für Kreditschöpfung und Kreditmittel sind sie nicht geeignet; der Geldhändler muss zusehen, dass er einen Abnehmer dafür findet; den Umstand stellt er dem Kunden in Rechnung. Und so weiter.

Mit den Angebots-Nachfrage-Verhältnissen, die sie herstellen, treten die dienstfertigen Devisenhändler in ein kritisches Verhältnis zu den Notenbanken, deren Produkte sie gegeneinander austauschen, und zu den Währungshütern, die mit gesetzlicher Vollmacht die Wechselkurse festlegen. Wenn zu der vorgeschriebenen Parität beständig und in großer Menge heimische Währung in fremdes Geld umgetauscht werden soll und selber gar nicht gescheit nachgefragt wird, dann muss die zuständige Notenbank im Sinne ihrer Haftung für die Konvertibilität ihrer Erzeugnisse ihre Devisenreserven plündern und steht vor dem Problem, wie lange sie den Abfluss nationalen Geldvermögens in Gestalt fremder Währung, das sie gehortet hat und verwaltet, noch durchhalten will und kann; die zum Geldhandel ermächtigte Geschäftswelt macht ihr jedenfalls praktisch klar, dass die nationale Währung zu teuer und „in Wirklichkeit“ viel weniger wert ist, als der offizielle Wechselkurs vorgibt. Wenn umgekehrt das Geldhandelsgewerbe sich mit auswärtigen Geldern vollsaugt und das Erworbene in großen Massen an die eigene Notenbank weiterleitet, auf der anderen Seite gar nicht genug an heimischen Zahlungsmitteln für den Bedarf seiner Devisenkundschaft herbeischaffen kann und den nationalen Geldschöpfern immer mehr von ihren Druckerzeugnissen abfordert, dann kommen die währungspolitisch Verantwortlichen um die Einsicht nicht herum, dass sie ihre Valuta „unter Wert“ verkaufen, nichts als offenkundig minderwertige Devisen dafür einsammeln, letztlich also Geld verschenken. Natürlich gibt es in dem einen wie dem

anderen Fall wichtige Nutznießer der gegebenen Verhältnisse und gewichtige Interessen in der nationalen und internationalen Geschäftswelt, nichts daran zu ändern. Für die politischen Instanzen schaffen die Devisenhändler aber allein durch ihren Geschäftsgang einen Sachzwang zu Korrekturen am vorgeschriebenen Wechselkurs – und damit für sich eine neue Geschäftsgelegenheit der höheren Art: Sie *spekulieren* auf die Korrekturen, die sie für fällig erachten; d.h. sie kaufen auf eigene Rechnung, mit eigenem oder geliehenem Geld, jedenfalls ganz unabhängig von den Außenhandelsgeschäften, denen sie mit ihrem Tauschhandel zu Diensten sind, „unterbewertete“ Devisen und verkaufen massenhaft Valuta, die sie für „überbewertet“ halten, allein zu dem Zweck, von den entsprechenden Kursänderungen zu profitieren. Damit potenzieren sie den Druck auf die zuständigen Währungspolitiker, genau diese Korrekturen auch vorzunehmen. So kriegen die Staaten, die sich auf Kapitalismus festgelegt, ihre Gelder konvertibel gemacht und den Tauschhandel damit freigegeben haben, die angemessene Rückmeldung: Das Spekulationsgeschäft, das sie mit ihrer Lizenz in Gang gesetzt haben, nötigt sie zur beständigen Anpassung der Bewertungsverhältnisse zwischen ihren Währungen.

Aus den Drangsalen, die das Hin und Her zwischen den Sachzwängen des internationalen Geldmarkts, den politischen Kalkulationen der betroffenen Staaten und den widerstreitenden Interessen der jeweiligen heimischen wie der internationalen Geschäftswelt für sie bedeutet hat, haben die maßgeblichen Welthandelsnationen sich mit einem radikalen Schritt befreit: Sie haben beschlossen, die Festsetzung der Paritäten gleich den Devisenhändlern zu überlassen, die mit dem An- und Verkauf ihrer Gelder Geld verdienen. Wenn letztlich sowieso das von den Spekulanten hergestellte Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot über die Wechselkurse entscheidet, dann braucht es eine diesbezügliche Vorgabe von offizieller Seite offenkundig nicht mehr; dann widerspricht es im Gegenteil der ökonomischen Logik, der freigegebenen Konkurrenz der Geldbenutzer und Geldhändler das Ergebnis ihrer Geschäfte vorschreiben zu wollen: Mit diesem Standpunkt und dem Entschluss, ihre Währungen frei gegeneinander „floaten“ zu lassen, haben die staatlichen Geldhüter das einschlägig engagierte Finanzkapital für die wechselseitige Bewertung der Maßeinheiten des nationalen Reichtums und damit für dessen relative Gesamtbewertung verantwortlich gemacht. Freilich haften ihre Notenbanken nach wie vor mit ihrem Devisenschatz für die Konvertibilität ihres Geldes; nun allerdings zu den Bedingungen, zu denen das dazu ermächtigte Finanzgewerbe mit seinen An- und Verkaufsstrategien und -manövern sie in Anspruch nimmt. Und indem es das tut, konfrontiert es die Staaten mit einer *Bilanz* ihrer nationalen und grenzüberschreitenden Geschäfte, die entscheidende Bedingungen für deren *Fortgang* setzt.

c)

Die erste Bilanz, die „die Geldmärkte“ in der begriffslosen Form einer durch ihren Geschäftsgang zustande gebrachten Währungsparität für die Nation, deren Geld sie so bewerten, aufstellen, betrifft deren grenzüberschreitenden *Warenhandel*. An dem mögen die kapitalistischen Produzenten und Export-Import-Kaufleute so viel verdienen, wie sie können: Im Tauschhandel mit dem Geld, das sie auswärts verdienen und ausgeben, summieren sich die Konkurrenzserfolge und -niederlagen der heimischen Firmenwelt *für die Nation* zu einem Zu- oder Abfluss von Reichtum in seiner marktwirtschaftlich entscheidenden Form. *Positiv* nicht bloß in einem technischen, sondern im ökonomischen Sinn ist eine Handelsbilanz eben nicht, wenn eine Nation sich mit den Produkten der Arbeitsmühe anderer ein bequemes Leben macht, sondern umgekehrt dann, wenn sie den Rest der Welt mit ihren Produkten „versorgt“ und daran mehr Geld verdient, als sie an die Lieferanten unentbehrlicher Rohstoffe und an im marktwirtschaftlichen Wettbewerb überlegene ausländische Warenproduzenten wegzahlen muss. Umgekehrt umgekehrt – zwischen den kapitalistischen Nationen geht es beim Warenkauf und -verkauf nicht anders zu als auf

ihrem heimischen Markt; auch da geht es um Zugewinn an abstraktem Reichtum, an Geld als dinglicher Macht zu weiterem Wachstum in Konkurrenz gegen andere. Ob das in nationalem Maßstab gelingt; ob per Saldo Gelderträge aus auswärtiger Kapitalakkumulation angeeignet und für ein Wachstum im eigenen Land nutzbar gemacht werden oder ob umgekehrt daheim zustande gebrachte Geldmittel, also Wachstumspotenz oder sogar ein Stück Substanz des nationalen Vermögens ins Ausland abfließen: Das ist das Erste, was der weltweite Geldhandel mit der Konkurrenz zwischen Devisenangebot und -nachfrage managt und registriert, die er veranstaltet. Er bewerkstelligt die Verteilung des abstrakten Reichtums der Welt, und zwar mit den beiden Effekten, die er zustande bringt: Er mindert die Devisenbestände und sonstigen „Wertgegenstände“ im Besitz der Nationalbank, die für eine Nation mit notorisch negativer Handelsbilanz zuständig ist – lässt umgekehrt den Staatsschatz erfolgreicher Nationen anschwellen –; und er zieht den praktischen Schluss vom mangelhaften oder lebhaften Gebrauch einer Währung auf deren Wert, von der Masse der geschäftlich nutzlosen resp. benötigten Geldsorten auf deren Maßeinheit, wertet diese ab resp. auf und mindert oder mehrt so die internationale Wucht und Schlagkraft des kapitalistisch akkumulierenden Vermögens der jeweiligen Nation.

Geld fließt zwischen den Nationen nicht bloß im Ex- und Importgeschäft, sondern auch – und auch darüber rechnet der internationale Geldhandel auf seine Art tagtäglich ab – als Geschäftsmittel für Kredite und Investitionen: für den grenzüberschreitenden *Kapitalverkehr*. Den Kapitalisten, die sich hier engagieren, geht es schlicht darum, in anderen Ländern ihr Vermögen auf die Art zu vermehren, wie sie es an ihrem angestammten Standort tun; sie nutzen Ressourcen und Arbeitskraft auswärts, leisten ihren eigennützigen Beitrag zur Produktion und Zirkulation in einem anderen Land, kaufen sich in die dort stattfindende Kapitalakkumulation ein, bereichern sich am Kreditbedarf ausländischer Unternehmer und an den Schulden fremder Staatsgewalten. Dass sie dafür eigenes Geld in die Nation hineintun, in der sie sich mit ihren Investitionen Konkurrenzfolge ausrechnen, verstärkt die Wirkungen der Handelsbilanz auf den Währungsaustausch und die dadurch bewerkstelligte Verteilung kapitalistischer Wachstumsmittel zwischen den Nationen bzw. korrigiert sie, soweit Unternehmer mit „gutem“ Geld in finanzschwachen Ländern aktiv werden: Ihr *Kapitalexport* kommt dem Devisenvorrat und eventuell auch dem Wechselkurs des Geldes ihrer Zielnation zugute, bremst dort oder verhindert sogar den Abfluss nationaler Reserven, mehrt Masse und Wachstumsmacht des Kapitals im Land. Auf der anderen Seite führen Investitionen im Ausland die Überschüsse, die die Geschäftswelt an einem erfolgreichen Standort akkumuliert, einer angemessenen kapitalistischen Verwendung zu; verdientes Geld tut seinen Dienst als Mittel seiner Vermehrung. Das ist nicht nur gut für Unternehmen, die nach Gelegenheiten zur Kapitalanlage suchen und im Ausland fündig werden; das ist auch ganz grundsätzlich gut für die Staaten, deren Währung als Geschäftsmittel weltweit interessierter Unternehmer, als Kredit oder für Investitionen, in die übrige Staatenwelt hinausgeht. Die werden nämlich auf die Art in ihrer Funktion als Geldschöpfer und Kreditgeber der kapitalistischen Geschäftswelt bestätigt: Aus rein *ökonomischen Gründen* wird mit ihrem Geld auf auswärtigen Märkten, letztlich im Weltmaßstab all das angestellt, was in ihrem Herrschaftsgebiet aufgrund ihrer *herrschaftlichen Verfügung geboten* ist. Das ist deswegen von ganz wesentlicher Bedeutung, weil moderne Staaten mit dem Geld, das ihre Notenbank emittiert, gar nicht bloß einen „naturwüchsigen“ geschäftlichen Bedarf nach Zahlungsmitteln bedienen, was auch schon äußerst nützlich wäre für Fortgang und Wachstum der nationalen Kapitalakkumulation; vielmehr tun sie Zentralbankgeld als Kreditmittel in ihre nationale Ökonomie hinein, um ein Wachstum zu initiieren, das sonst womöglich auf sich warten ließe, und finanzieren damit außerdem eigene Ausgaben, die als zusätzliche zahlungsfähige Nachfrage das Geldverdienen am Standort anheizen. Auf die Art lassen sie ein Geld als Wachstumsmittel wirken, das gar nicht aus rentabler Arbeit entstanden, noch von niemandem verdient worden ist, vielmehr schlichtweg vorweggenommenes Wachstum repräsentiert: eine Operation, für deren

programmgemäßen Erfolg die politischen Geldschöpfer darauf setzen und darauf angewiesen sind, dass ein kapitalistisch erfolgreicher nationaler Geschäftsgang sie rechtfertigt und verhindert, dass eine allgemeine Teuerung, also der inflationäre Wertverfall der Geldeinheiten ihr Kreditgeld als bloße aufgeblasene Fiktion entlarvt. Dieses Kalkül wird ins Recht gesetzt, das hoheitlich geschöpfte als kapitalistisch unbedingt taugliches Geld bestätigt, wenn es exportiert wird und weltweit so fungiert, wie es gemeint und ökonomisch notwendig ist, nämlich als Ausgangs- und Endpunkt, als Instrument und gegenständliches Ergebnis kapitalistischer Produktion, Zirkulation und Akkumulation und als Finanzmittel anderer souveräner, dem Wert des Geldes verpflichteter Staatsgewalten. Als Geschäftsmittel von Kapitalexporthuren wird es zum Kreditmittel und zur Materie des kapitalistischen Reichtums der Welt; und dies: seine globale Benutzung, rechtfertigt jede Summe, die seine Schöpfer als Finanzmittel für ihren Standort und ihren staatlichen Eigenbedarf in die Welt setzen, beglaubigt sie als wirklichen Reichtum in genau der Form, in der alle Welt ihn verdienen und vermehren will, und bestätigt dem zuständigen Staat die *Finanzmacht*, die er sich mit seiner Geldschöpfung herausnimmt. Über den kapitalistischen Reichtum der restlichen Welt verfügt ein solcher Staat nicht bloß in dem Maße, wie erfolgreiche Exporteure ihm das formell konvertible Geld resp. die Devisenschätze anderer Nationen einspielen und die internationale Zugriffsmacht seiner Währung stärken, sondern in der Weise, dass das Geld, das er garantiert, in dem Maß, wie er es schöpft, benutzen lässt und selber benutzt, *als Verfügungsmacht über den Reichtum der Welt fungiert*, also dieser Reichtum *ist*. So prinzipiell und auf so gehobenem Niveau profitiert eine Nation vom Kapitalexport ihrer erfolgreichen Kapitalisten.

Allerdings hat dieser Erfolg seinen Preis. Der fällt auf Seiten der Länder an, die von umfangreichen Kapitalimporten nicht bloß – mehr oder weniger, je nach Entwicklung der Konkurrenz zwischen heimischen und auswärtigen Unternehmen – profitieren, sondern *abhängig* sind; die also nicht – wie die kapitalistisch „entwickelten“ Nationen – ebenso sehr als Investoren wie als Anlagesphäre den Weltkapitalmarkt wachsen lassen, sondern tendenziell oder sogar eingestandenermaßen unter *Kapitalmangel* leiden. Wo Masse und Ertrag des autonom geschöpften und als Kreditmittel in die nationale Zirkulation geworfenen Geldes für durchschlagende Erfolge in der Weltmarktkonkurrenz nicht reichen, wo das nationale Wachstum auf die Zufuhr von Kapital in Gestalt auswärtigen Kreditgelds angewiesen ist, da konkurriert dieses Geld mit der einheimischen Währung in der Rolle des maßgeblichen Kredit- und Zahlungsmittels. Es droht der Übergang, dass es den Rang der nationalen Valuta als Quelle und überhaupt als „Stoff“ des nationalen Reichtums mindert, sie in dieser Funktion verdrängt und ersetzt. Am Ende widerlegt das importierte Geld womöglich ganz praktisch, nämlich im Gebrauch, den die Geschäftswelt von ihm macht, den zuständigen Souverän, der mit seinem gesetzlichen Zahlungsmittel ein taugliches Kreditgeld in die Welt gesetzt haben will. Als Garantiemacht des kapitalistisch verwendeten Geldes und Quelle der für dessen Vermehrung benötigten Finanzmittel, schließlich sogar als Urheber der Zahlungsfähigkeit der Staatsmacht selber tritt der geldschöpferisch tätige Souverän des Kapital exportierenden Landes Zug um Zug an die Stelle des einheimischen Geldhüters. Der findet sich zum abhängigen Agenten der Finanzmacht jener Staaten herabgesetzt, deren Multis in sein Land investieren – und jederzeit auf dem Sprung sind, ihr gutes Geld aus dem Land wieder abzuziehen, das von sich aus keine Währung anzubieten hat, in der sie ihren kapitalistischen Reichtum sicher aufgehoben sehen könnten.

Wie es in dieser Hinsicht um die Nationen steht, die das Geldverdienen zu ihrem Daseinszweck und Lebensmittel gemacht haben, nämlich als Quelle eines als Kreditmittel erfolgreich angewandten und weltweit entsprechend gefragten Geldes: Das ist Gegenstand und Inhalt der zusammenfassenden Gesamtbilanz, die die Internationale der Währungshändler den staatlichen Geldschöpfern präsentiert,

indem sie mit, auf und gegen deren Gelder *spekuliert*. Mit dem ganz eigenständigen spekulativen An- und Verkauf von Währungen, Staatsschulden, Wertpapieren aller Art aus den verschiedenen Ländern, dem Verschieben von Geldsummen in für Laien so überwältigender Größenordnung „bloß“ zwecks Ausnutzung noch der kleinsten Bewertungsdifferenzen und deren Verschiebungen, nehmen die entsprechend engagierten Finanzkapitalisten nämlich eine ununterbrochen aktualisierte kritisch vergleichende Einschätzung der kapitalistischen Leistungsfähigkeit ganzer Nationen vor; unter dem ebenso bornierten wie sachgerechten Gesichtspunkt, wie *lohnend* und wie *sicher* ihnen deren Schulden und die diese Schulden repräsentierenden Gelder vorkommen. In diese Urteilsbildung fließen alle möglichen Feststellungen und Mutmaßungen ein: von größter Wichtigkeit, ob die Nation intern und auswärts in eigener oder fremder Währung verschuldet ist, dann aber auch das Ausmaß der Schulden; außerdem Mittel und Perspektiven der Wachstums- und Exportförderungs politik; Inflationsraten und das Haushaltsgebaren der Regierungen; ihr absehbarer Kreditbedarf; ihre Macht, die Außenhandels-, Kredit- und Währungspolitik anderer Staaten und die Bedingungen des Welthandels insgesamt und überhaupt zu beeinflussen; deswegen auch Gewaltfragen aller Art, von der Stabilität einer Regierung bis zur Sicherheit der Rohstoffversorgung der Nation; usw. Das alles fasst sich zusammen in dem Kurswert, den „die Märkte“ für die Währung und die Kreditpapiere der diversen Nationen „ermitteln“, um sie mit ihrer Spekulation auf Veränderungen gleich wieder in Frage zu stellen – und nicht nur darin. Mit ihrer gewerbsmäßigen Spekulation treffen die Geldhändler nämlich eine noch viel grundsätzlichere *qualitative* Unterscheidung zwischen den paar Währungen, die *ihnen* Sicherheit beim und fürs Spekulieren bieten und deswegen als eigentlicher Endpunkt und unverzichtbares Mittel ihrer Geschäfte dienen, und solchen Schulden und Nationalgeldern, in die sie „hineingehen“, um mit viel Gewinn aus ihnen wieder „herauszugehen“. Gerne unternehmen sie Exkursionen in spekulative Hochrisikogebiete, um auf ihrer Suche nach Sicherheit für ihre Erwerbungen zu den Geldern zurückzukehren, denen sie selber schon am längsten vertrauen und zum Rang einer soliden Spekulationswährung verholphen haben. So bewähren sich einige wenige Devisen als „*hart*“; ganz viele andere disqualifizieren sich in unterschiedlichem Maß als „*weich*“ und gelten nur unter Vorbehalt, der ganz praktisch in Form von extra hohen Zinsforderungen und allerlei Absicherungsgeschäften geltend gemacht wird, als Stellvertreter für wirkliches, nämlich zu kunstreichen Finanzoperationen zuverlässig taugliches Geld; andere Nationalgelder existieren für den globalen Geldmarkt überhaupt nicht. Konvertibel sollen die Währungen sein, allesamt Ausdruck ein und desselben Reichtums in national unterschiedlichen Maßeinheiten – am Ende unterscheiden sie sich nicht bloß nach ihrer „Kaufkraft“ und deren quantitativen Veränderungen, sondern qualitativ danach, wie sicher das Finanzkapital beim Spekulieren auf die und mit den Schulden der Nationen sich darin aufgehoben findet. In der Form, nämlich in der allein angemessenen „Sprache“ des Geldes, stellt der Geldhandel den Nationen sein kapitalistisch verbindliches Zeugnis darüber aus, was sie für die Zwecke spekulativer Geldvermehrung und *insofern überhaupt* als Kapitalstandorte taugen. Er teilt den Staaten mit, und zwar praktisch verbindlich, wie es um ihre Potenz steht, mit dem Geld ihrer Notenbank als Kreditmittel kapitalistisches Wachstum zu generieren, und wie es deswegen nach bestem spekulativem Ermessen mit ihnen weitergeht.

d)

Die maßgeblichen kapitalistischen Staaten haben den Geld- und Kredithändlern die Macht zur spekulativen Tauglichkeitsprüfung der nationalen Kapitalstandorte übertragen, ihre Entscheidungshoheit damit aber mitnichten abgetreten. Sie halten den globalen Geschäftsgang unter Kontrolle – und so überhaupt seit jeher in Gang. So haben die USA in ihrem Teil der Wüsteneien, die der 2. Weltkrieg hinterlassen hatte, mit Kapitalexpert und der Kreditierung neuer Währungen für die Neugründung eines

weltweiten Kapitalismus auf Dollar-Basis gesorgt; im Streit und in Absprache mit ihren verbündeten Rivalen haben sie ein Vierteljahrhundert später die Fiktion einer ihre Banknoten als Weltgeld auszeichnenden Gold-Deckung aufgegeben und den anderen, mittlerweile kapitalistisch erfolgreichen Nationalgeldern eine prinzipielle Gleichrangigkeit mit ihrem Greenback zugestanden. Die Scheidung der Nationen in Gewinner und Verlierer des neu eröffneten Weltmarkts haben dessen politische Initiatoren von Beginn an in der verharmlosenden Fassung berücksichtigt, dass immer wieder einmal mit „Liquiditätsengpässen“ im internationalen Zahlungsverkehr und bei gewissen Teilnehmern zu rechnen und Vorsorge für einen unbeeinträchtigten Fortgang des grenzüberschreitenden Geldverdienens zu treffen sei; so kamen der Internationale Währungsfonds als supranationale politische Garantie für die Einlösung nationaler Zahlungspflichten auch jenseits der Zahlungsfähigkeit betroffener Nationen sowie die Weltbank als Instanz für die Vergabe politischen Kredits zur Wiederherstellung der Weltmarktfähigkeit solcher Länder zustande. Die auf die Art gewährleistete Kreditwürdigkeit aller Staaten, in denen es für Kapitalisten Geld zu verdienen gibt, sowie die Überschwemmung des Weltmarkts mit verlässlichem Weltgeld insbesondere aus Amerika haben das internationale Finanzgewerbe erst zu seiner Geschäftstätigkeit in den heute so viel bestaunten gewaltigen Dimensionen befähigt. Wenn diese Branche mit ihren spekulativen Geldanlagen Staaten ruiniert und als zahlungsunfähig und eigentlich kreditunwürdig bloßstellt und damit auch für die Gewinner des Weltmarkts die Frage aufwirft, wie es mit dem schönen Weltgeschäft weitergehen soll, finden die politischen Herren der Veranstaltung – bei allem Respekt vor dem „Urteil der Märkte“, dem genau so viel Bedeutung zukommt, wie sie ihm beimessen – noch allemal einen Weg, mit Kreditgarantien für Fortsetzung oder Neubeginn zu sorgen und das Ausscheiden von Weltmarktteilnehmern zu verhindern. Die Konkurrenz der Nationen bleibt unkündbar; der Beschluss wird in den Rettungsmanövern der Internationalen Finanzinstitutionen noch bis hinunter zu den Schuldenerlass-Kandidaten vollstreckt. So ist es unter der organisierten Aufsicht der großen Heimatländer des guten, harten Geldes über die Schulden der Nationen und mit der institutionalisierten Fortschreibung akkumulierender Verbindlichkeiten und uneinbringlicher Forderungen zu den Ergebnissen gekommen, über die das internationale Finanzkapital auf seine praktische Art Buch führt: zu einer *Hierarchie der Währungen*, in der der *weltwirtschaftliche Status* der Nationen seinen Niederschlag und seinen zusammenfassenden Ausdruck findet und so festgeschrieben ist, dass er sich – solange die herrschende Weltordnung noch respektiert wird – nur schwer korrigieren lässt bzw., was die großen Nutznießer betrifft, ziemlich krisenfest Bestand hat.

– Für die meisten Mitglieder der modernen Völkerfamilie ergibt sich der vernichtende Befund: *Sie haben kein Geld* – auch wenn ihre nationale Währung, finanztechnisch gesehen, konvertibel ist und sogar getauscht wird. Das Geld, das sie selber schöpfen, wird als vollgültiges Geschäftsmittel nicht benutzt, zählt nicht als Weltgeld, verschafft seinem Schöpfer also auch keine finanzielle Freiheit; sobald die Staatsmacht sich in eigener Währung selbst kreditiert, um aus eigener Macht für Wachstum zu sorgen und den eigenen Haushalt zu finanzieren, was sie selbstverständlich wie jede marktwirtschaftlich aufgeklärte Herrschaft tut, stört und zerstört die Entwertung des Geldes die damit kreditierten Geschäfte und schädigt die staatlichen Finanzen, und es droht der Offenbarungseid, dass die eigene Währung im Grunde *nichts taugt*. Diese Länder sind auf die Notwendigkeit zurückgeworfen, sich im Maße ihrer Importnotwendigkeiten sowie ihrer angesammelten Zahlungspflichten das Weltgeld anderer Nationen, US-Dollar vorzugsweise, zu verdienen – keine einfache Sache angesichts ihres Kapitalmangels und der Unbrauchbarkeit ihres Geldes als Kreditmittel für kapitalistisches Wachstum. Nur ganz wenige Kandidaten dieser Art können sich überhaupt sinnvollerweise vornehmen, und nur einzelne schaffen es womöglich, sich dank massivem und erfolgreichem Kapitalimport eine dermaßen positive Handelsbilanz zu erwirtschaften, dass ihr angesammelter Devisenschatz ihnen einige finanzielle Freiheit verschafft; ohne

dass ihre Währung damit auch schon in den Rang eines Weltgeldes aufgerückt wäre, das im In- und Ausland erfolgreiche Geschäfte anstößt und durch deren Erfolg als Kreditmittel bestätigt wird.

– Einen solchen Erfolg kann zu Beginn des 21. Jahrhunderts nur eine Handvoll Staaten verbuchen. Als *Weltfinanzmächte* bedienen sie mit ihrem Zahlungsmittel und ihren Krediten nicht bloß ihre einheimische Unternehmerschaft, sondern den Geld- und Kreditbedarf der ganzen kapitalistischen Welt und nehmen umgekehrt deren Geschäftstätigkeit insgesamt für die Beglaubigung ihrer geldwerten Druckerzeugnisse und ihrer nationalen Schulden in Anspruch: für deren Anerkennung als wahrer kapitalistischer Reichtum, so als stünde hinter jeder Banknote und jeder Staatsschuld nicht bloß die Autorität des dafür verantwortlichen Souveräns, sondern tatsächlich erarbeiteter und realisierter Wert. Diese Mächte und nur sie verfügen über die Freiheit, in eigener Währung sich selbst zu kreditieren und für den Wert dieses Geldes, auch wenn es in noch so großem Umfang bloß ihre Schulden repräsentiert, die ganze kapitalistische Welt mit ihren Geschäftsmitteln und ihren Währungsreserven haften zu lassen. Das macht ihre *Finanzmacht* aus; und die nutzen die zuständigen Machthaber nach Kräften. Wenn sie anderen Staaten, solchen ohne Weltgeld in dem Sinn, mit Krediten beistehen, dann erhalten sie ihren Multis die Welt als Geschäftssphäre und verpflichten zugleich die fremden Herrschaften auf allerhand ökonomische Sachzwänge, in deren Respektierung die Anerkennung der weltwirtschaftlichen Statushierarchie und ihrer eigenen dominierenden Rolle mit enthalten ist; dementsprechend reklamieren sie die Kompetenz und das Recht, in aller Welt auf *gutes Regieren* aufzupassen. Betroffen und alarmiert sind sie, wenn sich, womöglich infolge der von ihnen aufgebauten internationalen Benutzungsverhältnisse, an unvorhergesehener Stelle und womöglich unkontrolliert nennenswerte Verschiebungen im globalen Machtgefüge und in der Rangfolge der Nationen abzeichnen; dann sehen sie sich herausgefordert, sich mit ihrer Finanzmacht – und wenn das nicht langt: mit Übergängen ins nächste Kapitel, per Einwirkung aufs Sicherheitskalkül des Problemstaates – wieder zum Herrn und Nutznießer der Entwicklung zu machen. Nicht nur dabei, sondern mit ihrer Geld- und Schuldenpolitik insgesamt kommen die kapitalistischen Weltmächte auf der anderen Seite *einander* in die Quere. Auch für sie ist der Konkurrenzkampf um den Reichtum der Welt total geworden; und gerade zwischen ihnen spielt er sich ganz entscheidend als *Verdrängungswettbewerb ihrer Währungen* ab. Überall, wo Kredit gebraucht und Geld als Geschäftsmittel, als Spekulationswährung und als Reserve benutzt wird, also überall und an allen „Fronten“ bemühen sich die großen Weltgeldschöpfer um Zuspruch auf Kosten der jeweils anderen. Eigens zu diesem Zweck haben die Partner der Euro-Zone immerhin ein Kernstück ihrer Finanzautonomie und ihres marktwirtschaftlichen Leistungsvergleichs storniert und die Quintessenz ihrer nationalen Wirtschaftsmacht, ihre teils erfolgreichen, teils von Aufweichung und Degradierung bedrohten nationalen Währungen, zu einem kollektiven Zahlungs- und Kreditmittel zusammengelegt: Der globalen Finanzindustrie in ihrer ewigen spekulativen Suche nach Sicherheiten wollen sie ein unschlagbares Angebot machen und die Hüter der nationalen Devisenreserven in aller Welt von ihrem Weltgeld überzeugen, um so dem US-Dollar seinen bisherigen Vorrang als Weltwährung streitig zu machen – ein Angriff auf den „american way of life“ nicht bloß im Sinne der privaten Lebensführung im Mutterland des Weltkapitalismus, sondern auf die ökonomischen Erfolgs- und Existenzbedingungen der Weltmacht.

e)

Die kapitalistischen Staaten konkurrieren um den Reichtum der Welt; und das tun sie in der absurden Weise, dass sie um das Vertrauen und den Zuspruch der Eigentümerklasse konkurrieren, die weltweit mit der Steigerung der Zugriffs- und Kommandomacht befasst ist, die die Staatsgewalt dem Eigentum verleiht. Um Investoren und Spekulanten Eindruck zu machen, die sie selbst, durchaus widerruflich, dazu

ermächtigt haben, über Wert und Brauchbarkeit ihres Geldes zu befinden, tun sie alles, um ihr Land zur ergiebigen Geldquelle und ihr Geld zum universell benutzten und gefragten oder doch zumindest zum anerkannten Geschäftsmittel der vermögenden Elite und ihrer Manager zu machen. Im Sinne des „Urteils der Märkte“, dem keine Regierung sich beugt, wenn es ihren Ansprüchen auf Reichtum und Macht nicht entspricht, werden sie gegen ihr eigenes Volk und gegen einander so *brutal*, wie sie es für nötig halten, um sich der internationalen Geschäftswelt als materieller Basis ihrer Herrschaft zu versichern.

Nach innen, bei der Bewirtschaftung ihrer einheimischen Gesellschaft, kommen alle Staatsgewalten, dem Stand ihrer Nation in der internationalen Konkurrenz entsprechend, in immer neuen Anläufen zielsicher auf die banale Quintessenz aller politökonomischen Weisheit zurück: *rentable Arbeit*, und davon *so viel wie möglich*. Die einen, die ums Geld anderer Nationen konkurrieren, unterwerfen ihre Massen, dem rohen Entwicklungsstand der durchschnittlichen nationalen Produktivkräfte entsprechend, einem Ausbeutungsregime, das streitbare Beobachter aus der Ersten Welt an die in ihrer Heimat glücklich überwundenen Zeiten des Manchester-Kapitalismus denken lässt. Damit wollen sie freilich keinerlei Kritik am Kapitalismus geübt haben, sondern – auch unter Titeln wie „Lohn-“ und „Umwelt-Dumping“ – für unfair erachtete Konkurrenzvorteile anklagen; und wenn man sich über die hartnäckigen Ausbeuter anderswo lange genug beschwert hat, nämlich bis klar ist, dass die ihre schlechten Gewohnheiten nicht ablegen werden, folgt die Ermunterung an die Geschäftswelt daheim, zu tun, woran die es ohnehin, auch ohne drittweltliche Konkurrenz, nicht fehlen lässt: Sie sollte die Überlegenheit ihres altbewährten Kapitalismus nicht bloß auf dem Feld der Arbeitsproduktivität im technischen Sinn weiterhin voll ausspielen, sondern auch bei der Behandlung und Bezahlung der Arbeitskräfte. Im Unterschied zu Ländern mit ganz extremer Ausbeutung lassen sich nämlich in fortgeschrittenen Nationen ziemlich viele überkommene „Besitzstände“ abbauen, die angesichts der Billigkonkurrenz von auswärts im Endeffekt bloß den einzig wirklich wichtigen und sowieso dauernd bedrohten „Besitzstand“ eines modernen Arbeitnehmers, nämlich seinen Arbeitsplatz, gefährden. In diesem Sinne wird alles das als Erfolgsgeheimnis propagiert und praktiziert, was linke Kritiker der kapitalistischen Produktionsweise als Ausbeutungstechnik zum Vorwurf gemacht haben, und alles das als Schwächung im internationalen Wettbewerb und Keim des nationalen Untergangs verworfen und bekämpft, was sozialdemokratische und christliche Sozialreformer sich haben einfallen lassen, um die kapitalistische Ausbeutung für ihre nützlichen Opfer aushaltbar zu machen. So kriegen die lohnabhängigen Massen ihren Anteil ab vom Geld-Imperialismus ihrer Nation.

International, beim grenzüberschreitenden Geldverdienen, überlassen die Staaten die eigene wie die weltweit tätige Unternehmerklasse erst recht nicht sich selbst und ihrem Konkurrenzschicksal. Unermüdlich kämpfen sie um einseitig vorteilhafte Geschäftsbedingungen; nicht bloß im Verkehr mit einzelnen Partnern, sondern allgemein um Regelungen, eine Regelauslegung und eine Fortentwicklung des Regelwerks fürs internationale Geschäft, von denen sie sich Vorteile für die Konkurrenzposition ihres Standorts sowie für den Gebrauch ihres Kredits und ihrer Währung versprechen. Und wie jede zwischenstaatliche Auseinandersetzung der gehobenen Art wird auch dieses Ringen um einzelne Festlegungen begleitet von einem Kampf der Mächtigen um Einfluss und Machtpositionen, die es ihnen gestatten, den weltwirtschaftlichen Ordnungsrahmen insgesamt maßgeblich zu bestimmen und für seine Durchsetzung zuständig zu sein. Auch da haben die Einwände der großen Wirtschaftsmächte gegen regelwidriges Dumping, insbesondere gewisser allzu ehrgeizig aufstrebender „Schwellenländer“, ihren festen Platz, ebenso umgekehrt deren Beschwerden über wettbewerbsverzerrende Subventionen der reichen Nationen: Ausgetauscht wird der Vorwurf, die jeweils anderen handelten nicht kapitalistisch systemgerecht, verstießen gegen Grundregeln des schiedlich-friedlichen Verkehrs zwischen den

Weltmarktteilnehmern und damit letztlich gegen den Grundkonsens der Souveräne über ihre weltwirtschaftliche Koexistenz. Je nach dem, welche Macht mit wie viel Nachdruck diesen Vorwurf erhebt, gehört er gar nicht bloß in das Reich der moralischen Rhetorik, sondern in das der diplomatischen Drohungen: Eine Regierung gibt bekannt, dass sie durch das Gebaren eines oder mehrerer Partner die Voraussetzungen und den wesentlichen Inhalt der wechselseitigen Anerkennung als verlässliche, der Marktwirtschaft verpflichtete Mitspieler im friedlichen Weltgeschäft verletzt sehen könnte. Solche Dinge sind gar nicht mehr so einfach auf der Ebene und mit den Mitteln handelsdiplomatischer Erpressung zu regeln, weil da der *Wille* gewisser Beteiligter in Zweifel gezogen wird, die Verfahrensregeln einzuhalten und die grundsätzlichen weltordnungspolitischen Festlegungen zu respektieren, unter denen ökonomische Sachzwänge und ein friedliches Erpressungswesen überhaupt nur verfangen. Dieser Übergang ins Grundsätzliche liegt deswegen tatsächlich immer nahe, weil die konkurrierenden Staaten in ihren Auseinandersetzungen um Exportbedingungen, Schuldenprobleme und dergleichen dazu neigen, gar nicht bloß um relative Vor- und Nachteile zu rechten, sondern ihre Herrschaft über ihre ökonomische Basis selber, also die *Hoheit über die eigenen Existenzbedingungen* angegriffen zu sehen – was in gewisser Weise ja auch allemal der Fall ist: Die einen haben ihre politökonomische Souveränität als Geldschöpfer und Kreditausstatter ihres nationalen Kapitalismus im Prinzip bereits an die großen Weltfinanzmächte verloren und finden sich in ihrem zutiefst berechtigten Bemühen behindert, sich durch die Akkumulation eines redlich verdienten Devisenschatzes ein Stück wirtschaftliche Autonomie zu erobern. Die andern halten es bereits für eine enorm großzügige Konzession ihrerseits, wenn der Rest der Welt sich mit allen Mitteln darum bemüht, ihr Geld zu verdienen, leiten daraus ihr Recht ab, die Verwendung dieses Geldes durch andere zu kontrollieren, und sehen durch wirtschaftspolitische Eigenmächtigkeiten ihre Souveränität als Weltfinanzmacht gefährdet. Und in dem Maße, wie die Betroffenen mit ihrem Standpunkt ernst machen, andere würden sich an den Rechten vergreifen, deren Respektierung sie zum Grundbestand eines friedlichen Umgangs der Staaten miteinander zählen, sehen sie sich durch einen *feindlichen Willen* als *höchste Gewalten* in ihrem eigenen *Friedenswillen herausgefordert*.

II. Die Konkurrenz der Nationen um überlegene Gewalt

1. Krieg und Frieden

Kapitalistische Staaten, kleine wie große, früher und heute, kümmern sich neben ihrer ökonomischen Konkurrenz um die *Sicherung* der ihnen nützlichen zwischenstaatlichen Konkurrenz- und Benutzungsverhältnisse. Mitten im Frieden unterhalten sie stehende Heere, beschaffen sich moderne, immer gewaltigere Waffen, schmieden Militärbündnisse, um sich zu wappnen – selbstverständlich gegen ihresgleichen. Die anderen Staaten, ihre Partner im wirtschaftlichen Austausch, betrachten sie als Bedrohung für sich und ihre Interessen, und das reihum. Theoretisch weisen sie es von sich, praktisch gehen sie davon aus, dass sie selbst für einander die Quelle der Gefahr sind, gegen die jede Seite sich nur zu verteidigen behauptet. Vor und unabhängig von allen bestimmten Konflikten sind sich Staaten sicher, dass sie bedroht sind. Den Aufbau ihres eigenen Bedrohungspotenzials verstehen sie als *Abwehr und*

Reaktion darauf.³ So bekämpft ein jeder am anderen, was er selbst betreibt: Kapitalistische Staaten konkurrieren als pure Staatsgewalten miteinander.

a)

In ihrer Sicherheitspolitik dementieren die Handel treibenden Staaten ihre Phrasen vom allseitigen Nutzen, den der wirtschaftliche Austausch befördere, vom ausgeglichenen Geben und Nehmen in ihrer ökonomischen Kooperation und vom segensreichen Zwang zum Kompromiss. Sie bekennen, wie wenig sie den Vertragsverhältnissen trauen, in die sie mit ihren Partnern eintreten, wie wenig sie den Vorteil, den ihr Vertragspartner ebenso wie sie mit dem Vertrag zu erreichen sucht, für eine sichere Grundlage ihrer Beziehungen halten, wie gut ihnen also *der ausschließende Gegensatz* vertraut ist, in dem sie zu den Staaten stehen, mit denen sie wirtschaftlich kooperieren: Sie treten in Verkehr, um durch Benutzung der Reichtumsquellen der fremden Hoheit jeweils *sich als die politische Gewalt, die sie sind, an der anderen zu stärken und als Macht zu gewinnen* – selbstverständlich gegen andere. Dafür nehmen sie ihren Partner in Anspruch: Er soll sich mit seiner Macht über seine Gesellschaft für den fremden Nutzen hergeben und stark machen – unabhängig vom, ja auch gegen den eigenen ökonomischen Vorteil. Weil sie Unzumutbares verlangen, betrachten Staaten den Zugang zu auswärtigen Reichtumsquellen als eine äußerst problematische, ja gefährliche *Abhängigkeit* ihrer nationalen Existenzgrundlagen vom Egoismus fremder Mächte, die diese Angewiesenheit natürlich ausnutzen. In defensiven Euphemismen – man dürfe nicht „erpressbar“ werden und müsse die eigene „Handlungsfreiheit“ bewahren –, proklamieren sie, unter welcher Bedingung sie die eigentlich unerträgliche Abhängigkeit allenfalls aushaltbar finden: Dann nämlich, wenn ihre *immerwährende Einmischung* in die Willensbildung des anderen Souveräns gewährleistet ist, wenn sie ihn kontrollieren und als Garanten des eigenen Nutzens in Haftung nehmen können. Nur dann fürchten sie nicht, mit ihrer Abhängigkeit von fremden Potenzen ausgenutzt zu werden. In der ebenso knappen wie unverschämten Rede von „unserem Öl“, „unseren Versorgungsrouten“ steckt der ganze imperialistische Dreischritt: Erstens kaufen und verbrauchen „wir“ das Öl, das aus z.B. arabischem Boden gepumpt wird, also erst einmal den dortigen Hoheiten und keineswegs „uns“ gehört. Zweitens hängen „wir“, weil es „uns“ nützt und „wir“ „unser“ Wachstum damit voranbringen, von der pünktlichen, zuverlässigen, ausreichenden und preisgünstigen Lieferung des Erdöls ab, weshalb drittens „wir“ die Region und ihre Souveräne sowie die Transportrouten unter „unsere“ Kontrolle nehmen müssen, damit „wir“ nicht politisch wie wirtschaftlich von den Ölscheichs erpresst werden. Eine umgekehrte Klage hört man in Bezug auf den großen Energielieferanten Russland: Ihm gelinge die Rückkehr in den Rang einer Weltmacht, weil „wir“ von seinem Öl und Gas abhängen und wegen dieses Handikaps nicht rücksichtslos gegen seine Machtinteressen vorgehen können.

³ Die Wissenschaft von der internationalen Politik glaubt ihrem staatlichen Auftraggeber seine rechtfertigende Deutung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Reaktion, die auf äußere Bedrohung nur antwortet, aufs Wort und zieht daraus zwei Schlussfolgerungen: Entweder sie macht die offizielle Kriminalisierung des Gegners mit, erklärt ihn zum Störenfried und Aggressor und wärmt ein weiteres Mal die Theorie vom gerechten Krieg auf. Oder sie macht diese Auskunft, verallgemeinert auf die ganze Staatenwelt, wirklich zum Ausgangspunkt einer Erklärung der Außenpolitik; dann baut sie einen kompletten Zirkel: Wenn jeder Staat mit seiner Rüstung nur reagiert und gar nicht agiert, dann auf eine nur vermutete, gar nicht wirkliche Aggressivität anderer Staaten, so dass aus lauter irrtümlich angenommenen Bedrohungen wirkliche werden. Am Schluss zerstören sie einander im Krieg, weil sie sich über die guten Absichten ihres Gegenübers nicht ganz sicher sein können. „*States can never be certain about the intentions of other states*“ – so erklärt John Mearsheimer, einer der Päpste des Fachs, warum sich Staaten kriegsbereit gegenüber treten. (*The False Promise of International Institutions, in: International Security, Winter 1994/95, Vol 19, No. 3,10*) Leider, muss man sagen, hat die außenpolitische Machtentfaltung moderner Staaten handfestere Gründe als ein dummes, dummes Missverständnis.

Die umfassende Benutzung anderer Märkte und Länder sowie die Internationalisierung des Kapitals haben die involvierten Staaten nicht etwa gebremst, sondern der Ausschließung, die ihr Verhältnis seit je bestimmt, neue Formen und eine neue Schärfe verpasst. Politische Herrschaft über ein Land und seine Bewohner, schon um einiges älter als der Kapitalismus, besteht geradezu darin, exklusiv zu sein, andere Herrschaft von der Verfügung über ihren Besitzstand auszuschließen. Dieser Ausschluss ist keine ein für alle Mal gegebene Tatsache, sondern ein Akt der Gewalt: Beide Seiten, die Hoheit auf ihrem Gebiet und die davon ausgeschlossene andere Hoheit, setzen einander Grenzen, die sich beide nur gefallen lassen, wenn sie müssen. Jahrhunderte lang bestand das sogenannte „Spiel der Könige“ darin herauszufinden, ob sie müssen. Denn in ihren Ansprüchen sind nicht nur die heutigen, sondern auch die historischen Landesherren immer schon über die Grenzen der Reichweite ihrer Macht hinaus. In Zeiten, in denen die Gemeinwesen untereinander wenig Verkehr und Austausch hatten, richtete sich der begehrlische Blick fremder Potentaten auf die Elementarbestimmungen des Staates: auf das Kommando über Land und Leute, sowie darauf, was sich als Beute nehmen oder als Tribut auferlegen ließ. Die modernen Staaten haben nach vielen Kriegen zwar herausgefunden, dass sich andere Länder und deren Potenzen für den nationalen Reichtum ausnutzen lassen, auch ohne sie zu erobern und dem eigenen Herrschaftsbereich zuzuschlagen. Friedfertiger ist ihr Verhältnis dadurch nicht geworden; im Gegenteil: Dass sie nicht mehr nur gelegentlich Kontakt untereinander haben, sondern im großen Stil kommerziell verkehren, hat den Stoff ihres Antagonismus vervielfacht. Das einmalige Ausplündern erobert Länder, den ruinösen, also vorübergehenden oder aber an die Überschüsse einer stationären Produktionsweise angepassten, also dürftigen Tribut ersetzen moderne Staaten durch die wechselseitig konzedierte, dauerhafte Benutzung *fremder* Reichtums- und Wachstumsquellen, die somit *ihre* Lebensmittel darstellen. Sie konkurrieren um den Erfolg aus der Benutzung des Weltmarkts, eignen sich den kapitalistischen Reichtum des Globus national an und schließen darüber andere Nationen von den Reichtumspotenzen des Kapitals aus. Weil es im Wirtschaftsverkehr um dieses Aneignen und Enteignen geht und die gesicherte Kooperationsbereitschaft des beanspruchten Partners dafür verlangt ist, tritt an der Stelle früherer Eroberung das nicht weniger gewalttätige Streben, *den Willen des souveränen Partners dauerhaft zu kontrollieren*. Dieser *Begriff des modernen Imperialismus*⁴ ist der Staatsräson aller kapitalistischen Gemeinwesen eingeschrieben, unbeschadet dessen, dass sie sich ganz schnell in Objekte und Subjekte

⁴ Es ist so ein Scherz der moralisierenden Nomenklatur der Politikwissenschaft, dass sie die ihr bekannte Kategorie „Imperialismus“ ausgerechnet auf das grundsätzlich gegensätzliche Verhältnis moderner Staaten nicht anwenden mag. Der Name bleibt für die Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse vergangener Zeiten reserviert: Ein Imperium Romanum, ein Britisches Empire kennt man wohl und jene Übergangsperiode zu den modernen Verhältnissen, in der die europäischen Mächte einen Wettlauf um die Aufteilung der Welt in Kolonialreiche austrugen, heißt auch bei dieser Wissenschaft „Ära des Imperialismus“. Wo der Herrschaftswille eines Staates die ihm gegenüberstehende Hoheit aber nicht abschafft und ihren Besitzstand schluckt, sondern wo tatsächlich souveräne Staaten souveräne Staaten beherrschen, mag die politische Theorie gleich gar kein Herrschaftsverhältnis mehr entdecken. Jedenfalls in den Fällen nicht, in denen sie dieses Verhältnis billigt. Als Schimpfwort für das Unrecht eines Feindes ist „Imperialismus“ nämlich durchaus nicht veraltet: Der nicht-kapitalistischen Sowjetunion sagte man eine imperialistische Außenpolitik nach; ihr Bündnisssystem war ein „Rotes Imperium“; Putins innen- und außenpolitische Machtproben, mit denen er die Russische Föderation zusammenhält und Einfluss auf das „nahe Ausland“, die Russland umringenden ehemaligen Sowjetrepubliken zu bewahren sucht, werden als „Rückfall in imperialistische Politik“ gebrandmarkt. Inzwischen sind auch die USA nicht mehr vor dem Imperialismusverdacht gefeit. Seitdem sie unter Präsident Bush die ganze Welt zum potentiellen Schlachtfeld erklären, Länder, deren Regierungen ihnen nicht passen, überfallen und besetzen, beschäftigt sich der intellektuelle Antiamerikanismus mit der Frage, ob sich da nicht eine „Wiederkehr des Imperialismus“ ankündigt und Amerika nicht doch ein „Empire“ sei. Weil man den Amerikanern die Rolle als die Welt beherrschende Macht nicht gönnt, zeigt man anklagend auf die Methoden ihrer Durchsetzung – alles in dem Ton und der Gewissheit, dass man einen Verstoß gegen das übliche und gerechte Verhältnis zwischen souveränen Gewalten zur Anklage bringt.

dieses Kontrollwesens scheiden. Denn für alle gilt: Die ökonomische Benutzung anderer Staaten steht und fällt mit dem *Herrschaftsverhältnis* zwischen ihnen.

b)

Ihre Konkurrenz um die Herrschaft über ihresgleichen tragen die Staaten in letzter Konsequenz mit *Krieg* aus: Sie mobilisieren ihr Volk und verwenden ihren nationalen Reichtum dafür, den für definitiv unerträglich befundenen Gegenspieler, den Feind, auszuschalten, indem sie seine Machtmittel vernichten und die Quellen seiner Macht zerstören. Dabei geht es ihnen „ums Ganze“: um ihre Selbstbehauptung als Höchste Gewalt – also um weit mehr als die Bereicherung und Stärkung, um die die modernen Staaten ansonsten konkurrieren, nämlich *um sich* als das Subjekt aller Konkurrenz und aller Bereicherung. Um sich zu behaupten und durchzusetzen, leisten die Staaten sich tapfer den nicht ganz widerspruchsfreien Übergang dazu, ihre Macht und ihren Reichtum als *Vernichtungsmittel* einzusetzen – „ohne Rücksicht auf Verluste“, nämlich grundsätzlich rücksichtslos nicht bloß gegen den Feind, sondern gegen die Mittel und die benutzten und beanspruchten Quellen ihrer *eigenen* Macht *selber*.

Das gilt für ihr *Verhältnis nach außen*: Im Krieg *zerstören* die Staaten bei ihrem Feind – und, wenn es sich so ergibt, auf ihrem Feldzug zu ihm hin auch anderweitig –, was sie sonst partout als Quelle der Bereicherung und Stärkung für sich zu erschließen und zu nutzen trachten und was sie sich durch ihren Feldzug sicher zugänglich zu machen gedenken. Um ihrer unbestrittenen *Verfüugungsmacht* willen vernichten sie, *worauf* es ihnen beim *Gebrauch* ihrer Verfügungsmacht, beim praktischen Verfügen über andere Staaten, ankommt – und lassen sich höchst selten durch wohlmeinende Bedenken der Art, man müsste beim Verwüsten schon an den Wiederaufbau denken, in ihrem Vernichtungsgeschäft bremsen. Und diese Rücksichtslosigkeit bleibt nicht auf die unmittelbaren Opfer des Feldzugs beschränkt. Mit einem Krieg unterbrechen die Staaten mit aller Gewalt den Gang des Weltgeschäfts, soweit und wo immer ihr Feind davon profitiert; auch wenn sie selber davon mit profitieren – da kommt es bekanntlich gern zu allerhand Gewissenskonflikten. Und nicht nur das: Sie riskieren die Unterbrechung ihrer eigenen Außenbeziehungen, stören und gefährden selber den globalen Tauschhandel, setzen den eigenen Nutzen aus dem weltweiten Geschäftsgang – und den „unbeteiligter“ Dritter, die in modernen Zeiten eben nie ganz unbeteiligt bleiben – aufs Spiel. Zugleich besteht der kriegführende Staat erst recht und kompromisslos auf dem Fortgang seines Außenhandels, nämlich aus weit gewichtigeren als kommerziellen Gründen: Absoluten Vorrang hat nicht mehr das nationale Geschäft, sondern die Zufuhr kriegswichtiger Güter. Die eigene internationale Zahlungsfähigkeit wird gnadenlos strapaziert, um die Versorgung mit den benötigten Gebrauchswerten, die eben nicht mehr den geschäftlichen Kalkulationen der beteiligten Seiten überlassen bleiben darf, auf gar keinen Fall abreißen zu lassen. Dabei steht im Handelsverkehr mit Drittstaaten, die ihre eigenen kommerziellen Berechnungen anstellen und um ein eigenes rundum abwägendes Sicherheitskalkül ergänzen, stets der Übergang vom Kaufen zum Beschlagnahmen an. Alles, was der Welthandel für die Staaten leistet – und wofür sie ihn schließlich eingerichtet haben –, wird *militarisiert*, unter die gar nicht kapitalistisch geschäftsmäßigen Anforderungen der Kriegsparteien *subsumiert* – also *gestört*, je nach den Dimensionen des Kriegsgeschehens sogar *ruiniert*, und gleichzeitig aufs Äußerste *strapaziert*.

Das Gleiche gilt für das *Innenleben* kriegführender Nationen. Es wird gefährdet, je nach den Dimensionen des Abenteuers glatt aufs Spiel gesetzt; auf alle Fälle müssen drohende und eintretende Zerstörungen ausgehalten und durchgestanden werden. *Zugleich* wird es für den überragenden Zweck gewaltsamer staatlicher Selbstbehauptung auf die härteste Weise in Dienst genommen; es *muss* hergeben, was das nationale Oberkommando an Machtmitteln braucht.

Das bedeutet zum einen: Das nationale Geschäftsleben wird auf *Kriegswirtschaft* umgestellt. Die Lizenz fürs Kapital, frei über Arbeit und Reichtum zu verfügen, wird gekündigt: Finanziert, produziert, gehandelt wird nicht mehr, wie im Frieden, alles, was und soweit es Profit bringt, sondern was die Front an Waffen und sonstigem Gerät benötigt und was an der Heimatfront an Notwendigkeiten – des Schutzes, der Reparatur, der Notfallbewältigung, der Grundversorgung... – so anfällt. *Versorgung* bleibt nicht länger das, was beim Konkurrenzkampf der Warenanbieter am Ende herauskommt, sondern wird nach hoheitlich verfügbaren Prioritäten zur Richtlinie für den Gebrauch von Arbeit. Selbst der bleibt nicht mehr wie sonst Sache kalkulierender Arbeitgeber: Wo deren Rentabilitätsberechnungen nicht hergeben, was die Kriegsmaschinerie an Diensten verlangt, da übernimmt die Staatsgewalt selbst das Kommando. Bei alledem gilt allerdings auch: So sehr die Obrigkeit des kapitalistischen Gemeinwesens im Kriegsfall die *Freiheit* der zivilen Gewinnmaximierung im Prinzip storniert und im Einzelnen einschränkt – die Gewinnmaximierung selber unterbricht sie nicht. Was die Nation braucht, wird bezahlt; nach der Rechnung, die geschäftstüchtige Unternehmer dem Staat präsentieren; wobei die Anspannung aller Gewerbe für den im Wortsinn explodierenden Bedarf der Öffentlichen Hand den Druck der Konkurrenz deutlich mildert und allerhand Freiheiten zur Preistreiberei eröffnet, mit der die Geschäftswelt sich für das Risiko des Substanzverlusts durch feindliche Vernichtungserfolge entschädigt, dem der Krieg sie aussetzt. Die Kaufkraft des Volkes mag darüber vor die Hunde gehen; für den Staat bewährt sich – umso besser, je ausgereifter die kapitalistischen Verhältnisse im Land, je wuchtiger der akkumulierte und weiter akkumulierende Reichtum und je erfolgreicher der Kriegsverlauf – auch im größten Gemetzel *sein Geld* als Kommandomittel über die nationale Wirtschaft, deren Eigentümer und Manager damit noch immer die gesellschaftliche Arbeit kommandieren. Dabei ist die Staatsmacht um die Beschaffung der nötigen Finanzmitteln überhaupt nicht verlegen. Sie nimmt sich Kredit, den sie zugleich nach den Richtlinien hoheitlicher Geldschöpfung schafft – vom Stand des Steueraufkommens kann sie ihre Kriegführung schließlich nicht abhängig machen. Sie hat auch kein Problem damit, den Aufwand für ihr Vernichtungsgeschäft gewissenhaft in ihrem Haushalt zu verbuchen, neben den weiter notwendigen Ausgaben für Gesundheit und Kultur, und Zinsen zu zahlen, die die Summe der Kriegsschulden weiter wachsen lassen.

Eine eigentümliche Bewandnis hat es mit diesem Kredit allerdings schon. Es ist ja der kriegführende Staat, der ihn schafft und garantiert, die rücksichtslos auf sich selbst bedachte hoheitliche Gewalt – rücksichtslos nicht bloß gegen die materiellen Grundlagen des nationalen Wirtschaftslebens, die sie kriegerisch aufs Spiel setzt und strapaziert, sondern ebenso gegen den wuchtigen ökonomischen „Sachzwang“, dass das staatlich geschaffene, als Kreditmittel und -zeichen in Umlauf gebrachte Geld sich als Quelle kapitalistischer Akkumulation bewähren muss, um im Endeffekt als wirklicher Reichtum zu zählen und nicht als Maßeinheit des Reichtums zu verlieren, was es an Masse zunimmt. Formell bleibt die Garantie der Staatsmacht in Kraft, dass ihre Schulden echtes Eigentum repräsentieren und es per Zins wirklich vermehren – und wer genügend davon verdient, wird auch mitten im Krieg und durch ein Geld, mit dem bloß Zerstörung bezahlt wird, reicher; darum geht in Kriegszeiten überhaupt die Konkurrenz der Kapitalisten: als Kriegsgewinnler aus dem Zerstörungswerk hervorzugehen. Es hilft aber nichts: Kriegskredite sind und bleiben eine unkapitalistische Art der staatlichen Geldverwendung. Und das heißt *einerseits*: Bei den Finanzmitteln, mit denen ein Staat das Kriegsnotwendige bezahlt, treten die mit Geld ausgeübte Kommandomacht des Staates und die in demselben Geld enthaltene staatliche Eigentums- und Bereicherungsgarantie *prinzipiell auseinander*; ihre Vermehrung ruiniert die Tauglichkeit des Geldes für seinen Gebrauch als Mittel kapitalistischer Akkumulation. *Andererseits* spielt eben das *im Krieg* jedoch keine Rolle. Da verbittet sich die Staatsgewalt jeden Zweifel, sowohl an ihrer Kommandomacht wie an ihrem Geld. Sie lehnt es kategorisch ab, ihre gewaltsame Selbstbehauptung in irgendeiner Weise von der

Frage abhängig zu machen, ob sich das lohnt. So kompromisslos sie ihrer Gesellschaft den Dienst an der Profitmacherei, am überschießenden kapitalistischen Reichtum und dessen Vermehrung als Lebenszweck und -mittel aufherrscht, so kompromisslos verwahrt sie sich dagegen, *sich* zum Anhängsel der Überschüsse zu erniedrigen, die ihr nationaler Kapitalismus zu erwirtschaften vermag. Im Krieg, wo es der Höchsten Gewalt ganz und gar, existenziell, um sich geht, steht sie auch in ökonomischer Hinsicht absolut für sich ein und besteht darauf, dass das Geld, das sie schafft, allemal dafür gut ist, das kapitalistische Eigentum für die Beschaffung der Gewaltmittel in Dienst zu nehmen, die sie zum Siegen braucht. Sie schwingt sich zu dem Standpunkt auf, dass nicht sie von dem Geld lebt, das ihre Wirtschaft verdient und vermehrt, sondern dass „die Wirtschaft“ zusehen muss, wie sie mit dem Geld klar kommt, mit dem *sie sich* finanziert und das sie ihren Kapitalisten zu verdienen gibt. Erst wenn der Krieg vorbei und die Obrigkeit dabei ist, ihre Nationalökonomie wieder auf Rentabilität und stabilen Geldwert festzunageln; wenn nach der gewaltsamen *Sicherung* der Verfügungsmacht des Staates über die Quellen seiner Macht nach dem Drehbuch des Militärs wieder deren *Benutzung* nach dem Lehrbuch des Kapitalismus zu ihrem Recht kommt; wenn die bürgerliche Staatsmacht selber das Kriterium der kapitalistischen Tauglichkeit ihrer selbstgeschaffenen Geldmaterie wieder in Kraft setzt: *Dann* allerdings kommt die Geschäftswelt mit ihren Zweifeln daher. Denn dann ist sie und sieht sie sich ermächtigt, kritisch zu ermitteln, *wie sehr* das Geld durch seinen Gebrauch als Nahrungsmittel des Krieges „gelitten“, *in welchem Umfang* die staatliche Eigentumsgarantie, repräsentiert im Geld, das für den Krieg verbraten worden ist, die Gesellschaft enteignet hat. Dann wird die Entwertung des Kreditmittels durch die Kriegskredite praktisch vollzogen; der Staat registriert nicht bloß die eingetretenen materiellen Schäden, sondern auch eine Krise des Geldwerts; und wenn Krieg und Schulden wirklich heftig waren, dann zieht er mit einer ‚Währungsreform‘, die eigentlich nichts reformiert, sondern das bislang gültige Maß der Werte und Mittel des gesellschaftlichen Reichtums annulliert, seine Kriegsschulden aus dem Verkehr. Selbst ein Sieg schützt nicht unbedingt vor solchen Konsequenzen, auch wenn der natürlich für Großeigentümer staatlicher Kreditpapiere schöne Aussichten eröffnet, groß und erfolgreich ins neu eröffnete friedliche Weltgeschäft einzusteigen, und insoweit beste Voraussetzungen dafür schafft, dass eine globale Akkumulation auf Basis solcher Finanzmittel denen im Nachhinein doch tatsächlich echte Kapitalqualitäten bescheinigt. So oder so *ist* eine kapitalistische Kriegswirtschaft die praktische Subsumtion des gesellschaftlichen Reichtums, der Privatmacht des Eigentums, unter Gedeih und Verderb der Staatsgewalt, die das Kapital zum Lebensmittel der Nation macht.

Dem *Volk* beschert *seine* Subsumtion unter Krieg und Kriegswirtschaft eine Menge neuer Arbeitsplätze, teils direkt im Staatsdienst, teils im Dienst am staatlich beanspruchten Geschäft seiner privaten Arbeitgeber; und das bedeutet: Seine gewohnten Opfer ändern sich ein wenig, und es kommen – je nach Kriegsverlauf – ganz neue dazu.

Dass der Staat im Interesse und nach den Bedürfnissen seiner Kriegführung über seine nationale Ökonomie Regie führt, auch selber Arbeitsdienste einrichtet und die tüchtigsten Arbeitskräfte zum Kriegsdienst abkommandiert, wirkt sich für die lohnabhängige Masse und das sonstige Fußvolk der Gesellschaft vor allem so aus, dass zum einen *mehr gearbeitet* werden muss. Das ist unter den absurden Bedingungen der politischen Ökonomie des Kapitals für den arbeitslosen Teil der ausgebeuteten Menschheit tatsächlich so etwas wie ein Segen; das Langzeitgedächtnis der Völker in seiner unverwüstlichen Unterwürfigkeit hält das seinen Kriegsherren glatt zugute, und mancher kritische Sozialhistoriker versteht auf einmal gut, weshalb die Deutschen sich unter Hitler so wohl gefühlt haben. Dass die vermehrte Arbeit denen, die sie leisten müssen, keinen Wohlstand einbringt – wie auch: produktiv ist sie ja für die Vernichtungskapazitäten der Staatsgewalt –, geht nach derselben Logik ebenso

in Ordnung: Der Staat braucht sein Geld in Kriegszeiten für wichtigere Sachen als die Entlohnung seiner Dienstkräfte und Soziales. Das Gleiche gilt für die kapitalistischen Arbeitgeber, die gleichzeitig das Leben teurer machen. Und weil Krieg wirklich nicht die passende Zeit dafür ist, dass Gewerkschaften um einen Ausgleich für die verschobenen Lohn-Leistungs-Verhältnisse kämpfen – die organisieren lieber die nationalen Extra-Einsätze mit und kassieren dafür den ideellen Lohn öffentlicher und offizieller Anerkennung –, sinken Lohnniveau und Lebensstandard. Je nachdem reißt auch ein Mangel an Lebensmitteln ein und macht sinnfällig, was anständige Arbeitnehmer für sich nie wahrhaben wollen: dass ihre Arbeit nicht für sie und ihren Freizeitgenuss da ist, sondern ihre wertige Person für den Dienst an höheren Zwecken – nun also am allerhöchsten, der noch über dem Wirtschaftswachstum rangiert: der Macht der Höchsten Gewalt selber. Feindliche Bomben, die das Volk je nach Kriegsverlauf wegzustecken hat, ohne in seiner Arbeitswilligkeit und Leistungsfähigkeit nachzulassen, lassen an dem Verhältnis von Zweck und Mittel endgültig keinen Zweifel, sind in der Regel aber auch nicht geeignet, die Massen von ihrer Führung zu entzweien. Erlittene Kriegsschäden bestätigen nur das Bild vom bösen Feind, das die Staatsgewalt ihren Leuten als guten Grund für Krieg anbietet. Und hoheitlich verordnete Einschränkungen, Sonderschichten, Steuerzuschläge und sonstiges Kriegselend sind für ein anständiges Volk der praktische Beweis weniger dafür, dass es mit seinem ganzen Dasein die abhängige Variable seiner Herrschaft ist, als dafür, dass das so sein muss und jedermann zum Schulterschluss verpflichtet. Beides, die Empörung gegen den Feind und die Volkssolidarität, ist im Krieg im Übrigen nicht bloß eine Meinung, die der freie Bürger teilen kann oder auch nicht; es ist die verbindliche Gesinnung. Wer sich da distanziert zeigt, gar laut anders denkt, macht sich der Wehrkraftzersetzung schuldig und beleidigt auf jeden Fall die jungen Volksgenossen, die „im Feld“ nicht etwa für den brutalen Fundamentalismus der Höchsten Gewalt, sondern „für uns alle den Kopf hinhalten“.

Die bewaffneten Staatsdiener, von der öffentlichen Meinung des Volkes, aus dem sie rekrutiert werden, uneingeschränkt als „unsere Jungs“ geschätzt, haben ihrerseits die doppelte Pflicht, Opfer zu *bringen* und zu *schaffen*. Sie müssen ihr Leben aufs Spiel setzen *und* fremde Menschen umbringen, möglichst effektiv und durchaus massenhaft: Taten, die im zivilen Leben streng verboten sind und für einen halbwegs normalen Menschen auch dann noch gegen ziemlich elementare Regungen des praktischen Gefühls – von solchen des Verstandes ganz zu schweigen – verstoßen, wenn der Befehl dazu von ganz weit oben ergeht. Dabei wird den Soldaten – entgegen der Auffassung von Friedensmoralisten, die sie „Mörder“ nennen – nicht der Mord erlaubt, auf den im bürgerlichen Gegeneinander manch einer aus „niederen Motiven“ verfällt, wenn jemand seinem Glück im Weg steht. Für das Töten im Krieg, das Pflicht ist, haben Soldaten keinen persönlichen Grund; sie haben sich gegen Leute zu richten, zu denen sie keinerlei Verhältnis haben außer dem einen, dass die die Uniform ihres Vaterlandes tragen wie sie, nur eben die eines anderen Staates. Die Brutalität, das Leben Unbekannter auszulöschen, kommt selbstverständlich nicht ohne ein Bild vom bösen Feind aus, der Kameraden umbringt und daher den Tod verdient – der Krieg selbst produziert ja jede gewünschte schlechte Erfahrung mit dem Feind, die der Soldat sich dann als Grund der gerechten Feindschaft einleuchten lassen darf. Von dem ideologisch erzeugten Motiv hat der Soldat sich zur Erfüllung seines Auftrags aufhetzen zu lassen, nicht aber zu persönlichen Racheakten und nicht angeordneten Gräueltaten. Er hat das Kunststück fertigzubringen, genau der verhetzte und verrohte Gewaltmensch zu sein, den sein Job verlangt, und genau das auch wieder nicht zu sein. Er soll mit dem Einsatz seiner ganzen Person und der dazugehörigen Todesangst die unpersönlichste Sache der Welt vollstrecken, und wenn er das nicht schön sachlich hibekommt, sondern sich von seinem unverzichtbaren Hass auf den Feind zu Exzessen verleiten lässt, ist er ein Verbrecher. Spätestens, wenn sich Übergriffe nicht mehr vertuschen lassen, gibt es für die gezeigte Gewalttätigkeit keine Tapferkeitsmedaille, sondern ein Verfahren vor dem Kriegsgericht. Solange der Soldat jedoch auftragsgemäß tötet, zeigt er nicht nur

eine, eben eine andere als die im zivilen Leben geforderte Staatsbürgermoral, sondern die höchste überhaupt. Dass viele seiner Art beim befohlenen Einsatz sterben, wird als freiwillig erbrachtes äußerstes Opfer des Individuums an der Gemeinschaft gewürdigt, dem das Vaterland Dank und posthum Ehre schuldet.

Wenn der bürgerliche Staat seinen außenpolitischen Notstand bewältigt und sein gesamtes Innenleben, materielle Reichtümer, Städte und Lebensgrundlagen der Bevölkerung sowie jede Menge Leben als Mittel seiner Selbstbehauptung ins Feld wirft und verbraucht, rückt er die Reihenfolge der höchsten Güter zurecht, die immer gilt, aber im zivilen Leben allzu leicht in Vergessenheit gerät. Freiheit, Eigentum, Leben und Privatexistenz sind von der Macht gewährt, die die innere Ordnung durchsetzt und aufrechterhält. Die Staatsmacht legt ihre Untertanen auf die von Freiheit und Eigentum vorgezeichneten Rollen fest, weil sie so ihren zivilen Dienst an Kapitalwachstum und Staat erfüllen. Wenn die Ordnung stiftende Macht ihre Souveränität, also sich gefährdet sieht, setzt sie sich und ihren Bestand als *das Wesentliche des gesamten gesellschaftlichen Lebens*, setzt auf der anderen Seite von den inneren politischen Verkehrsformen bis zum nackten Leben der Bürger alles zum Mittel ihrer Selbsterhaltung herab. Auch in Sachen Moral rückt der Krieg einiges zurecht: Alles Reden von Mitmenschlichkeit, Andie-anderen-Denken, Verantwortung und vom Gemeinnutz, der vor Eigennutz geht, hat nicht die Menschheit oder andere Abstraktionen, sondern das Gemeinwesen zum Bezugspunkt, das es wirklich gibt, und die Instanz, die es mit seiner Gewalt zusammenhält. Zum Erfolg seiner gewalttätigen Natur beizutragen, ist die erste und größte Gemeinschaftsleistung; dafür den Kopf hinzuhalten, ist höchste Hingabe und größte Tugend; dafür zu sterben, ist die äußerste Beglaubigung dessen, dass der Mensch doch zu Höherem bestimmt ist als zum Wohlleben. Krieg ist der *„Zustand, in welchem mit der Eitelkeit der zeitlichen Dinge, die sonst eine erbauliche Redensart zu sein pflegt, Ernst gemacht wird“*, sagt Hegel voller Begeisterung über die sittliche Höhe eines kriegsbereiten Volkes.⁵

c)

Krieg ist die Ausnahme von den Regeln des internationalen Konkurrenzgeschäfts. Die rücksichtslose gewaltsame Sicherung der Quellen der nationalen Macht verhält sich wie der Notfall zum Normalfall ihrer möglichst einseitigen Ausnutzung, in dem sich allerdings regelmäßig Gründe für den Notfall akkumulieren. Weil das so ist, rechnet der moderne Staat auch im tiefsten Frieden immer mit Krieg und sorgt vor: Er unterhält geschulte Kräfte und rüstet sie zweckdienlich aus. Und weil es im kriegerischen Ausnahmefall ums Allerwichtigste geht: um die Höchste Gewalt selber, um ihren Bestand, für den niemand anders als sie selbst einzustehen hat, deswegen rüsten potente Staaten in einer Weise, als wollten sie den dummen Spruch vom Krieg als „Vater aller Dinge“ wahr machen: Ihre Prioritätenliste, auf der sie selber und die Mittel ihrer gewaltsamen Selbstbehauptung ganz oben stehen, ist es, die das Militär zum Auftraggeber und Motor der Spitzenforschung auf allen möglichen Gebieten – von der Material- bis zur

⁵ Der große Philosoph räumt überhaupt mit versöhnlichen oder verharmlosenden Auffassungen zu Militär und Krieg auf und erläutert die Barbarei, auf der die moderne Zivilisation beruht, mit klaren Worten, allerdings ohne jeden Anflug von Kritik. Genau das ist das sittliche Herrschaftsverhältnis, das er als höchste Existenzweise des Menschengeschlechts verehrt: Es ist die *„substantielle Pflicht“* der Bürger, *„durch Gefahr und Aufopferung ihres Eigentums und Lebens, ohnehin ihres Meinens und alles dessen, was von selbst in dem Umfange des Lebens begriffen ist, diese substantielle Individualität, die Unabhängigkeit und Souveränität des Staates zu erhalten. Es gibt eine sehr schiefe Berechnung, wenn bei der Forderung dieser Aufopferung der Staat nur als bürgerliche Gesellschaft, und sein Endzweck nur als die Sicherung des Lebens und Eigentums der Individuen betrachtet wird; denn diese Sicherung wird nicht durch die Aufopferung dessen erreicht, was gesichert werden soll, im Gegenteil.“* (Hegel, Rechtsphilosophie § 324)

Hirnforschung und von der Festkörperphysik bis zur Mikrobiologie – macht und gewaltige „militärisch-industrielle Komplexe“ hervorbringt.

Bei der Einrichtung und beim Ausbau ihrer Arsenale nehmen die Staaten Maß an ihren eigenen Kontrollansprüchen, die sie sich gegenüber ihrer näheren und weiteren Umgebung herausnehmen, sowie an dem Kaliber der anderen Militärmächte, mit denen sie sich dabei direkt anlegen oder mittelbar konfrontiert sehen. In ihrer Offensivplanung kommen dabei so interessante militärstrategische Kategorien wie „Kontinental-“ oder „Seemacht“, „Gegenküste“ und „Insellage“, „Brückenkopf“ und „Machtprojektion“ sowie das Interesse an gut platzierten Stützpunkten zu ihrem Recht. Soweit mit Überfällen anderer gerechnet werden muss, spielen in der Geographie ursprünglich gar nicht vorgesehene Dinge wie die „Tiefe des Raumes“ oder die Eignung von Flussläufen und Gebirgszügen als „natürliche Grenzen“ eine entscheidende Rolle. Insgesamt besichtigen die Verantwortlichen ihr eigenes Land und den Rest der Welt als Ensemble möglicher Kriegsszenarios und wählen davon diejenigen aus, die sie im Ernstfall ihrem Gegner aufzumachen gedenken; dafür rüsten sie. Dabei hegen sie gegen die komplementären Anstrengungen potentieller – und natürlich erst recht ihrer wirklichen – Feinde grundsätzlich den Verdacht, die hätten womöglich etwas dagegen, besiegt zu werden; mit denen treten sie dann in einen ‚Rüstungswettlauf‘ ein.⁶

Für die Beschaffung des für notwendig befundenen Kriegsgeräts leisten die Staaten sich einen Finanzaufwand, der die Logik ihrer Kriegswirtschaft vorwegnimmt, nämlich davon zeugt, dass die Höchste Gewalt des bürgerlichen Gemeinwesens hier ganz bei sich und ihrer Durchsetzungsfähigkeit gegen andere als ihrer vornehmsten Aufgabe ist. Wo es um ihre Sicherheit geht, bescheiden die Staaten sich grundsätzlich nicht mit den Überschüssen, die ihr nationaler Kapitalismus abwirft und aus dem sie ihre Haushaltsmittel abzweigen. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass ihre Hoheit über ihre nationale Ökonomie, realisiert im Geld, mit dem sie ihre Geschäftswelt ausstatten, das Nötige hergeben muss, um ihren Gewaltbedarf zu decken. Der Fundamentalismus der Machtfrage schlägt den politökonomischen Rigorismus der Geldpolitik; auch schon beim Rüsten.⁷ In Zeiten friedlicher Kriegsvorbereitung leistet sich der bürgerliche Staat freilich eine Konkurrenz beider „Gesichtspunkte“. Er verbucht nicht bloß seine Militärausgaben kaltlächelnd als einen Haushaltsposten neben andern – das tut er ja sogar mitten im Krieg –; er lässt seine Ressortminister untereinander und seine Oberbefehlshaber mit dem Finanzminister um Budgetposten, Einsparungen und Kredite streiten und nimmt in der buchstäblichen Bedeutung des Wortes ‚Rücksicht‘ auf die Imperative einer „soliden Haushaltspolitik“, also auf die Leistungsfähigkeit der Profitproduzenten der Nation. Das ändert sich allerdings schon, wenn ein Staat „Wettrüsten“ für angesagt hält. Und wenn „es“ auf Krieg zugeht oder „die Zeiten unsicher“ werden, dann erinnert beim Rüstungsetat

⁶ Im Sinn der zirkulären Erklärung der gewaltsamen Gegensätze zwischen modernen Staaten hat der Rüstungswettlauf einige Berühmtheit erlangt: Anstatt ihm den Willen beider, aber mindestens einer Seite zur Überlegenheit und militärischen Erpressung zu entnehmen, hat man ihn zu einem selbständigen Subjekt, einem ‚Rüstungsspirale‘ genannten Automatismus erhoben, von dem sich Staaten zu ihrem Unglück antreiben lassen. So geraten sie dann auf die schiefe Bahn und schlittern in einen Krieg, den hinterher wieder keiner gewollt hat.

⁷ Ganz verfehlt ist der Vorwurf, für Rüstungszwecke würde Geld verpulvert, das für andere Aufgaben des Gemeinwohls besser ausgegeben wäre. Abgesehen davon, dass es dieses Geld gar nicht gäbe, wenn es nicht von einem auf seine Macht bedachten Souverän für seine Selbsterhaltung „geschöpft“ würde, liegt auch keine „sinnlose Verschleuderung“ des schönen Sozialprodukts vor. Vielmehr zeigt dieser Aufwand, worauf die erfolgreiche Erwirtschaftung dieses Sozialprodukts beruht und wozu es auch in letzter Instanz da ist: auf der und für die Stärkung der politischen Macht. Umgekehrt ist in einem kapitalistischen Gemeinwesen eine konkurrenzfähige nationale Gewalt nach innen die bleibende Grundlage ihrer Ordnung; nach außen, für die kapitalistische Benutzung anderer Staaten, ist sie unerlässlich und sogar eine Produktivkraft. Insofern fällt sogar der Aufwand fürs Kaputtmachen in die Kategorie der notwendigen ‚faux frais‘.

niemand mehr an „unsere Kinder und Enkel“, die bekanntlich die Schulden von heute „irgendwann abbezahlen“ müssen...

d)

Ihre Kriegsfähigkeit und -bereitschaft bringen Staaten nicht erst im Ernstfall zum Einsatz, sondern auch im Frieden immerzu. Ihre militärischen Gewaltmittel sind nämlich die Grundlage dafür, dass sie in ihrer Außenpolitik prinzipiell nie bloß als Partei auftreten, die ihre Interessen an anderen und gegen andere Nationen verfolgt, sondern immer zugleich als Überwacher und Schiedsrichter über ihren Geschäftsverkehr und ihre materiellen Verflechtungen mit dem Ausland agieren: als hoheitliche Hüter und Garantiemächte der Interessen, die sie verfolgen. So wie im Innern des bürgerlichen Gemeinwesens das staatliche Gewaltmonopol die gegensätzlichen Interessen der Leute auf sich bezieht und beschränkend und ermächtigend in einklagbare Rechte verwandelt, so macht die Gewalt, die ein Staat *gegen seinesgleichen* mobilisieren kann, aus *seinen* Interessen *Rechte*, deren Geltung alle anderen Höchsten Gewalten anzuerkennen haben. ‚Recht‘ ist da gar nichts anderes als die Verbindlichkeit, die ein Staat seinen Anliegen zu verschaffen weiß: der auf Gewalt gegründete, durch Kriegsfähigkeit und -bereitschaft beglaubigte Anspruch auf den Respekt seiner Kontrahenten. Auf der Basis, und *nur* so, verkehren Staaten miteinander: Mit der glaubwürdigen Drohung, notfalls zu schießen, gestalten sie den Frieden.⁸

Das äußerst empfindliche Beharren einer jeden souveränen Herrschaft auf Respektierung der Rechte, die sie sich zuspricht, und damit – noch eine Etage darüber – auf Respekt vor ihrer Befugnis, ihren eigenen Interessen Rechtsqualität zuzusprechen, prägt den Umgang der Staaten miteinander umfassend und durchgreifend. Alles, was sie miteinander ausmachen und treiben, hat nicht bloß den materiellen Inhalt, den es eben hat, sondern noch einen höheren und brisanteren: es *ist* ein *Indikator* eben dafür, ob und inwieweit und wie bedingt die Kontrahenten einander als Höchste Gewalten zu respektieren gewillt sind. Seinen sinnfälligen Ausdruck findet dieser übergeordnete und eigentlich entscheidende „Aspekt“ in den – die Grenzen zum absurden Theater locker überschreitenden – diplomatischen Formen wechselseitiger Ehrerbietung, in denen nicht zufällig das Militär eine herausragende Rolle spielt – Fahne, Marschmusik und präsentierte Gewehre sind eben die passenden Symbole dafür, dass in den Außenbeziehungen eines Staates seine Kriegsmacht allgegenwärtig und Außenpolitik gar nichts anderes ist als die Beeinflussung des anderen Staatswillens auf Basis der Drohung damit. Es werden eben sogar auf der Ebene des Scheins und der Angeberei zwischen den Staaten andauernd „Signale“ ausgetauscht: unmissverständlich verschlüsselte oder auch ganz offene und drastische Klarstellungen zu der alles entscheidenden Sache, die beständig zwischen ihnen Thema ist: Woran ein Staat beim andern ist mit seinem Anspruch, als Urheber und Garantiemacht eigener Rechte aufzutreten und respektiert zu werden. Vom kleinsten Zoll- und Visumsstreit bis zu den großen Fragen eines gemeinsamen Standpunkts in der Weltpolitik *ist* jedes Stück Außenpolitik immer auch ein Beitrag, wird deswegen von der Gegenseite auch zielsicher begriffen und

⁸ Insofern enthält sogar die eingangs zitierte zynische Weisheit der alten Römer oder jedenfalls ihr modernes Verständnis eine Schönfärberei: Rüstungspolitiker erzählen Bürgern und Kriegsgegnern, dass, wer Frieden wolle, Krieg vorbereiten müsse, und das stets in dem Ton, dass durch konsequente Kriegsvorbereitung Krieg verhindert werden solle; dass Waffen nur angeschafft würden, um mit ihnen zu drohen, nicht um sie auch anzuwenden. Manche behaupten gar, die Politik habe versagt, wenn es tatsächlich dahin kommt, dass die Waffen sprechen. Das ist einerseits immanent verkehrt: Wenn kriegerische Fähigkeiten einen Staat schon in Stand setzen sollen, Politik zu machen, ohne dass er schießen muss, dann nur deshalb, weil sein Kriegswille unbezweifelbar ist, er also keineswegs so eingeschätzt wird, dass er nur drohen und gar nicht schießen will. Andererseits enthält diese Beschwichtigung eine entlarvende Auskunft über den edlen Frieden. Wenn er nur unter der Kriegsdrohung gedeiht, dann ist er nicht das gute Andere zum furchtbaren Töten und Sterben, sondern eben der virtuelle Krieg.

gewürdigt *als* Beitrag zu der permanenten wechselseitigen *Prüfung*, wie *bedingt* die Anerkennung eigener Rechte durch den Partner und sein Respekt vor der eigenen Macht, sich Rechte herauszunehmen, ausfällt und an welche – allenfalls hinnehmbaren oder untragbaren – Bedingungen er sein Placet knüpft.

Diese permanente Prüfung leistet die Zusammenfassung und Zuspitzung aller eingegangenen und verweigerten Beziehungen, aller vereinbarten und versagten Geschäfte, aller wechselseitigen Dienste, der erbrachten wie der vorenthaltenen, zu einem „*Stand der Beziehungen*“: einem Verhältnis des grundsätzlichen Ver- oder Misstrauens, das die Staaten in ihrer Eigenschaft als Gewaltapparat zur Behauptung und Durchsetzung eigener Rechte einander entgegenbringen. In diplomatischen Bewertungen dieses „Standes der Beziehungen“ von „freundlich“ bis „gespannt“ und „zerrüttet“ teilen die Staaten einander Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit dem Respekt mit, den die Gegenseite ihren Rechten gegenüber zeigt. Bei Unzufriedenheit gibt man dem Partner Gelegenheit, „unfreundliche Akte“ und „Missverständnisse“ zu korrigieren und zur grundsätzlichen Anerkennung der Ansprüche der beleidigten Macht zurückzukehren. Selbstverständlich hat auch der so angesprochene Partner seine Einschätzung eigener und fremder Machtmittel und damit eine eigene Vorstellung davon, was ihm zusteht. Diplomatie ist das Geschäft, dem anderen die jeweiligen Ansprüche zu präsentieren und nach Wegen zu suchen, ihn sich gemäß zu machen. Daraus ergeben sich auf der einen Seite oftmals Gewohnheiten des grenzüberschreitenden Verkehrs, die sich geradezu zu Sachzwängen verfestigen können; gemeinsame Rechtsstandpunkte, die auch durch kleinere Zerwürfnisse nicht so leicht zu erschüttern sind. Ebenso gut mündet das Ringen um die Durchsetzung nationaler Interessen, die ein Staat dem andern im Lichte seiner Potenzen als sein gutes Recht präsentiert, immer wieder in den Befund, dass der andere nicht kooperationswillig ist und seine Handlungen als gezielte, also feindselig gemeinte Angriffe auf die eigenen Rechte verstanden werden müssen. Damit sich da niemand täuscht, erläutert der moderne Staat seinen Partnern präventiv, wo seine „vitalen“, d.h. ganz und gar nicht kompromissfähigen Interessen liegen. Ein naher oder ferner Nachbar, der sie zu schmälern oder zu missachten gedenkt, soll gleich wissen, dass sie ihrem Inhaber Krieg wert sind. Freundlicherweise buchstabiert eine potente Macht anderen Staaten auch noch vor, was sie als deren vitale Interessen akzeptieren und respektieren würde.

In all diesen kritischen Einschätzungen und sachdienlichen Hinweisen, die den Status der Staaten als Garantemächte der Rechte betreffen, die sie sich selbst zusprechen und von allen anderen respektiert haben wollen, kommt – wie gesagt – deren *Militärmacht* zum Zuge, nämlich zu ihrem permanenten Friedenseinsatz. Deswegen ist die Militärpolitik selber ein ganz besonders wichtiges und heikles Feld der zwischenstaatlichen Beziehungspflege. Denn da wird – aus Sicht der Betroffenen: zum Guten oder zum Schlechten – an den Prämissen wechselseitiger Achtung und Nicht-Achtung gedreht, an den Grundlagen des allemal bedingten Respekts, der sich im „Stand der Beziehungen“ niederschlägt: sei es im Sinne einer Stärkung des erreichten „Vertrauensverhältnisses“; sei es in Richtung auf eine Kündigung bisheriger Anerkennungs- und Einordnungsverhältnisse; sei es mit der Perspektive einer größeren Freiheit des einen Staates, sich über die Rechte anderer hinwegzusetzen und sie als bloße einseitige Anmaßung zu behandeln, also im Sinne einer verschärften oder neuen Feindseligkeit. In jedem Fall signalisiert die Rüstung eines Kontrahenten den Willen zur Fortsetzung oder zum Abbruch gewohnter Beziehungen, zur Stabilisierung oder Revision von etablierten Über- und Unterordnungsverhältnissen – was und wie viel *davon*, das ermitteln die reihum betroffenen Mitspieler, indem sie die Sicherheitspolitik der andern in ihr Bild von der strategischen Gesamtlage einordnen. Für so etwas unterhält noch jedes Außenministerium ein Expertenteam, das alle einlaufenden diplomatischen „Daten analysiert“ und mit den „Erkenntnissen“ der Spionageabteilung abgleicht, die sich gleichfalls jeder Staat leistet; je nach Potenz und Reichweite seiner Verwicklungen sogar in mehrfacher Ausfertigung; denn schließlich will ein Staat und muss ein

Außenpolitiker wissen, was die andern verheimlichen und womit sie bluffen, was sie wirklich haben und vorhaben im Unterschied zu dem, was sie zum Zwecke der Abschreckung oder Beschwichtigung vorzeigen und vorschwindeln; man braucht Einblick in die politische Willensbildung, mit deren Resultaten man es zu tun bekommt; und wenn es gelingt, ein paar Dinge auszukundschaften, die aus gutem Grund noch nicht auf dem Rüstungsmarkt zu haben oder im Internet zu finden sind, dann geht das in Ordnung, auch wenn man sich die Ware unerlaubt von Freunden holt. Die Befunde werden interpretiert und die eigenen Leute erneut losgeschickt, um die Ergebnisse der interessierten Deutungskunst zu verifizieren und den Respekt, den man anderswo genießt, auf die Probe zu stellen.

So bilden die Staaten sich ihr Urteil über die Waffen der andern, nämlich darüber, was die Rüstung über deren *Willen* verrät, sich freundlich, feindlich oder neutral zu den eigenen Rechtsansprüchen zu stellen und *ihre* Forderungen nach Respekt wirkungsvoller geltend zu machen. Sie überprüfen in ihrer *Rüstungsdiplomatie*, in welchem Grad die andern zur Kooperation bereit oder zu Nachgiebigkeit zu nötigen sind. Sie sortieren die Staatenwelt kritisch nach Freunden, Feinden, Problemfällen, und was es sonst noch an Kategorien für den Stand zwischenstaatlicher Beziehungen geben mag.

Und kein Staat tut das, um es dabei zu belassen.

e)

In der Ausstattung der übrigen Staatenwelt mit Waffen und Geldquellen, in den guten Beziehungen, die ihre Kollegen unterhalten, und den Feindschaften, die sie pflegen, erkennt noch jede politische Führung die Schranken, die ihrem Bedarf an Reichtum und Sicherheit entgegenstehen. Saturiert ist kein Staat: Erfolge lassen die Ansprüche wachsen; Niederlagen schreien nach Revision; und Stillstand ist Rückschritt. Veränderung tut allenthalben not: eine Ausrichtung der Staatenwelt, die dem jeweiligen Akteur mehr Nutzen und mehr Respekt garantiert – auf Kosten anderer. Alle weltpolitischen Akteure sind darum bemüht – *im* Frieden und *für* den Frieden, nämlich damit sie nicht in Gefahr kommen, den friedlichen Wettstreit um eine bessere Welt für eine anders nicht zu erreichende Korrektur des Weltlaufs mit Gewalt unterbrechen zu müssen; aber auch, um in einem solchen Notfall besser dazustehen. Also sind sie darum bemüht, Staaten, die es eklatant an Entgegenkommen fehlen lassen, zu schwächen und zu isolieren; andere Staaten, in denen sie aktive Befürworter und Förderer ihrer berechtigten Interessen haben, zu stärken und in ihrer Politik zu ermutigen; indifferente Staaten auf ihre Seite zu ziehen; usw.

Dabei und *dafür* nutzen die Staaten ihre sämtlichen auswärtigen Beziehungen *als Hebel*. Ihren Partnern im Waren-, Geld-, Kapitalverkehr gegenüber bestehen sie auf einem „dual use“ des Austauschs: Der steht erstens unter der Bedingung, dass er zur Bereicherung ihres Landes beiträgt; zweitens stellen sie ihn unter die zusätzliche Bedingung, machen ihn also davon abhängig, dass sich der Partner dadurch zu strategischen Diensten verpflichten lässt. Zum Instrument, um sich Freunde zu machen und Feinde zu schädigen, eignen sich die Wirtschaftsbeziehungen, weil sie, einmal eingerichtet, zum nationalen Lebensmittel der Partner werden, auf das diese nur zu ihrem Schaden verzichten können. Also bezahlen sie für alle wirtschaftlichen Leistungen einen doppelten Preis – erstens den ökonomischen, für Waren den Kaufpreis, für Kredite Zinsen und Tilgung etc., zweitens einen politischen Preis in der Währung der außen- und bündnispolitischen Loyalität gegenüber dem mächtigen Partner, der seine Markt- und Geldmacht so zum Einsatz bringen kann.⁹ Staaten, die mit dem Feind paktieren oder sich auch nur der

⁹ Was in den 40 Jahren des Kalten Krieges unter dem Titel Entwicklungshilfe an afrikanische, asiatische und südamerikanische Staaten lief, steht für eine solche Politik. Die Hilfe bestand aus Krediten, mit denen Kapital-

strategischen Einordnung entziehen, verweigert eine ökonomisch potente, imperialistisch anspruchsvolle Macht den normalen Austausch. Ihnen macht sie den Zugang zu Technologie und Energie schwer, sie lässt sie kein Geld auf ihrem Markt verdienen, bestraft und schwächt sie, wo sie kann. Der gesamte friedliche kapitalistische Konkurrenzirkus steht unter einem Genehmigungsvorbehalt: Zugelassen werden nur Staaten, die sich ins eigene Lager einbinden lassen und dessen Freund-Feind-Scheidung übernehmen.

Was für die Mittel und Quellen kapitalistischen Reichtums gilt, gilt in noch höherem Maß für die Mittel der Souveränität selbst, die Waffen. Ein Staat ist bereit, die Macht eines anderen zu stärken, wenn er zu dem Schluss kommt, dass dessen Sicherheitsinteressen sich fürs eigene strategische Kalkül funktionalisieren lassen. Dann macht er ihm Waffensysteme zugänglich, die der nicht selbst herstellen kann. Dadurch wird *die Gewalt des anderen Staates selbst abhängig* und über den Weg ihrer Ausstattung ins strategische Kalkül des Ausrüsters eingebaut, der im Übrigen im Waffenexport eine nicht unbedeutende weitere Quelle kapitalistischen Geschäfts und auswärtiger Geldzuflüsse hat. Das Geschäft wird da zum Kollateralnutzen der strategischen Sortierung der Welt. Noch weiter geht die imperialistische Funktionalisierung anderer Staaten in Militärbündnissen. Da machen sich Staaten, zumeist ein großer und mehrere kleinere, zum Diener an den Sicherheitsinteressen anderer, um diese umgekehrt zu Dienern an den ihren zu machen. Die Vormacht ordnet sich die anderen zu, macht deren auswärtige Machtentfaltung vom Dienst an ihrer Macht abhängig, installiert also den Vorrang ihrer strategischen Interessen in deren Sicherheitspolitik. Im Bündnis schafft sie sich befreundete Vasallen, durch es vergrößert sie ihre Abschreckungsmacht gegen Dritte.

So wird die Staatenwelt *strategisch aufgeteilt* – in *Einflusszonen* rivalisierender Großmächte, die möglichst viele andere Nationen mit ihren ökonomischen Eigeninteressen und Sicherheitsbedürfnissen möglichst exklusiv für sich in Beschlag zu nehmen suchen; nicht notwendigerweise zum Zwecke der Frontbildung gegen einen andern, aber auf alle Fälle mit dem Ziel, die gewonnenen Partner fremdem Einfluss zu entziehen; deswegen durchaus auch mit der Perspektive einer Waffenbrüderschaft gegen Konkurrenten, die sich eine solche Ausgrenzung nicht gefallen lassen und deswegen als Feind eingestuft werden müssen. Ein Mittel und ein Ergebnis dieses Ringens um Einflusszonen ist die Zerteilung der Welt in *Allianzen*: in Staatenbündnisse, die das Ziel verfolgen, den Mitgliedern mehr Rechte zu verschaffen, anderen Staaten beschränkte Rechte und Pflichten zuzuteilen, noch anderen beanspruchte Rechte abzusprechen und wegzunehmen; die also gemeinsam Abschreckungsmacht akkumulieren, um anderen Staaten Richtlinien für ihre Staatsräson zu diktieren; denen daher die Perspektive keineswegs fremd ist, die gesamte Staatenwelt ihrem Regime zu unterwerfen. Aus den entsprechenden Bemühungen ergibt sich eine *Hierarchie* der Militärmächte, die in erster Linie von der Menge und Qualität der Waffen bestimmt ist – und im Wesentlichen der Hierarchie der Weltfinanzmächte entspricht, aus dem banalen Grund, weil im Kapitalismus auch das beste Arsenal von Vernichtungsgerät eine Frage des Preises ist –, außerdem aber deren erfolgreichen erpresserischen Einsatz zur Gewinnung von willigen Helfern, auch von strategisch gut gewählten Stationierungsorten für die eigene Militärmacht, sowie zur Isolierung von Feinden widerspiegelt. *Fertig* ist das alles *nie*. Jede Aufteilung der Welt in Einflusszonen und Bündnissysteme wird angefochten und ist selber prekär, weil die Bündelung nationaler Interessen, auch

bedürftige Nationen und in die Selbständigkeit entlassene Kolonien zu tauglichen Anlagesphären und Rohstofflieferanten entwickelt werden sollten. Die Kredite mussten selbstverständlich verzinst und zurückgezahlt werden; gewährt wurden sie aber nur unter der Bedingung, dass sich diese Staaten in die Weltkriegsfront des Ost-West-Konflikts einbauen ließen, auf Geschäfte und schon gleich auf militärische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und ihren Verbündeten verzichteten und sich an der Bekämpfung von Nachbarstaaten beteiligten, die mit dem Sozialistischen Lager sympathisierten.

wenn sie zeitweise unkündbar erscheint, diese eben doch nur partiell und bedingt zur Deckung bringt und unter dem Vorbehalt der beteiligten Souveräne steht, die nicht aufhören, dabei *ihren* Nutzen und Schaden und *ihre* Sicherheit zu kalkulieren; dass Bündnispartner die Stärkung, die sie durch den Pakt erfahren, eigenmächtig und in einem Sinn gebrauchen, den andere für einen glatten Missbrauch halten, ist nie ausgeschlossen. Und jede Mächte-Hierarchie ist, wie der End-, so auch der Ausgangspunkt und zugleich eine wachsende Ansammlung von Gründen für alle Beteiligten, um ihre Veränderung zu kämpfen, sie noch einseitiger zu gestalten oder umzustürzen; auch wenn das erst einmal nicht bloß bei anderen Opfer schafft, sondern auch eigene kostet.

f)

In ihrem friedlichen Verkehr untereinander arbeiten die Staaten an der Vergrößerung ihrer Macht – im Vergleich mit und gegen ihresgleichen. Sie konkurrieren um den Erwerb, die Ausnutzung und die Sicherung von *Machtquellen* – auf Kosten ihrer Partner. Sie verschaffen sich und entdecken Karrierechancen, die sie unmöglich auslassen können, denen aber andere Staaten im Wege stehen; sie erleiden Schäden, die sie als bestandsgefährdend einstufen und für die sie andere Staaten haftbar machen. Mit ihrer alltäglichen Weltpolitik akkumulieren sie *Kriegsgründe* und machen sich, jenseits aller Ideologie, darüber auch nichts vor: Sie rüsten, strapazieren also immerhin die Wirtschaftskraft ihrer Nation, um für Gewalteinsetze gegen andere Gewalthaber allzeit bereit zu sein. Sie überprüfen beständig, wie weit andere Souveräne bei der Behinderung des eigenen Erfolgswegs gehen und wie viel Gefahr für das eigene Existenzrecht als aufsteigende Macht von denen ausgeht; sie testen aus, wie weit sie in der Hinsicht selber gehen können. Und wenn sie schon nicht in der Lage sind, Fronten zu schaffen, Bündnisse zu schmieden und ihresgleichen mit „Fakten“, nämlich Gewaltakten von strategischer Bedeutung zu konfrontieren, dann geben sie sich umso mehr Mühe, bei den richtigen, nämlich für sie den größtmöglichen Erfolg versprechenden Sicherheitsallianzen mitzuwirken, sich den vorgegebenen strategischen Fronten sinnvoll zuzuordnen, sich bei wirklich Mächtigen militärischen Rückhalt zu verschaffen.

Der Schritt von den akkumulierten Kriegsgründen zum Krieg ist Sache einer Berechnung, die auf der einen Seite abwägt, wie hoch das behinderte Interesse, der erlittene Schaden, die daraus folgende Gefährdung des Standes der eigenen Nation im strategischen Kräfteressen und die Bedrohlichkeit der dafür verantwortlich zu machenden fremden Staatsgewalt zu veranschlagen sind. Auf der anderen Seite wird unter kritischer Prüfung der eigenen wie der gegnerischen Gewaltmittel, der Bündniskonstellationen, der Interessen Dritter und der allgemeinen „Lage“, also der Kräfteverhältnisse im umfassenden Sinn, abgewogen, ob und mit wie viel und welchem Einsatz militärischer Gewalt der Weg frei zu machen ist für den weiteren Erfolg der Nation, für ihre Selbstbehauptung gegen Feinde ihres weltpolitischen Fortkommens, und ob man sich einen Sieg zutraut. Dann wird, je nachdem, entweder der erlittene Schaden bzw. die verhinderte Erfolgchance wieder tiefer gehängt und praktisch eingestanden, dass man sich – noch – nicht traut, der Gefahr „die Stirn zu bieten“ und dem Feind „eine Lektion zu erteilen“. Oder der Staat erklärt ein verletztes Interesse in vollem Ernst für „vital“, eine Bedrohung für „ganz und gar unerträglich“, die von ihm selbst definierte und proklamierte Notwendigkeit eines Militäreinsatzes für „unabweisbar“ und seine Truppe für stark genug; und es geht los.

Was dann losgeht, ist auf alle Fälle die vollständige Unterordnung des zivilen Verkehrs zwischen den Staaten und innerhalb der engagierten Nationen selbst unter den einen Zweck, maximalen Terror gegen den Feind zu entfalten und selber dessen Terror auszuhalten: Beides muss die ‚Zivilgesellschaft‘ hergeben, also gleichzeitig effektiv weiter *funktionieren* und alle gewöhnlichen Konkurrenzrechnungen

stornieren. Wie das tatsächlich aussieht und sich auswirkt, was für operative Kriegsziele eine Staatsgewalt sich setzt, wie sie zu Werk geht und wann sie auch wieder aufhört, das hängt entscheidend vom *strategischen Format* der Kriegsparteien ab: von ihrer Stellung in der Hierarchie und im System der Staatsgewalten, von ihrer Macht, Kriegsziele und den Kriegsschauplatz zu definieren und sich den Einsatz ihrer Truppen frei einzuteilen.

Was noch jeder Staat vermag, wozu keiner zu klein und zu ohnmächtig ist, worauf aber auch die allergrößten nicht verzichten, ist Krieg in der Form, ihn führen zu *lassen*: von *Bürgerkriegsparteien* in dem Land, das einem insgesamt oder dessen Politik einem nicht passt oder mit dem man noch eine „offene Rechnung zu begleichen“ hat. Der Einsatz eigener Kräfte kann sich da auf die Lieferung von Beratern, Propagandamaterial und Waffen beschränken. Der Ertrag kann dagegen ganz beträchtlich sein:

– Wenn die passenden Separatisten das Land zerlegen, kann das Gemetzel zur Aneignung von Land und Leuten führen – der Rückblick auf das, was ein Staat oder ein Volk einmal war, ein völkisch selektives Zusammengehörigkeitsbewusstsein über Grenzen hinweg, überhaupt Geschichte und Kultur sind nicht bloß legitimierende Ideologie, sondern ein starker Stachel für die Ausarbeitung von zukunftsweisenden Projekten, die eine unbefriedigte Nation oder Volksgruppe als ihr gutes Recht verfolgen und für die sie notfalls brutal werden; das Ergebnis, wenn es gelingt, heißt dann „Befreiung“, von einer *volksfremden* Obrigkeit nämlich, oder „Wiedervereinigung“, unter einer ganz *eigenen*.

– Ein Zugriff auf Bodenschätze, die gutes Weltgeld einbringen, kann auch dann gelingen, wenn der Kampf um ein neues Staatswesen oder um die Einrichtung von „autonomen Regionen“ in nichts weiter als das Kommando von „War-Lords“ einmündet.

– Auch wenn keine Grenzen verschoben oder neu gezogen werden, kann ein auswärtiger Kriegstreiber sich von einem Bürgerkrieg, egal welche Partei ihn mit welcher Zielsetzung führt, die Schwächung eines allzu großen und bedrohlichen Nachbarn versprechen und ihn in diesem Sinn betreiben.

– Und entferntere Mächte mit differenzierteren Ansprüchen an die Ausrichtung der Staatenwelt und an gutes Regieren haben auf die Art schon falsche Herrschaften gestürzt oder aber mit entsprechend gesponserten „counter insurgency“-Kräften unliebsame Aufstandsbewegungen niedergemacht.

Ein Risiko ist mit dieser Sorte indirekter Kriegführung freilich allemal verbunden: die Gefahr einer direkten Konfrontation mit der regulären Militärmacht sei es des in innere Auseinandersetzungen gestürzten Landes, sei es anderer auswärtiger Interessenten, die nie auf sich warten lassen, wenn sie nicht überhaupt schon als „Drahtzieher“ ihrer eigenen Bürgerkriegspartei vor Ort aktiv sind. Dann droht „richtiger“ Krieg.

Für einen *regulären Krieg* gegen einen anderen Staat findet sich im Prinzip auch keine Nation zu klein und machtlos. Dass die meisten es aus eigener Kraft nicht viel weiter als zu Grenzstreitigkeiten bringen, ist für die Betroffenen kein Trost; auch solche Scharmützel sind angesichts der Waffengewalt, mit der heutzutage auch Staaten ohne jede eigene Waffenfabrik ausgestattet sind, blutig genug. Ein richtiger Feldzug mit dem Ziel, eine fremde Herrschaft zu zerstören bzw. zur Kapitulation zu zwingen, eine feindliche Staatsmacht entscheidend zu schwächen oder eine bedeutenden Gebietszuwachs zu erkämpfen, bleibt allerdings größeren Militärmächten vorbehalten, die damit regelmäßig eine weiterreichende Absicht verfolgen. Denen ist nämlich nicht bloß – wie noch jedem modernen Oberbefehlshaber – bewusst, dass ihre Unternehmung nie nur eine Auseinandersetzung mit ihrem Feind ist, sondern die Interessen aller

möglicher Dritter berührt. Denen geht es bei ihrem Krieg immer auch darum, das Kräfteverhältnis zu gar nicht direkt angegriffenen näheren und entfernteren Nachbarn zu revidieren, den Konkurrenzvergleich mit denen auf eine neue Basis zu stellen, das Sicherheitskalkül ganz vieler Drittstaaten umzustürzen und ganz neu auf sich auszurichten, was sich dann natürlich auch auf deren ökonomische Vorteils-Nachteils-Rechnungen auswirkt und auswirken soll. Ein Staat, der aktiv gegen einen Feind ins Feld zieht, will, indem er den niedermacht, auch von anderen Mächten als Bedrohung größeren Kalibers erkannt und anerkannt werden und damit erreichen, dass seinen Ansprüchen ein höheres Maß an Verbindlichkeit zuerkannt, seinen Machtworten gehorcht wird: Mindestens als unbestrittene *Regionalmacht* will er sich durchsetzen. So legt er sich allerdings nicht bloß mit seiner näheren und fernerer Umgebung an. Er ruft noch ganz andere, ständig aktionsbereite Kriegsmächte auf den Plan:

Eine extrem kleine Minderheit von militärisch extrem potenten Staaten führt *Krieg zwecks Abschreckung*, also um einen ausgemachten Feind, der ihre weltumspannenden Interessen stört und so oder überhaupt ihren globalen Geltungsanspruch nicht respektiert und damit in Frage stellt, gleichzuschalten oder auszulöschen. Solche Weltmächte verfolgen mit ihren Kriegseinsätzen immer zugleich das Ziel, alle anderen Souveräne auf der Welt einzuschüchtern und gefügig zu machen. Daran lassen sie mit der Art ihrer Militäreinsätze auch keinen Zweifel. Sie lenken die Kriege, die andere führen – soweit die es sich gefallen lassen; und soweit nicht, ist das einer der Fälle, in denen sie selber Krieg führen, um Kräfteverhältnisse herzustellen, strategische Gleichgewichte zu verteidigen oder zu revidieren, wie es eben in ihr Programm zur Kontrolle und Bevormundung der Staatenwelt passt. Dafür betätigen sie nicht bloß ihre militärische Überlegenheit, sondern demonstrieren sie; das ist Teil dieses Programms. Um sich in diesem Sinn als Weltschiedsrichter zu etablieren, ist solchen Mächten so leicht kein Konflikt zu geringfügig: Wenn es als Baustein in ihre Politik der Überwachung und allfälligen Korrektur des zwischenstaatlichen Kräftemessens hineinpasst, nehmen sie Metzelleien zwischen exotischen Kriegsfürsten zum Anlass, „Verantwortung zu übernehmen“ und so weit dazwischenzufahren, wie sie es für die übergeordnete Zielsetzung eines wirksamen Abschreckungseffekts für lohnend erachten und wie sie es, wenn sie sich einmal engagiert haben, sich selber schuldig sind. Sie fahnden beständig nach „Regimes“, die vor die Wahl gestellt werden müssen, sich ganz anders als bisher „einbinden“ zu lassen oder gewaltsam ausgewechselt zu werden. Dieses Kriegsziel klingt zivil, erfordert freilich nichts Geringeres als die bedingungslose Kapitulation des Problemfalls, notfalls herbeizuführen durch komplette Zerstörung seiner Machtmittel. Gegen eine Staatsgewalt, die mit ihrer Widerspenstigkeit eine solche Behandlung herausfordert, müssen unerbittliche Vernichtungsschläge auch deswegen geführt werden, um mit einem Präzedenzfall das beanspruchte Abschreckungsregime glaubwürdig zu machen, weil es sonst gar nicht wirkt. Dabei sind Weltmächte dieses Kalibers selber die letzten, die sich auf den Einschüchterungseffekt verlassen, der ihnen so wichtig ist: Ihre Überwachungstätigkeit schließt die Aufdeckung noch gar nicht wirklicher Gefahrenherde und gegebenenfalls deren vorsorgliche Beseitigung vermittelt zielgenauer „preemptive strikes“ ein. Das ist die „Sprache der Gewalt“, die die Höchsten Gewalten überall dann wieder verstehen sollen.

Die Gefahr, dass ihre schiedsrichterliche Kompetenz von Kriegsherren aus einer niedrigeren Liga durch renitenten Widerstand in Frage gestellt wird, ist allerdings nur das eine Problem, mit dem Mächte der obersten Kategorie es zu tun haben, und letztlich sogar das geringere. So richtig brisant sind Konflikte mit minderwertigen Kriegsparteien, die aus dem Ruder laufen, nämlich dann, wenn und solange es mehr als eine „Supermacht“ gibt, die sich mächtig genug und deswegen berechtigt und verpflichtet findet, die anderen Staaten mit ihrem Konkurrenzgebaren und ihren kriegerischen Auseinandersetzungen unter Kontrolle zu halten. Für eine solche Macht ist bereits die Existenz eines gleichrangigen Konkurrenten

nicht nur ein, sondern das höchste Sicherheitsproblem, stellt nämlich ihre Macht in Frage, den Rest der Welt ins eigene Regime einzusortieren: ein Kriegsgrund der allerhöchsten Güteklasse. Dann gelingt entweder doch eine – womöglich als Konsens organisierte und verbrämte – Über- und Unterordnung zwischen den rivalisierenden Weltmächten. Oder deren Kriegskalkül muss sich ernsthaft mit der Frage befassen, wie die gewaltsame Ausschaltung eines anders nicht klein zu kriegenden Konkurrenten um den Rang der letzten Schiedsinstanz über Krieg und Frieden zu bewerkstelligen – also ein *Weltkrieg* zu gewinnen ist.

2. Der Weltfrieden nach dem Weltkrieg: Ein ‚kalter Krieg‘

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts erklären die Nationen der Welt sich für „Vereint“. Sie unterhalten eine ‚Weltorganisation‘; auf regelmäßigen ‚Vollversammlungen‘ beraten und befinden Repräsentanten aller Staaten über zwischenstaatliche Gewaltaffären und Ordnungsfragen; eigene Institutionen befassen sich kontinuierlich mit politischen Problemen aller Art und aus allen Weltgegenden, bemühen sich um Beschlüsse und fassen auch welche, ergreifen Maßnahmen, autorisieren Interventionen oder organisieren sie sogar selber. Das offizielle Ideal einer tragfähigen Einigkeit aller Höchsten Gewalten auf Erden über rechtsverbindliche Regeln ihres Verkehrs miteinander und einer schiedlich-friedlichen Lösung der wichtigsten Weltprobleme im Konsens der Völkerfamilie ist zwar eben dies geblieben: das Ideal einer Realität wüster Interessengegensätze und unaufgelöster Konflikte. So viel ist aber jedenfalls auch Realität geworden: Alle Staaten – die einen mehr, die anderen weniger, einige sehr aktiv, andere mehr als Betroffene – *machen Weltpolitik*. Im Prinzip befassen sie sich alle in organisierter Form miteinander, mischen sich nach allgemein anerkannten, wenn auch nicht immer respektierten Regeln diplomatisch und gegebenenfalls auch gewaltsam in die Politik anderer Souveräne ein und können sich dafür darauf berufen, dass sie sich das wechselseitig als ihr gutes Recht zugestanden haben.

Zu diesem Umgang miteinander haben sie auch allen Grund. Mit ihrem materiellen Erfolgsstreben haben sie den Standpunkt bloß punktueller, im Prinzip kündbarer Außenbeziehungen und den Status auch nur potentiell autarker Gemeinwesen weit hinter sich gelassen. Anfangs fast alle und mittlerweile überhaupt alle Nationen haben sich auf die grenzüberschreitende Privatmacht des Kapitals als ihr Lebensmittel festgelegt, definieren und betätigen sich als Kapitalstandorte, sind Bestandteile eines Systems wechselseitiger Benutzung und vom Fortgang ihrer Konkurrenz mit- und gegeneinander abhängig. Schon deswegen kommen sie um ihrer Selbsterhaltung willen gar nicht umhin, als Beteiligte und zugleich als Arrangeure und Kontrolleure ihrer großen Konkurrenzveranstaltung namens ‚Weltmarkt‘ zu agieren: Sie streiten um den Reichtum der Welt, führen diesen Streit nach Regeln, achten auf deren Einhaltung und sorgen sich um die Verlässlichkeit ihrer Mit-Akteure, die sie beständig strapazieren. Dabei steht für sie nach wie vor außer Frage: Des guten Willens ihrer Konkurrenten können sie sich nur sicher sein, wenn sie über Gewaltmittel verfügen, um ihn zu erzwingen. Damit stellen sie für einander freilich erst recht eine große Herausforderung dar – und haben befunden, dass diese ungemütliche „Lage“ sich mit ihren Konkurrenzinteressen aneinander am besten in der Weise vereinbaren lässt, dass sie eben auch die Gewalt- und Sicherheitsprobleme, die sie einander bereiten, grundsätzlich und solange es geht nach festen Regeln miteinander austragen und dabei aus übergeordneter Warte auf die Einhaltung auch dieser Regeln achten. So haben sie sich und einander – wie gesagt: die einen mehr aktiv und machtvoll, die anderen mehr aus einer Position der Ohnmacht heraus – auf die Verpflichtung festgelegt und ein förmliches Recht der Staatengemeinschaft institutionalisiert, die Anwendung militärischer Gewalt gegeneinander einem

kollektiv überwachten Vorbehalt und – gegebenenfalls – einem regelrechten Genehmigungsverfahren zu unterwerfen.

An dem wirkt freilich auf der entscheidenden Ebene, im ‚Weltsicherheitsrat‘ der UNO, eine ganz kleine Elite von Großmächten deutlich maßgeblicher mit als der große Rest der Staatenwelt, der nur mit ein paar Stellvertretern zu Rate gezogen wird. Und auch das hat einen handfesten Grund. Das ganze rechtsförmliche Arrangement lebt nämlich nur einerseits von dem freiwilligen Entschluss aller Beteiligten, bei der Beaufsichtigung des gewaltträchtigen Weltgeschehens mitzumachen und dafür den eigenen Gewaltgebrauch kollektiver Aufsicht zu unterwerfen; es beruht deswegen auch nur einerseits darauf, dass die Mitglieder der ‚Weltgemeinschaft‘ sich wechselseitig als freie und gleiche staatliche Rechtspersönlichkeiten und mitspracheberechtigte Clubgenossen respektieren. Auf der Basis hätten auch die modernen Staaten mit all ihrer friedenspolitischen Vernunft es wohl kaum weiter gebracht als bis zu den klassischen Förmlichkeiten des Völkerrechts, einem Kodex zur Abwicklung ihrer Streitigkeiten, der denen selber keinerlei effektive Grenzen setzt. Einige Momente eines tatsächlich wirksamen Regimes über das Mit- und Gegeneinander der souveränen Herrschaften, einer verbindlichen Entscheidung über die Zulässigkeit von Kriegen, Elemente einer Sanktionsgewalt gegen Staatsgewalten, die nach festgelegten Regeln eines Verstoßes gegen geltende Friedensbedingungen überführt werden: So etwas ist in den Institutionen, die seit ein paar Jahrzehnten den politischen Verkehr zwischen den Staaten überwachen, aber durchaus enthalten. Und das liegt nicht an einem gemeinsamen Friedenswillen der Völkerfamilie. Grund dafür sind die weit reichende Kontroll- und Eingriffsmacht, das Herrschaftsinteresse und der Interventionswille einiger ganz weniger Nationen, die sich zu einer Art *gemeinsamer* Aufsicht über das Weltgeschehen zusammengetan haben, um *sich* in die Position des maßgeblichen Kontrolleurs zu bringen. Diese Staaten haben es tatsächlich zu einer *Hierarchie* der souveränen Staatsgewalten gebracht, an deren Spitze *sie* darum konkurrieren, sich wirklich und wirklich global als bestimmende ‚Führungsmacht‘ durchzusetzen – derzeit mit dem Ergebnis, dass *die USA* sich als überlegene imperialistische Nation etabliert haben.

Dieser amerikanische Welterfolg *beruht* auf zwei gewonnen Weltkriegen – der zweite davon ein „kalter“ –; und er *braucht* für seine Haltbarkeit die fortgesetzte Einschüchterung der Staatenwelt: ein Abschreckungsregime, das die Welt in ihren als ‚Weltfrieden‘ bekannten „Zustand“ zwischen *Kriegsdrohung* und *aktivem* Krieg versetzt.

a)

Nach dem Sieg ihrer weltweiten Allianz über das nationalsozialistische Deutschland und das japanische Kaiserreich tun die USA ihr Bestes, um den der Not des Krieges geschuldeten Zusammenhalt der unter ihrer Führung ‚Vereinten Nationen‘ in eine ebenso feste, weiterhin auf sie als Führungsmacht ausgerichtete globale Friedensordnung zu überführen. Die Voraussetzungen dafür sind aus ihrer Sicht denkbar günstig: Die nach Weltmacht strebenden Feinde sind zerstört und haben bedingungslos kapituliert; die verbündeten imperialistischen Mächte Europas sind ruiniert und mit dem selbst gesetzten Ziel einer Wiedergewinnung ihrer Kolonialreiche ökonomisch wie militärisch überfordert. Die amerikanische Siegermacht hingegen verfügt über einen funktionierenden Kapitalismus als konkurrenzlos ergiebige Basis einer beinahe konkurrenzlosen Macht; mit dem durchschlagend erfolgreichen Einsatz ihrer neuen Wunderwaffe, der Atombombe, hat sie ihre militärische Überlegenheit demonstriert und so ihre Kompetenz zur Überwachung und Kontrolle der Höchsten Gewalten in aller Welt unter Beweis gestellt. In der Gewissheit, eine Art universeller Bündnisdisziplin notfalls erzwingen zu können, und mit der selbstsicheren Überzeugung, der neu zu formierenden Staatenwelt ein unschlagbares Angebot zu machen,

organisiert Amerika Abmachungen über weltweiten Freihandel und Kapitalverkehr. Mit IWF und Weltbank schafft es supranationale Institutionen für einen globalen Kapitalismus, an dem lauter souveräne Staaten sich auf eigene Rechnung und eigenes Risiko und vor allem auf eigene Kosten, was die ‚faux frais‘ ihrer zweckdienlichen Herrschaftstätigkeit betrifft, zu beteiligen haben. Washington spendiert dafür die Geschäftsbedingungen, bringt US-Dollar als Weltgeld in Umlauf, beschlagnahmt die Länder rund um den Erdball als Anlagesphäre amerikanischen Kapitals und verkehrt mit deren Regierungen auf der Basis, dass die das alles als eine Art Vorschuss zu akzeptieren und mit unverbrüchlichem politischem Wohlverhalten zu honorieren haben. Für Kolonialreiche alten Stils, mit denen Europas Großmächte sich wieder einen exklusiven Zugriff auf „eigene“ Weltgegenden sichern und ihren Status als autonome erstrangige Großmächte restaurieren wollen, ist in dieser neuen Weltordnung kein Platz; in der ist allgemeine Konkurrenz zwischen lauter freien, für sich und ihren Erfolg selbst verantwortlichen Souveränen um kapitalistischen Reichtum, militärische Macht und politische Bedeutung angesagt. Die entsprechende Einsicht muss Amerika seinen großen Alliierten aber gar nicht selber aufzwingen: Für die Zerlegung der festen Erdoberfläche in Nationalstaaten, aus denen souveräne Herrschaften die Mittel ihrer Herrschaft herauszuwirtschaften suchen, sorgen Kriege zwischen Kolonialherren und Befreiungsbewegungen, die auf der einen Seite ansehnliche Opfer kosten und die die andere Seite am Ende verloren gibt.

Diese „Entwicklung“: die Konstruktion eines funktionstüchtigen Weltmarkts und einer geregelten Konkurrenz der Nationen, darin eingeschlossen die politische Emanzipation von Kolonien und Protektoraten und ihre Umwandlung in selbstständige ‚Entwicklungsländer‘, ist allerdings dadurch heftig überschattet, dass Amerikas Projekt aufs Ganze gesehen *scheitert*. Der sowjetische Alliierte, der zweite Sieger des Weltkriegs, entzieht sich den ordnungspolitischen Vorgaben wie der ökonomischen Herrschaft des Weltgeldes aus Washington. Die regierende KP hat ihre eigenen antikapitalistischen Vorstellungen vom wirtschaftlichen Wiederaufbau ihres Landes und des von der Roten Armee eroberten Teils von Europa; sie verschmätzt das Angebot, sich mit amerikanischer Kredithilfe einen Platz im System weltweiter kapitalistischer Ausbeutung und Standort-Konkurrenz zu erobern, blockiert die Neueröffnung eines marktwirtschaftlichen Geschäftsverkehrs über die Außengrenzen ihres Sozialistischen Lagers hinweg. Sie widersetzt sich der Offerte, die erfolgreiche Kriegsallianz in Gestalt eines hauptsächlich amerikanischen Kontrollregimes über die Nachkriegswelt fortzusetzen. Dabei erkennt die Sowjetregierung natürlich die Gefahr, die der Alleinbesitz der Atombombe durch die Amerikaner für ihre Autonomie darstellt, umgekehrt die Chance, die im Besitz einer eigenen Atombombe liegt. Sie beschafft sich das Ding, bewältigt auch die Weiterentwicklung zur Wasserstoffbombe und nötigt so die Weltmacht, die Freiheit zur Eröffnung eines eigenen multinationalen Herrschaftssystems zu respektieren, die sie sich herausnimmt.

Aus Sicht der USA ist damit die *Welt geteilt*, durch einen ‚Eisernen Vorhang‘. Diese Diagnose charakterisiert den Anspruch der kapitalistischen Führungsnation, die *ganze* Staatenwelt ökonomisch und strategisch auf sich auszurichten, und dokumentiert ihren Entschluss, die Existenz eines Staatenblocks außerhalb ihrer Aufsicht und Durchgriffsmacht nicht zu dulden. Die Selbstbehauptung der Sowjetherrschaft nimmt sie als Kriegserklärung gegen die Freiheit der Staatenwelt, sich der amerikanischen Weltordnung zu unterwerfen, und gegen das Recht der USA, der Welt eine Ordnung zu verpassen; die von den feindlichen Staatsparteien gepflegten Phrasen von der unausweichlichen proletarischen Weltrevolution gelten als Selbstentlarvung der „selbsternannten“ sozialistischen „Friedensmacht“. Tatsächlich sieht Amerika sich genötigt, sein Gewaltregime über die neu entstehende Staatenwelt *als* Gegenoffensive gegen die sowjetische „Kontinentalmacht“ zu organisieren – was natürlich

alles andere heißt, als dass es sich auf Abwehr oder Abschreckung einer feindlichen Offensive beschränken könnte. Mit dem Besitz eines Atomwaffenarsenals, den die sowjetische Seite als großen Durchbruch verbucht und feiert, nämlich als Garantie ihrer Unangreifbarkeit und ihrer Freiheit, ungehindert ihre eigene Sache zu machen, gibt die freiheitliche Weltmacht sich nicht zufrieden. Die gegnerische Atommacht ist für sie eine Niederlage, das „atomare Patt“ eine nicht hinnehmbare Gefährdung ihrer Freiheit. Die *Abschreckung*, die sie braucht, um sich und ihre Welt in Sicherheit zu wissen, erscheint ihr nur dann *glaubwürdig*, wenn der Feind ihr nichts Gleichwertiges entgegensetzen hat und jedes kriegerische Risiko eingegangen werden kann, weil der siegreiche Ausgang, ein „Matt-Setzen“ des Gegners, in letzter Instanz feststeht. *Diese* Sicherheit wird durch die sowjetische Fähigkeit zur „Gegen-Abschreckung“ zerstört – Amerika macht sich daran, sie (wieder)herzustellen.

b)

Die reichste Nation der Welt rüstet auf und scheut sich nicht, ihre ultimative ‚Massenvernichtungswaffe‘ in ihre Kriegsplanung einzubeziehen. Und zwar nicht bloß als „ultima ratio“, um einen Sieg des Gegners zunichte zu machen und einer womöglich drohenden Kapitulation – vom staatlichen Standpunkt aus allemal das schlimmere Übel als die Vernichtung von ein paar Massen – zu entgehen, sondern als Bestandteil einer Kriegführung, die auf Entwaffnung des Feindes zielt. Der ärgerliche Umstand, dass der seinerseits in der Lage ist, sich mit vernichtenden Gegenschlägen zur Wehr zu setzen – die Raketentechnik, bei der die Russen sich zeitweise einen gewissen Vorsprung erarbeiten, bietet dafür Garantien –, wird zum Ausgangspunkt für die Entwicklung einer kompletten Atomkriegsstrategie mit einem auf die Atomwaffen des Gegners zielenden „Erstschlag“ und einer von dessen womöglich noch einsatzfähigen Waffen nicht zu erreichenden „Zweitschlagskapazität“. Die nötigen technischen Mittel zum Zweck werden erfunden, die Arsenale um jederzeit startklare Feststoffraketen von internationaler Reichweite, mit Mehrfach-Sprengköpfen zur Überwindung feindlicher Abwehrversuche, um Untersee-Kreuzer mit ebensolchen Raketen für Atomschläge aus allen Himmelsrichtungen und Entfernungen, um unterirdische und mobile Abschussrampen, natürlich um Satelliten-gestützte Raketen-Leitsysteme und andere Errungenschaften der militärischen Vernunft erweitert: großartige Zeugnisse des unbedingten Vernichtungswillens einer mit ihrem Weltordnungsprojekt gescheiterten Weltmacht. Nach Jahrzehnten des „Wettrüstens“ mit Offensivwaffen – die sowjetische Seite ist gelehrig und zieht nach, so gut sie kann – packt die US-Regierung schließlich das große offene Problem fehlender Abwehrmittel gegen anfliegende Feindraketen an: Um dem militärisch höchst unbefriedigenden Szenario eines Schlagabtauschs mit unvermeidlichen beträchtlichen Verlusten auf der eigenen Seite zu entkommen und die schönen Offensivwaffen erst richtig scharf zu machen, fordert sie von ihrer Rüstungsindustrie die Erfindung und Herstellung eines funktionstüchtigen Defensivsystems. In dieses Projekt steckt sie beträchtliche Dollar-Summen: Schulden, für deren Weltgeld-Qualität die gesamte kapitalistische Restwelt mit haftet, die im Kreditmittel der zu allem entschlossenen Weltmacht nun erst recht die absolut stichhaltigste Materie ihres abstrakten Reichtums erkennt. Über den großen strategischen Vorhaben wird der ebenso innovative Auf- und Ausbau der mit dem verharmlosenden Titel „konventionell“ versehenen Rüstung nicht vernachlässigt; schließlich braucht gerade der ganz große Krieg ein Kontinuum von Optionen auf gesicherte Siege bis hinunter zum kleinsten Gefechtsfeld.

Ihre strategische Planung und technische Vorbereitung des Atomkriegs begleiten die USA mit einer ebenso neuartigen Diplomatie mit dem Feind. In einem ersten Schritt klären sie die sowjetische Führung darüber auf, dass *deren* Vorstellung, die Atombombe im Kriegsfall einsetzen, dadurch dem Schlachten ein Ende setzen zu können und insofern mit ihrem Besitz über eine Sicherheitsgarantie zu verfügen, völlig in

die Irre geht: Sie muss einsehen und konzedieren, dass ein Einsatz dieser Waffe ganz unverantwortlich ist, weil er nur um so gewaltigere Gegenschläge nach sich zieht. Die Fortschritte ihrer eigenen Rüstung, die die erste Hälfte dieser Lektion praktisch widerlegen, die zweite Hälfte umso drastischer beglaubigen, machen die US-Strategen zum Gegenstand weiter reichender Verhandlungen. Sie arbeiten intensiv am Projekt einer militärisch sinnvoll ausnutzbaren atomaren Überlegenheit und am Fernziel einer wirksamen Defensive, sind aber noch lange nicht am Ziel, deswegen sehr daran interessiert, die entsprechenden Bemühungen der auf „friedliche Koexistenz“ und eine vertraglich gesicherte Bestandsgarantie versessenen Gegenseite unter Kontrolle zu halten. Mit der einigen sie sich daher auf die „Doktrin“ der „gesicherten wechselseitigen Vernichtung“: Sie versichern sich, durch alle strategischen Widersprüche und Fortschritte ihrer Atomkriegsplanung und -vorbereitung hindurch, des fortdauernden Willens ihres Feindes, eben diesen Krieg für undurchführbar zu erachten; zugleich drängen sie ihn zu Selbstbeschränkungen beim Rüsten, die sich am Ende einmal günstig für die eigenen Optionen auswirken sollen. Dazu – und außerdem in den Zusammenhang eines effektiven Abschreckungsregimes über die ‚Staatengemeinschaft‘ insgesamt, das die USA über ihrer Sowjetfeindschaft nie aus den Augen verlieren – gehört auch der Vertrag gegen die Weiterverbreitung nuklearer Massenvernichtungs-Technologie („Non-Proliferation Treaty“), in den auch die anderen Staaten – der Absicht nach alle, nur wenige verweigern sich, aus unterschiedlichen Gründen und mit ganz unterschiedlichen Konsequenzen – eingebunden werden: Der Besitz von Atomwaffen soll auf die Staaten beschränkt bleiben, die schon welche haben – also, außer auf die beiden „Supermächte“ selber, auf Amerikas NATO-Partner Großbritannien und Frankreich sowie auf die chinesische Volksrepublik, die gerade dabei ist, sich mit der Sowjetunion zu zerstreiten, nicht zuletzt ausgerechnet über den Stellenwert der Atomwaffe, von deren Besitz und Gebrauch als Abschreckungsmittel China sich eine Bestandsgarantie verspricht – so wie ursprünglich die Sowjetunion...

c)

In ihre große Konfrontation mit der Sowjetmacht beziehen die USA die übrigen kriegsgeschädigten traditionellen Großmächte, die besiegten Feinde am westlichen und östlichen Rand des „Ostblocks“ ebenso wie ihre demokratisch-kapitalistischen Alliierten, sowie den Rest der Staatenwelt mit ein, soweit der sich einbeziehen lässt. Sie schaffen Bündnissysteme; als wichtigstes den Nordatlantik-Pakt, der auch ohne akute kriegerische Einsätze wie in der Ausnahmesituation eines Krieges funktioniert: Die Armeen der Verbündeten oder zumindest entscheidende Teile davon stehen unter einem gemeinsamen, von der amerikanischen Führungsmacht wahrgenommenen Oberbefehl. Alle militärische Planung und Rüstung geschieht in Absprache und Arbeitsteilung mit Washington und ist auf die ‚kommunistische‘ Weltmacht als Hauptfeind bezogen – die Moral der Truppe wie die der Heimatfront folgen derselben Direktive. Um der großen, jeden einzelnen von ihnen weit überfordernden gemeinsamen Sache willen verzichten Amerikas Partner – Frankreich freilich und auch Großbritannien nur teilweise und unter Vorbehalt – in den Grundfragen ihrer nationalen Sicherheit, dem eigentlich unantastbaren Heiligtum staatlicher Hoheit, auf eigenmächtige Berechnungen und autonom kalkulierte Fähigkeiten, insoweit glatt auf ihre Souveränität. Als derart geschlossener Block tut die NATO schon ohne direkte Kampfhandlungen ihren Dienst im Krieg der kapitalistischen Weltmacht gegen den sozialistischen Abweichler: Sie leistet an entscheidender Stelle das „containment“ der feindlichen Macht, ihre Zurückdrängung und Isolierung; sie bewirkt Schwächung und Zersetzung der gegnerischen Kräfte durch die Vervielfältigung der Kriegsoptionen, durch die Moskau sich zu einer Vervielfachung seiner Rüstungsanstrengungen nötigen lässt, zunehmend über die Schranken der Leistungsfähigkeit seiner ‚sozialistischen Planwirtschaft‘ hinaus; ihre Mitglieder wirken mit am weltweiten „roll back“ wirklicher oder mutmaßlicher sowjetischer

Machtpositionen. Sie *führt* den „kalten“ Weltkrieg mit seinen heißeren Perioden, den „Eiszeiten“, wie mit seinen „Entspannungsphasen“.

Für Amerikas Partner bringt die Subsumtion ihrer nationalen Sicherheit und ihrer militärischen Anstrengungen unter den übergroßen Zweck, gemeinsam die Sowjetunion zu zerstören und dafür notfalls auch einen atomaren Weltkrieg durchzustehen, Konkurrenz- und Selbstbehauptungsprobleme der eigentümlichsten Art mit sich. Ihr Verhältnis zur Führungsmacht, mit der sie aus antikommunistischem Eigeninteresse zu deren Bedingungen gemeinsame Sache machen und auf die sie für ihre Sicherheit angewiesen sind, ist von dem Zweifel bestimmt, ob sie sich im kriegerischen Ernstfall wirklich auf deren „Atomschirm“, also darauf verlassen können, dass die USA ihr atomares Arsenal für ihre Verbündeten einsetzen, auch wenn sie damit einen für sie selbst vernichtenden Schlagabtausch riskieren. Insbesondere die BRD als vorderster Frontstaat besteht daher auf der Präsenz amerikanischer Truppen ganz vorn am „Eisernen Vorhang“ als Garantie für eine prompte Eskalation, die andererseits dann hauptsächlich auf ihrem und dem als eigentlich eigenes Staatsgebiet beanspruchten Gelände der DDR stattfinden würde. Diese missliche Lage erheischt größte Rüstungsanstrengungen mit dem zweifachen Ziel, den Krieg rasch ins sowjetische Feindesland verlegen zu können – „Vorwärtsverteidigung“ lautet der offenerzig widersprüchliche Titel dafür – sowie als Bündnispartner derart wichtig und wertvoll zu werden, dass man entscheidenden Einfluss auf die strategischen Planungen und im Ernstfall auf die Kriegführung der Allianz gewinnt. Solche Anstrengungen sind andererseits gefährlich, weil sie den Feind zur Konzentration seiner Gewaltmittel auf die besonders aggressive Front veranlassen; sie sind teuer; und sie reichen letztlich doch nie hin, dass man sich der nationalen Sicherheit sicher sein könnte. Deswegen tritt zum Anspruch auf einen prominenten Platz im Bündnis das Interesse an einem Lastenausgleich und an stärkerer Rüstung der Partner hinzu; die Verbündeten nehmen sich wechselseitig in die Pflicht und beargwöhnen einander als „Trittbrettfahrer“. Andererseits ist die verlangte Arbeitsteilung ein stichhaltiges Argument dafür, dass die reichen Mitglieder den anderen materielle Unterstützung zukommen lassen und alle beim Konkurrieren aufeinander Rücksicht nehmen. Bei Amerikas Partnern stiftet die massive Überlegenheit der Führungsmacht außerdem das Bedürfnis, in gemeinsamer Anstrengung, wie nationale Souveräne sie ansonsten nicht hinkriegen, den ökonomischen Nachteil gegenüber dem Konkurrenten USA zu verringern: Sie gründen die EWG und entwickeln sie zur EU weiter. Frankreich macht sich überdies anheischig, mit seiner Force de Frappe wenn schon nicht für eine Emanzipation von der Führungsmacht, dann doch wenigstens für die Fähigkeit zu einer derartigen Eskalation eines eventuellen Krieges zu sorgen, dass die USA um den Einsatz ihres „Atomschirms“ garantiert nicht herum kommen. Die treten dagegen einen ganz eigenen Beweis ihrer Vertrauenswürdigkeit an und statten die BRD mit Atomraketen mittlerer Reichweite aus: der Option auf einen zusätzlichen minutenschnellen Entwaffnungsschlag gegen die Sowjetmacht. So konkurrieren die Nato-Partner um Rang und Status im Bündnis, mit geleisteten Diensten am wie mit vorenthaltenen Beiträgen zum gemeinsamen Kriegszweck. Sie konkurrieren gegeneinander und in unterschiedlichen Konstellationen gegen die Führungsmacht um die Fortschreibung, Ausformung, konkrete Fassung des Bündnisauftrags im Allgemeinen wie für die einzelnen Mitglieder im Besonderen sowie um alternative Wege zur zersetzenden Kontaktaufnahme zum und Einflussnahme auf den Hauptfeind und dessen „Satelliten“. Sie konkurrieren um nationale Freiheiten im Rahmen der Bündnisdisziplin und um die Fähigkeit, eigenen Belangen und Kontrollbedürfnissen *neben* dem alles überragenden Bündniszweck Geltung zu verschaffen. Konkurrenz und Streit beruhen dabei jedoch auf der Subsumtion der Alliierten unter die von den USA vorgegebene kriegerische Generallinie; sie sind die Verlaufsform eines von allen als alternativlos akzeptierten Zusammenwirkens. Das Bündnis ist die Prämisse ihrer Staatsräson. Unter amerikanischer Leitung bilden sie ein *imperialistisches Kollektiv*: den *Westen*, der sich in polemischer Absicht den Ehrentitel „Der Freie ...“ zulegt.

d)

Die Einigkeit der wichtigen kapitalistischen Nationen – und etlicher weniger wichtiger – unter amerikanischer Ägide hat weit reichende Konsequenzen. Zwischen diesen Ländern treten tatsächlich die Maßregeln für die kapitalistische Konkurrenz der Nationen in Kraft – und entfalten ihre in Kapitel I. angedeuteten Wirkungen –, die Amerika seit seinem Sieg im Weltkrieg der ganzen Welt als Geschäftsgrundlage verordnen will und zusammen mit seinen willigsten Alliierten bereits institutionalisiert hat. Untereinander bauen die maßgeblichen Nationen Vorbehalte gegen grenzenloses Konkurrieren ab, die dem Fundamentalismus nationaler Sicherheitserwägungen entstammen. Darüber gleichen sie sich in ihrer ökonomischen Machart und gesellschaftlichen Verfassung aneinander an – europäische Patrioten finden Gelegenheit, die „Amerikanisierung“ ihrer großartigen Nationalkultur zu bejammern –; für sich selbst und für einander lassen sie als politökonomisches Wesensmerkmal am Ende nichts weiter gelten als die Konkurrenz-kategorie „Kapital-Standort“. Der restliche Erdball, soweit nicht vom Feind okkupiert, wird nach und nach mit autonomen Staatsgewalten bestückt; denen wird verkauft, was eine zeitgemäße Herrschaft an Gewalt- und anderen Mitteln braucht, um Staat zu machen, Militärausbilder und andere Ratgeber verhelfen ihnen zum rechten Gebrauch ihrer Macht; ihre Länder mitsamt Naturschätzen und Bewohnern werden in ziemlich freier Konkurrenz der dazu fähigen Mächte und ihrer Multis kapitalistisch bewirtschaftet. Bei der Einsortierung dieser Staaten ins westliche „Lager“ und noch mehr bei der „Integration“ der Nationen, die sich als ‚Blockfreie‘ der eindeutigen und vollständigen Subsumtion unter Amerikas Weltkriegsfront zu entziehen suchen, in die Weltwirtschaft und in die richtigen Einflusssphären bewährt sich der Pluralismus imperialistischer Traditionen innerhalb des Westens: In Konkurrenz zueinander oder auch in abgesprochener Arbeitsteilung zerren verschiedene westliche Mächte an den verschiedenen Kandidaten herum; wo die eine zurückgewiesen wird, landet die andere mit ihrer Nachfrage und ihren Angeboten, nicht zuletzt an den Waffenbedarf drittweltlicher Souveräne, der nur aus den ‚Industrienationen‘ zu bedienen ist, die die Maßstäbe für modernes Tötungsgerät setzen. Viel zu oft kommen zwar auch russische Lieferanten zum Zug und sorgen für Entfremdung vom Westen. Dafür lässt sich umgekehrt sogar der ‚Ostblock‘ selber mit einer Kombination von Ächtung und Anerkennung, Ausgrenzung und Entgegenkommen, Boykott und Benutzung stückweise für den Zugriff westlichen Geschäftssinns und demokratischer Einflussnahme „öffnen“. So bewirkt die Kriegsallianz der kapitalistischen Mächte eine dann doch sehr weit reichende und bemerkenswert haltbare *imperialistische Friedensordnung*.

Wo die an ihre Grenzen stößt, weil vom Westen enttäuschte aufstrebende Nationalisten oder sozialistische Volksbefreiungsbewegungen sich an der Sowjetunion und deren alternativem Weg ökonomischer Entwicklung und „gesellschaftlicher Modernisierung“ ein Beispiel nehmen, mit Moskau lieber als mit Washington, Paris oder Bonn kooperieren und von der sowjetischen Regierung als Aktivposten in ihr weltpolitisches Kalkül eingebaut werden, da zögert der Westen nicht, seinen Wahlspruch „*Lieber tot als rot!*“ auf fremde Völker anzuwenden. Er führt richtigen Krieg; im Extremfall Indochina, wo die Entkolonialisierung kommunistisch entgleist, engagiert sich die Weltmacht selbst, abschreckend genug, bis die abtrünnigen Länder „in die Steinzeit zurückgebombt“ sind und die Gefahr eines „Domino-Effekts“ zugunsten des Sozialistischen Lagers durch dessen Spaltung, die irreversible Entzweigung zwischen der sowjetischen und der chinesischen KP, gebannt erscheint, so dass wirklich nichts weltpolitisch Wichtiges mehr auf dem Spiel steht. Noch lieber *lässt* man Krieg führen; sei es in Form eines Putsches brauchbarer „Gorillas“ gegen sozialistische Experimente, sei es mit der Aufstellung, Ausrüstung und Unterstützung einer Bürgerkriegspartei unter Führung von Typen, deren kongeniale Nachfolger heute „War-Lords“ heißen, gegen allzu linke Versuche eines volksfreundlichen „Nation-Building“; gegen militante

panarabische Emanzipationsbemühungen setzt Amerika auch gerne auf den Kampf des Judenstaats um sein Existenzrecht im ehemaligen britischen Mandatsgebiet. Wo Moskau sich auf derartige „Stellvertreterkriege“ einlässt, um das „containment“ des Westens zu durchbrechen, sich Machtpositionen gegen den globalen Kontrollanspruch und die „kalte“ Weltkriegsfront der USA zu verschaffen und dem Westen die „Koexistenz“ mit seiner Alternative und einen friedlichen „Wettbewerb der Systeme“ aufzunötigen – zuletzt in Afghanistan –, da werden seine Schützlinge bekämpft, und die sozialistische „Supermacht“ wird praktisch der Unfähigkeit überführt – wenige Ausnahmen bestätigen die Regel –, Verbündeten außerhalb ihres Warschauer Pakts das Überleben zu garantieren.

e)

Die „Spaltung der Welt“ bleibt trotz allem bestehen. Das spiegelt nicht zuletzt die ‚Weltorganisation‘ wider, die den vorgesehenen Dienst als Hüter einer proamerikanischen Weltfriedensordnung schuldig bleibt, weil „der Russe“ im Weltsicherheitsrat in entscheidenden Punkten immer wieder „Njet“ sagt und auch manche Abstimmung in den Vollversammlungen verloren geht. Immerhin besteht in Gestalt der ‚Vereinten Nationen‘ Amerikas ursprüngliches Projekt einer Welt-Allianz mit einer Ordnungsmacht an der Spitze und verminderter Souveränität aller anderen noch fort. Auch dort arbeiten die USA daran, und nicht ohne Erfolg, die Sowjetunion in die Position des Spalters und des Außenseiters der einen Welt zu drängen. Daneben nutzen sie das unablässige Streben ihres Gegners nach Anerkennung und „Koexistenz“ für Versuche der Isolierung und friedlichen Zersetzung des Gegners: Sie verwickeln ihn in einen nach der finnischen Hauptstadt benannten Verhandlungsprozess, der die dosierte Zurücknahme der westlichen Feindschaftserklärung mit der Forderung an die sowjetische Seite nach „Reformen“ verbindet, die auf eine gründliche Revision ihres alternativen Herrschaftssystems hinauslaufen, der insofern also auf das Eingeständnis der regierenden KP zielt, mit ihrem abweichenden Staatsprogramm an der Kampfansage des Westens selber schuld zu sein. Die Zumutung zeigt Wirkung, weil die Sowjetunion unter dem Druck der westlichen Aufrüstung, die ausdrücklich unter dem Imperativ „Totrüstungen!“ läuft, ihr ökonomisches System insgesamt für ungenügend befindet, sich zur Notwendigkeit von Reformen nach Maßgabe des überlegenen Systems bekennt und diese Bereitschaft, sich zu ändern, als entscheidenden Beitrag zur Überwindung des weltkriegsträchtigen „Ost-West-Gegensatzes“, nämlich ihrer unerbittlichen Anfeindung durch die kapitalistischen Weltmächte gewürdigt haben will – ganz im Sinne der diplomatischen Offensive, mit der der Westen seine Rüstungsoffensive begleitet. Aus Einsicht in ihre materielle Unterlegenheit und aus Furcht vor der kriegerischen Vernichtung ihres Staates macht die sowjetische Führung am Ende tatsächlich Ernst damit, dass es in ihrem Überlebensinteresse unumgänglich ist, die Feindschaft der Freien Welt durch politische „Reformen“ zu entkräften: durch Widerruf ihres Antiiperialismus und durch eine politische Wegwerfaktion, die geradewegs auf die Liquidierung ihrer Art, Staat zu machen, auf die Auflösung ihres Staatenblocks und die Entlassung ihrer „Satelliten“ in die erfolgreiche Weltordnung des Westens, schließlich auf die Selbstaufgabe der Sowjetunion als einheitlicher Staat überhaupt hinausläuft.

So gewinnt Amerika seinen „kalten“ Weltkrieg, ohne ihn in seiner „heißen“ Form, als vernichtenden Atomkrieg, führen zu müssen. Dass allein damit schon der immerwährende Weltfrieden gesichert wäre: Davon geht die „einzige verbliebene Supermacht“ allerdings keinen Moment lang aus.

3. Amerikas ‚Neue Weltordnung‘: Ein dauerhafter ‚Krieg gegen den Terrorismus‘

Das „atomare Patt“ ist überwunden, der große Weltkrieg von der friedenspolitischen Agenda abgesetzt, die Staatenwelt politökonomisch „wiedervereinigt“ – und für die USA noch gar nichts wirklich in Ordnung. Eine ‚Neue Weltordnung‘ muss her. Und die kommt nicht von selbst; das ist den Verantwortlichen in Washington klar. Sie muss hergestellt werden. Diese große Aufgabe lässt sich die „letzte verbliebene Supermacht“ nicht nehmen. Die erledigt sie selbst. Das muss schon deswegen sein, weil eine solche Ordnung vor allem oder überhaupt in gar nichts anderem besteht als in der unumstößlichen Antwort auf die Frage, *wer* in der Staatenwelt „das Sagen“ hat, nämlich die Kompetenz, die nötige Gewalt und das von allen anderen respektierte Recht, den Gewaltgebrauch zwischen den Nationen zu überwachen und über Krieg und Frieden zu entscheiden. Es geht um die schlagende Beantwortung einer Gewaltfrage, die schon an einen Anspruch auf ein weltweites Gewalt*monopol* heranreicht.

Gerade mal ein gutes Jahrzehnt wirken die USA auf die Klarstellung hin, dass für die Rolle der obersten Weltordnungsinstanz nur sie selber in Frage kommen, da trifft sie der Schlag: das gewaltige Attentat vom 11. September 2001, verübt von einem Feind, der noch nicht einmal einen ordentlichen Staat regiert, dafür aber einen Angriff auf das Herzstück des amerikanischen Homeland, auf zwei gar nicht bloß symbolische Zentren des US-Imperialismus zustande bringt. Diesem „zweiten Pearl Harbour“ folgt zwar kein wirklicher Krieg mit einer hochgerüsteten, ihrerseits imperialistisch ambitionierten Macht um so etwas wie die Herrschaft über Ostasien und den Pazifik. Die allenthalben beschworene Erinnerung an den Beginn des Weltkriegs gegen Japan soll aber ohnehin keine historische Wahrheit benennen, sondern die Wucht und Größe der Herausforderung, mit der Amerika da, seiner eigenen Einschätzung nach, konfrontiert ist. Immerhin findet das Land nichts Geringeres als seinen Glauben an die eigene Unverwundbarkeit zerstört. Und das ist nicht bloß eine Frage der patriotischen Ideologie. Angegriffen sehen die USA ihren Anspruch, als Weltmacht *über* allen Weltkonflikten zu stehen, *außer Konkurrenz*, und als fraglos überlegene, unerreichbare letzte Instanz zu fungieren. Auf einmal ist die „Supermacht“ selber bloß Partei, geschädigt noch dazu durch eine NGO, eine fromme terroristische Nicht-Regierungs-Organisation. Diese äußerste Herausforderung verlangt eine Antwort, die die Maßstäbe wieder zurechtrückt, gründlich und unanfechtbar.

Insofern ist das Attentat aber auch eine *Gelegenheit*. Dazu nämlich, drastisch und aufs Äußerste zu verschärfen und voranzutreiben, was sowieso auf der weltpolitischen Agenda steht – und wovon man nie mehr erfahren wird, wie die USA es ohne al Kaida und 9/11 abgewickelt hätten... –: Amerika muss sich als Weltmacht beweisen. Dafür führt es seit seinem neuesten historischen Datum seinen neuen, freilich auch sehr seltsamen *Weltkrieg: gegen ‚den Terrorismus‘*.

a)

Seit der ‚Kalte Krieg‘ gewonnen ist, die Sowjetunion kapituliert hat, führen die USA einen Krieg nach dem andern. Für jeden gibt es besondere Gründe. Die irakische Armee erobert Kuwait; der Präsident des Irak will dadurch sein Land zum noch viel größeren, reicheren und wichtigeren Ölexporteur machen und zur Regionalmacht mit der nachgewiesenen Fähigkeit zu eigenmächtiger erfolgreicher Kriegführung und einem dadurch unbestreitbar gemachten Recht auf Krieg aufwerten; das bringt alle sicherheitsrelevanten Kräfteverhältnisse in der politökonomisch so ungemein wichtigen Gegend durcheinander und speziell den

bedeutendsten Erdöl-Lieferanten des Weltmarkts in Gefahr; deswegen kann diese gewaltsame „Wiedervereinigung“ des Irak mit seiner 19. Provinz nicht hingenommen, muss Kuwait ‚befreit‘ werden. Auf dem Balkan zerlegen ambitionierte Volksgruppenführer den jugoslawischen Gesamtstaat gewaltsam in seine Teilrepubliken; die Kriege zur staatlichen Neusortierung von Land und Leuten verlaufen nicht nach den Vorgaben der ‚Weltgemeinschaft‘; zuletzt bekämpft der Präsident des serbischen Rest-Jugoslawien albanische Separatisten, obwohl die NATO sich zu deren Schutzmacht erklärt hat; dagegen muss eingeschritten werden, und nach etlichen kleineren Interventionen wird Belgrad in eine Niederlage hineinbombardiert. Dann der große Terrorakt: Im Mutterland der Freiheit selbst, auf uramerikanischem Boden, verüben enttäuschte und beleidigte Fanatiker einer Wiedergeburt Arabiens aus dem Geist des Islam – oder auch, wer weiß das schon so genau und wer will das schon genauer wissen, die Vorkämpfer eines Gottesreichs auf arabischem Boden – ein Attentat auf ausgewählte Zentren der politökonomischen und der militärischen Macht Amerikas; die US-Regierung verfolgt deren Spur bis nach Afghanistan, zerschlägt die dortige Herrschaft und erobert zur Sicherheit das ganze Land. Dann macht sich wieder der Irak unangenehm bemerkbar: Der schon weitgehend entmachtete Präsident des Landes behauptet seine Herrschaft, hält die Embargo- und Boykottmaßnahmen der ‚Weltgemeinschaft‘ schon das zehnte Jahr aus, entzieht dadurch seinen Herrschaftsbereich mitsamt lockenden Bodenschätzen dem ordentlichen Geschäftsverkehr und stört überhaupt Ordnung und Sicherheit, was in dem Vorwurf zusammengefasst wird, er beschaffe sich zwecks Verunsicherung seiner Nachbarn und der ganzen Welt Massenvernichtungswaffen; das alles ist nicht länger zu dulden; also wird der Irak von amerikanischen und britischen Truppen erobert, der Diktator verhaftet und ein Besatzungsregime errichtet.

Für sich genommen handelt es sich um lauter verschiedenartige Fälle. Das Entscheidende haben sie aber gemeinsam, und das soll auch allgemein so wahrgenommen werden, darauf legt die kriegerisch engagierte Weltmacht größten Wert: *Sie* bezieht militärische Unternehmungen anderer Staaten und deren innere Verhältnisse, sofern von deren Boden Gefahren oder gar Gewaltakte ausgehen, *auf sich*; sie behält sich die Entscheidung darüber vor, wie der Gebrauch von Gewalt zu werten ist, ob und in welchem Sinn als *Kriegserklärung*; gegebenenfalls erklärt sie selber den Krieg und führt ihn auch; mit einem Vernichtungspotential, das absolute Überlegenheit garantiert, und auf eine Weise, dass das auch sichtbar wird – „Shock and Awe“ ist die ausdrückliche Maxime für den Überfall auf Saddam Husseins Irak. Die Kriege, zu denen Amerika sich entschließt, soll kein Staat als Angelegenheit bloß zwischen Washington und seinem jeweiligen Feind abbuchen können; sämtliche Höchsten Gewalten und auch alle inoffiziellen Machthaber müssen Amerikas Kriegführung ihrerseits auf sich beziehen und die „Lektionen lernen“ und beherzigen, die das US-Militär ihnen in der für sie unmissverständlichen „Sprache der Gewalt“ erteilt. Nämlich:

– Feinde der USA werden ausgelöscht. „Verhandlungslösungen“ kommen nicht in Frage: Wen die Regierung in Washington als Feind ausmacht, der hat sich damit als Verhandlungspartner disqualifiziert. Als Alternative zur Vernichtung kommt allenfalls die bedingungslose Kapitulation in Frage; die Entscheidung, ob die akzeptiert wird, behält der US-Präsident sich vor.

– Die Identifizierung von Feinden, gegen die Krieg geführt werden muss, ist allein Sache der USA. Maßgeblich ist deren Einschätzung der Möglichkeit, dass eine feindselig eingestellte Kraft, egal ob Staatsmacht oder politische Verbrecherbande, sich bedrohliche Waffen beschaffen oder überhaupt irgendwo auf der Welt ein für die Sache der USA gefährliches Gewaltpotential entstehen *könnte*. Deshalb behält die US-Regierung beständig die ganze Welt im Blick und wartet nicht ab, ob sich tatsächlich eine

neue Gefahr abzeichnet – das hieße ja: zusehen, bis es zu spät ist! –, sondern schlägt in aller Freiheit und nach eigenem Bedarf und Ermessen *präventiv* zu, lieber x-mal zu oft als nur ein Mal zu wenig.

– Wenn Amerika sich zu einem Krieg entschlossen hat, dann lässt es sich nicht aufhalten; weder durch humanitäre Erwägungen noch durch wohlmeinende Ermahnungen, man müsste vor Beginn eines Kriegs schon wissen, wie man ihn mit Anstand beendet, und erst recht nicht durch den Zweifel, Gewaltanwendung könnte womöglich im Einzelfall nicht das optimale Mittel für mehr Sicherheit sein – was denn sonst?! Erst recht soll niemand versuchen, sich diplomatisch, mit Solidaritätsbekundungen an die falsche Adresse, oder gar mit Schutz- und Überlebensgarantien für die verkehrte Seite der amerikanischen Kriegsmacht in den Weg zu stellen. Wer nicht für die USA Partei ergreift, *hat* Unrecht und *bekommt* auch Unrecht, wird nämlich als ohnmächtiger Parteigänger eines Verlierers blamiert; dafür sorgen Amerikas überlegene Waffen, sein unbeirrbarer Sieges- und Vernichtungswille und seine Rücksichtslosigkeit beim Einsatz militärischer Gewalt.

Die USA führen also nicht einfach Krieg. Sie konfrontieren die Welt mit einer alles überragenden Kriegsmaschinerie und ihrem durch diese gedeckten, durch Taten beglaubigten Anspruch auf die *alleinige* und *unbestreitbare Kompetenz*, Krieg zu führen. Ihre Kriegsfähigkeit und jederzeitige Kriegsbereitschaft hat jede Nation zur Kenntnis zu nehmen, jede Staatsgewalt zu respektieren, jedes Gemeinwesen als Prämisse aller eigenen außenpolitischen Vorhaben und Unternehmungen in seine Staatsräson einzubauen; ob mehr als Drohung oder mehr als Verheißung, das liegt allein an der Stellung des jeweiligen Landes zu Amerika und deren Würdigung durch die US-Regierung. Die Kriege der USA dienen der Errichtung eines *universellen Abschreckungsregimes*. Zu diesem Kriegszweck verhalten sich die speziellen Kriegsgründe wie bloße Anlässe. Und dass es an denen nie mangelt, sondern der Bedarf allemal seinen Anlass findet, das stellt die Weltmacht auch gleich klar. Ausdrücklich erklärt sie unter Bezug auf den Terrorüberfall vom 11. September ihre beiden letzten Einsätze, auch den gegen die Herrschaft des Saddam Hussein, der mit Al-Kaida wirklich nichts zu tun hat, zu ersten Schlachten in einem neuen *Weltkrieg* von unabsehbarer Dauer gegen *den Terrorismus* schlechthin und überhaupt. Dessen übernächste Episoden sind bereits angesagt: Nordkorea wird mit Verweis auf sein Bemühen um die Atombombe und eine Raketenwaffe, Syrien als Drahtzieher und Ausstatter nahöstlicher Terroristentrupps, Iran mit derselben Anklage und wegen seines unter den Verdacht militärischer Absichten gestellten Atomenergieprogramms als Fall für Amerikas global angelegte Säuberungsaktion ins Visier genommen. Und schon vorher stellt die Weltmacht ihrem nahöstlichen Verbündeten die Lizenz aus, aus eigener Initiative und auf eigene Rechnung die nächste Schlacht in ihrem Weltkrieg zu schlagen: An seiner quasi inneren palästinensischen Front und mit seinem Libanon-Feldzug geht Israel gegen Milizen vor, die auch auf Amerikas Liste der zu eliminierenden Terrorgruppen stehen, und zwar ganz oben neben den „irregulären Kämpfern“ und Selbstmordattentätern, die den Besatzungstruppen in Afghanistan und Irak umso mehr zu schaffen machen, je länger und je brutaler der ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ seinen Gang geht; dabei beschönigt die israelische Regierung ihr Vorgehen nicht als quasi polizeiliche Militäraktion, sondern deklariert und inszeniert es ausdrücklich als *Krieg* nach amerikanischem Vorbild und will damit auch die Konfrontation mit Syrien und Iran so zuspitzen, dass die US-Regierung die „Lage“ jederzeit nach ihrem Bedarf für „unhaltbar“ erklären und die längst angekündigten Konsequenzen einleiten kann. Amerika *lässt* da kämpfen. Und es lässt seinen eifrigen Vasallen nicht im Stich: Finanziell, waffentechnisch und vor allem diplomatisch bekommt Israel als autonomer Subunternehmer in Amerikas neuem Weltkrieg jeden Rückhalt.

b)

Mit ihren Kriegen setzen die USA Fakten; um die Staaten auf deren weltpolitische Bedeutung einzuschwören, nutzen sie – unter anderem – die UNO.¹⁰ Dort erläutern sie den ‚Völkern der Welt‘ hochoffiziell die *Moral* ihrer Kriegseinsätze, die allein dem Sieg der zivilisierten Lebensart über das terroristisch Böse gelten. Damit nehmen sie auch schon eine grundsätzliche politische Festlegung vor: Mit der Kennzeichnung der Amerika-feindlichen Attentäter vom 11. September als Terroristen schlechthin und mit der Subsumtion aller Gegner, die sie ins Visier nehmen, unter dasselbe Etikett bzw. unter die furchterregende Wirkung der Waffen, die die sich, wirklich oder angeblich, zu beschaffen suchen – Stichwort: „Weapons of Mass-Destruction“ –, sprechen sie ihren Feinden von vornherein jede politische Absicht ab, über die verschiedene Nationen ja durchaus unterschiedlicher Meinung sein könnten. So fordern sie pauschal und bedingungslos Parteinahme für sich ein und setzen Resolutionen durch, die diesen Standpunkt verbindlich machen und Durchführungsbestimmungen enthalten, die ins Innenleben der Nationen eingreifen; nicht zuletzt in deren Finanzverkehr. Die Heimat des Dollar ist nämlich der Meinung, dem antiamerikanisch Bösen wäre nicht zuletzt durch finanzielle Austrocknung wirksam beizukommen.

Entscheidend kommt es den USA freilich auf das oberste Beschlussgremium der Vereinten Nationen an. Dort, im Weltsicherheitsrat, haben sie es mit ihren großen Rivalen zu tun: mit den andern Großmächten, die über Atomwaffen und ein förmliches Vetorecht bei der Aufstellung und Durchsetzung von Regeln und Bedingungen des Weltfriedens verfügen. Wenn sein Monopolanspruch auf Krieg weltordnungspolitisch etwas bedeuten, sein Abschreckungsregime etwas bewirken soll, dann braucht Amerika deren Zustimmung. Nicht so sehr wegen der quasi rechtlichen Autorität, die es seinen Entscheidungen damit verschafft: Was Amerika wirklich braucht und haben will, das ist das förmliche Eingeständnis der anderen für die globalen Gewaltverhältnisse wichtigen Staaten, dass auch sie nicht umhin können, der Weltmacht die beanspruchte Freiheit zur Identifizierung und Vernichtung von Feinden zuzubilligen. Genau das ist der politische Gehalt der Erpressung, die die USA – exemplarisch und mit aller Härte im Zuge der diplomatischen Vorbereitung ihres zweiten Irakkriegs – dem erlauchten Gremium und damit der ‚Weltorganisation‘ insgesamt aufmachen: *Zustimmung oder Irrelevanz* heißt ihre Alternative – ein knallharter Test auf die Bereitschaft der anderen „relevant“ sein wollenden Mächte einzuräumen, dass sie gegen die Fakten, die Amerika schafft, und gegen die Richtlinien staatlichen Wohlverhaltens, die es damit geltend macht, nicht ankommen und schon gar nicht in der Lage sind, ohne die USA, geschweige denn gegen sie so etwas wie eine „relevante“ Weltordnung zu inszenieren. Die Erpressung wirkt: Dafür, dass Amerika sich an die UNO und den Sicherheitsrat wendet, auf die dort gefassten Beschlüsse Wert legt und damit zugibt, dass es für seine Leitlinien zum Weltfrieden die Bereitschaft der großen Rivalen braucht, sich denen zu beugen, beugen die sich; sie erkennen die faktische Richtlinienkompetenz der USA an und erhalten sich dafür den Status förmlicher Mit-Urheber der Richtlinien, die sie absegnen.

Mit einem einmaligen Erpressungsgeschäft dieser Art ist es natürlich nicht getan. Die diplomatische Anerkennung des amerikanischen Abschreckungsregimes ist ein genauso endloses Geschäft wie dessen gewaltsame Etablierung. Die Fortsetzung folgt mit dem „Fall“ Iran: Für ihre Kampfansage an das Mullah-Regime fordern die USA die Zustimmung der übrigen Großmächte unter Berufung auf den „Non-Proliferation“-Vertrag und stellen damit nachdrücklich klar, wozu ein solches Abkommen und das

¹⁰ Hierzu mehr in Gegenstandspunkt 4-05, S.31, „*Reform der UNO. Vorschläge für eine völkerrechtliche Weltverbesserung.*“. Dort finden sich auch Verweise auf weitere einschlägige Artikel.

förmliche, rechtsförmige Einvernehmen mit den anderen Vertragsparteien ihnen im Rahmen ihrer ‚Neuen Weltordnung‘ taugt und was beides wert ist. Wo nämlich der NPT zwischen verbotenem militärischem und erlaubtem, sogar förderungswürdigem kommerziellem Gebrauch der Kernenergie unterscheidet, eingedenk der Fragwürdigkeit dieser Unterscheidung ein Kontrollregime der Internationalen Atomenergie-Agentur installiert, das die Beschränkung der atomindustriellen Fähigkeiten von Nicht-Atomwaffenstaaten auf zivile Anwendungen sicherstellen soll, und regelt, wie eventuelle Verstöße ermittelt und festgestellt werden und welche Konsequenzen gegebenenfalls fällig werden, da erklären die USA im Fall des Iran schon das Bemühen um die Beherrschung der ersten Stufen des atomaren Brennstoffkreislaufs, die Uran-Anreicherung, für eine Vertragsverletzung und begründen das mit nichts weiter als mit ihrem festen feindseligen Urteil über die feindselige Einstellung der iranischen Staatsmacht gegen Amerika und Israel und ihrem daraus abgeleiteten unwiderleglichen Verdacht, es ginge den Iranern in Wahrheit um die Atombombe. Das soll genügen, damit die Garantiemächte des Vertrags mit harten Sanktionen drohen, falls Iran nicht nachweislich alle Aktivitäten einstellt, die auch der Vorbereitung einer atomaren Rüstung dienen könnten; vorausseilend sollen sie sogar einen präventiven Selbstverteidigungsangriff auf den Iran – nach dem Vorbild des Angriffs auf Saddam Husseins nicht vorhandene Massenvernichtungswaffen – legitimieren. Ausdrücklich machen die USA so ihre politische Feindschaft gegen eine Regierung zur Richtschnur für Auslegung und Anwendung einer internationalen Vereinbarung. Sie lesen den NPT so, als wäre damit ihre Freiheit, Gefahrenherde auf der Welt prophylaktisch auszumachen und aus der Welt zu schaffen, allgemeinverbindlich kodifiziert. Diese Lesart, also – einmal mehr – ihr Abschreckungsregime wollen sie von ihren Kollegen im Weltsicherheitsrat sowie in dem Fall außerdem von Deutschland als stark interessierter europäischer Führungsmacht anerkannt haben. Mit dem dezenten Hinweis, dass sie nicht bereit sind, die „militärische Option vom Tisch zu nehmen“, erinnern sie ihre Partner unmissverständlich an die Geschäftsgrundlage ihrer Forderung und an die Alternative für den Fall, dass die ihr Einverständnis verweigern: Amerika traut sich zu, sein Kontrollregime über die Staatenwelt auch in diesem Fall militärisch zu vollstrecken und damit jeden zu blamieren, der dieses Vorgehen nicht billigt und unterstützt; an seinem Willen, diese Macht in glaubhaft abschreckender Weise einzusetzen, sollte niemand zweifeln.

Das ist einerseits auch nicht der Fall. Dem Verdikt, dass dem Iran eine Atomindustrie, die den kompletten Brennstoffkreislauf im Griff hat, nicht zugebilligt werden kann, schließen sich die Vetomächte samt BRD, die verhandlungsbereiten Europäer ebenso wie das Iran-freundliche Russland und auch die VR China, im Prinzip an und tun damit wieder den ersten Schritt auf dem diplomatischen Weg, der schon vor Jahren zum Irakkrieg geführt hat. Andererseits bekommen die Amerikaner von allen Seiten bescheinigt, dass sie mit ihrer kriegesischen Weltfriedenspolitik scheitern: Noch ist keiner ihrer Kriegseinsätze so richtig zu Ende geführt; wo die US-Regierung angetreten ist, aus der Welt „a better place“ zu machen, da greifen Terror und politische Instabilität erst so richtig um sich. Freunde macht sie sich mit ihrem Rigorismus auch nicht; dabei kommt doch auch Amerika ohne Verbündete nicht zurecht. Aus solchen Kommentaren spricht in vielen Fällen der äußerst wohlmeinend kritische Standpunkt, der Weltmacht müsste quasi auf Knopfdruck gelingen, was sie sich vornimmt bzw. in einer idealisierten Fassung ihrer Vorhaben der Welt verspricht. Genauso oft ist Vater des Gedankens der Wunsch, Misserfolge möchten das „selbtherrliche“ Vorgehen „der Amis“ bremsen: ein sehr populärer Standpunkt in Ländern, die sich als Opfer des US-Imperialismus begreifen, vor allem aber dort, wo man die eigene Staatsmacht in der weltpolitischen Hauptrolle, sei es eines maßgeblichen Verbündeten, sei es eines gleichrangigen Rivalen der USA, sei es sowohl als auch, sehen möchte. In allen Fällen bezeugen solche skeptischen Diagnosen allerdings weniger einen Fehlschlag, eher den starken Eindruck, den Amerika mit seinem Vorgehen macht. Natürlich schafft diese Politik Opfer; anders geht wirksame Abschreckung nicht. Natürlich ist sie eine Herausforderung für

konkurrierende Imperialisten; so ist sie gemeint. Und wenn Gewalteinsetze nicht planmäßig zum Sieg führen, dann gibt es für eine Weltmacht nur eine Lösung: *mehr Gewalt*, damit die Liquidierung der Feinde flatter gelingt, die Betroffenheit all derer wächst, die sich selber zum Weltordnen berufen fühlen, und alle enttäuschten Sympathisanten zufrieden sind.

Für einen gelungenen Weltfrieden sind gewonnene Kriege eben die unerlässliche Voraussetzung; und um den „Schock“ des 11. September zu überwinden, ist die Einschüchterung der restlichen Welt ein gutes und sowieso das einzige Rezept. Auch auf der soliden Grundlage einer fundamentalen Verunsicherung aller übrigen Staatsgewalten bleibt allerdings noch einiges zu tun, um die diversen Mächte und Staatsgebilde sachgerecht in eine Weltordnung hineinzusortieren, die Amerika den Rang der effektiven Überwachungsinstanz verschafft und sichert.

c)

Ein erster besonderer Problemfall ist und bleibt der Haupteerbe der Machtmittel des ehemaligen Hauptfeinds. Zwar ist der erste und entscheidende Fortschritt von der Aufgabe des antiimperialistischen Programms der Sowjetkommunisten zur Auflösung der angesammelten Potenzen des einstigen Sowjetstaates geschafft; die Liquidierung des feindlichen Blocks und die Zerlegung der Union in souveräne Nationalstaaten sind nicht mehr rückgängig zu machen. Der erste Präsident des demokratisierten Russland bewährt sich über jede berechtigte Erwartung hinaus als Helfershelfer des Westens bei der Verschrottung des rapide verfallenden Waffenarsenals der einstigen „Supermacht“, bei der Zerstörung der nationalökonomischen Grundlagen der staatlichen Macht und bei der Ruinierung ihres Gewaltmonopols bis an die Grenze zur Selbstauflösung. Amerikas erster Krieg, im Irak, für eine ‚Neue Weltordnung‘, noch in der Endphase der Sowjetunion, trifft in Moskau bereits auf niemanden mehr, der Einspruch einlegt; der zweite Krieg, auf dem Balkan, ist direkt auf die Zurückweisung aller russischen Ambitionen auf Mitentscheidung über neue Grenzen in Südosteuropa, generell auf die Verdrängung des russischen Einflusses aus Europa überhaupt angelegt und endet planmäßig mit einer Kombination von formeller Respektierung und praktischer Blamage aller russischen Einmischungsversuche. Damit ist die Sache aber noch nicht erledigt.

Wie im Ernst nicht anders zu erwarten, bekommen die USA es in Moskau dann doch mit einer Staatsgewalt zu tun, die ihren Zerfall stoppt und umkehrt. Eine Nationalökonomie wird rekonstruiert, mit der das Land sich eine neue Existenz als Energie liefernder Bestandteil des kapitalistischen Weltmarkts erwirtschaftet. Sich selbst und den Rest der Welt, vor allem den Westen, erinnert eine neue Regierung daran, dass sie sogar mit den verbliebenen Trümmern der einstigen sowjetischen Waffenbestände und Rüstungskapazitäten noch immer über die zweitstärkste Atommacht der Welt und eine ansehnliche Militärtechnologie verfügt. Die ausdrückliche Selbstermächtigung des Präsidenten, im Ernstfall die eigenen Nuklearwaffen auch als Erster einzusetzen – so wie die USA und auch Frankreich es für sich längst offiziell beschlossen und zum Bestandteil ihrer auf Abschreckung zielenden Militärdoktrin gemacht haben –, muss die Weltmacht zwar nicht direkt als Kampfansage und im Sinne eines erneuerten „atomaren Patt“ auf sich beziehen. Sie nimmt den so dokumentierten Willen zu militärischer Autonomie und weltpolitischer Entscheidungsfreiheit aber ernst genug, um Russland in ein ganz exklusives politisches Geschäft zu verwickeln.

Auf der einen Seite würdigt Amerika seinen Kontrahenten eines speziellen Einvernehmens: Man erklärt sich wechselseitig zu Atomwaffenstaaten der einsamen Extraklasse, bleibt über die fortbestehenden Raketenarsenale miteinander im Gespräch, versichert sich gegenseitig des irreversiblen Verzichts auf wechselseitige Bedrohung mit den noch immer massenhaft vorhandenen – wenn auch auf russischer Seite nunmehr bedingt einsatzbereiten – Massenvernichtungswaffen. Zum Zeichen dieser Übereinkunft auf höchstem strategischem Niveau und als diplomatische Garantie für die dauerhafte Beendigung der einstigen Feindschaft nehmen die USA Russland als Nummer 8 in den exklusiven Club der kapitalistischen Weltmächte auf. Diese Elite des westlichen Imperialismus, die G7, begnügt sich ohnehin schon längst nicht mehr damit, informelle Absprachen über den Fortgang der Weltwirtschaft und ihrer gepflegten Konkurrenz gegeneinander zu treffen: Mit ihren jährlichen Treffen demonstrieren und pflegen die sieben Großen ganz förmlich ihren fortdauernden Willen, jenseits aller Zerwürfnisse friedlich miteinander umzugehen und sich der restlichen Staatenwelt sowie der kritischen Geschäftswelt als imperialistisches Kollektiv zu präsentieren. In diesen eigentümlichen Konsens ist Russland nunmehr eingeschlossen.

Dafür hat die Nummer 8 auf der anderen Seite einen Preis zu zahlen. Nicht bloß den, dass sie tunlichst darauf verzichtet, der Abschreckungspolitik der USA in der UNO Steine in den Weg zu legen. Die Nummer 1 – hier durchaus noch als Führungsmacht des Westens unterwegs – nimmt sich jede Freiheit, Russlands Einfluss auf sein „nahes Ausland“, die ehemaligen Sowjetrepubliken, zu konterkarieren und zu untergraben. Sie bekämpft den Einsatz des Energiegeschäfts, des wichtigsten zivilen Machtmittels des russischen Staates, als politische Waffe. Unter dem Titel „Förderung der Zivilgesellschaft“ ermuntert und unterstützt Amerika jede innere Opposition gegen eine fortschreitende Konsolidierung der Staatsmacht. Es pflegt sogar Kontakte zu Separatisten im Kaukasus, die Moskau als Terroristen im Sinne der Feind-Definition des ‚Weltkriegs gegen den Terror‘ geächtet wissen will. Das alles hat Russland hinzunehmen. Und auch die formelle Anerkennung als strategische Weltmacht, die die USA Russland noch konzedieren, wird durch die Aufkündigung des ABM-Vertrags – der einst mit der Sowjetunion getroffenen Abmachung, auf Abwehrsysteme gegen ballistische Atomraketen zu verzichten – inhaltlich ausgehöhlt und praktisch widerrufen. Einbindung ohne substantielle Konzessionen und eine fortschreitende Beschränkung und Einengung der russischen Macht: Das ist es so ungefähr, was die Weltmacht für ihren Problemfall Moskau im Programm hat.

d)

Indien und China bedürfen besonderer Betreuung. Schon allein aufgrund ihrer Bevölkerungsmasse und deren zunehmend erfolgreicher kapitalistischer Ausbeutung handelt es sich da nach amerikanischer Einschätzung um die unweigerlich „kommenden“ Weltmächte. Aktuell nehmen sie bereits starken Einfluss auf Mehrung und Verteilung des weltweit erwirtschafteten Reichtums und der darauf basierenden politischen Macht. Und beide Nationen nehmen sich die Freiheit heraus, vom Weltmarkt und dessen amerikanischem Zentrum massiv zu profitieren, um mit den erworbenen Machtmitteln ganz eigenmächtig zu verfahren, sich Festsetzungen und Vorgaben der USA zu entziehen, sogar dagegen zu verstoßen: China, schon anerkannte und mit Vetorecht im Sicherheitsrat präsente Atomwaffenmacht, betreibt gegen Amerikas Willen seine „Wiedervereinigung“ mit Taiwan und strebt damit nicht bloß einen beträchtlichen Zuwachs an nationalem Vermögen, an Wachstumsquellen und an außenwirtschaftlichem Einfluss an, sondern negiert Grenzziehungen in seiner Umgebung, für die die USA eintreten, und damit deren Stellung als westpazifische Ordnungsmacht; die Volksrepublik rüstet mit dem Ziel, ihre „abtrünnige

Provinz“ notfalls mit Gewalt heimholen zu können, will sich also die Fähigkeit verschaffen, nach eigenem Ermessen Krieg zu führen, und verstößt schon damit gegen die Friedensbedingungen, die die USA der Region vorschreiben. Indien liegt im Streit mit Pakistan, ungeachtet dessen, dass Amerika diesen Staat für seinen Krieg gegen die zentralasiatischen Schlupfwinkel des Terrorismus braucht und benutzt, sogar unter Berufung auf diesen Krieg, weil es an seiner Nordwestgrenze mit denselben Terroristen zu tun hätte wie die Weltmacht; ohne deren Lizenz entwickelt das Land überdies eine eigene Atomwaffe und widersteht amerikanischen Strafmaßnahmen. Beide Großnationen trennen, was Amerika mit seiner ‚Neuen Weltordnung‘ bedingungs- und lückenlos in eins setzen will, nämlich zwischen erfolgreicher Teilnahme am kapitalistischen Weltgeschäft und Anerkennung der Kontrolle der USA über dessen souveräne Mitglieder und deren Gewaltgebrauch. Und nicht nur das: Sie verwenden die Dollars, die sie akkumulieren, dazu, eigene Machtpositionen *gegen* das Überwachungsregime und die Führungsrolle der USA aufzubauen. Das muss sich ändern. Und Amerika macht sich daran, es zu ändern.

Mit *Indien* vereinbaren die USA ein interessantes weltpolitisches Geschäft. Sie nehmen ihre Boykottmaßnahmen wegen unerlaubter Nuklearrüstung zurück, sprechen das Land von den restriktiven Bedingungen des „Non-Proliferation“-Vertrags frei; damit erkennen sie es als Atomwaffenmacht an, schreiben ihm das als seinen neuen *weltpolitischen Status* zu. Damit wiederum entscheiden sie einiges sowohl über diesen Status als auch über sich selbst als Macht, die ihn verleiht – und im Parallellfall Pakistan verweigert. Denn ganz offensichtlich macht es ja – nicht so sehr militärisch, mehr schon rüstungstechnisch, vor allem aber – weltpolitisch einen bedeutenden Unterschied, Atombomben „bloß“ zu besitzen oder eine von nunmehr dann wohl sechs offiziellen, anerkannten Atommächten zu sein. Der Unterschied liegt in der Bedeutung, die den politischen Ansprüchen einer solchen Nation, ihren Interessen gegen andere, ihren ordnungspolitischen Programmen zukommt: Sie verdienen Respekt; sowieso weit mehr, als wenn gar keine extravagante Fähigkeit zur Massenvernichtung dahinter steht, aber auch deutlich mehr, als wenn die etablierten Atommächte und unter deren Anleitung auch die restliche Staatengemeinschaft die atomaren Vernichtungskapazitäten eines Landes für unerlaubt und insofern politisch irrelevant erklärt und mit Missachtung straft. Solchen Respekt vor der indischen Staatsmacht verfügen nun also die USA. Sie tun das ohne Not, als Vorleistung in einem politischen Tauschgeschäft. Und damit ist auf jeden Fall schon einmal so viel klar: Sie tun das nicht, weil sie ihre Sicherheit gefährdet oder gar ein „atomares Patt“ mit Indien drohen sehen. *Sie beschließen*, Indien solle in Zukunft weltpolitisch in qualitativ höherem Maße ernst genommen werden. Und das ist es dann auch, was Indiens neuen Status ausmacht: das Recht auf Respekt, das *die Weltmacht* dem Land *zubilligt*. Damit – das ist das andere – stellen die USA *sich über* den Status, den sie Indien zuerkennen; sie betätigen sich als Macht *außer Konkurrenz*. Sie unterstreichen das noch dadurch, dass sie keine der anderen offiziellen Atommächte dazu konsultieren, geschweige denn mitentscheiden lassen. Ihre vier Rivalen – außerdem die Gruppe der Staaten mit ausgereifter, im Export engagierter Atomwirtschaft, die verpflichtet sind, der Verbreitung von Fähigkeiten zum Atomwaffenbau entgegenzuwirken: die „Nuclear Suppliers Group“ – konfrontieren sie mit mehr oder weniger vollendeten Tatsachen und fordern sie zu allem Überfluss ausdrücklich auf, die definitiven Beschlüsse des amerikanischen Kongresses erst noch abzuwarten, dann aber als bindende Richtlinie zu befolgen. Den anderen anerkannten Atommächten gegenüber nehmen sie sich eine Führungsrolle heraus, so als wäre auch deren Status nicht mehr als ein amerikanisches Zugeständnis und jedenfalls den Dispositionen untergeordnet, die sie in aller Freiheit treffen – und tatsächlich legt kein Mitglied des exklusiven Fünfer-Clubs wirksam Einspruch ein. Erfolgreich betätigt sich Amerika und bestätigt sich als einsame Spitze jener imperialistischen Hierarchie, in der die anerkannte Fähigkeit eines Staates zur Massenvernichtung über das Recht auf Respekt entscheidet.

Für diesen Akt der Anerkennung berechnen die USA ihrem indischen Partner einen Preis. Sie verlangen ein gewisses – zwischen den Vertragsparteien umstrittenes – Maß an Kontrolle über Indiens Atomwirtschaft und die Menge an waffenfähigem Material, das in deren als zivil deklariertem Sektor anfällt. Wichtig ist ihnen dabei offenbar weniger die Vollständigkeit des Kontrollregimes – ausdrücklich als militärisch eingestufte Atomanlagen bleiben davon ausgenommen – als vielmehr das Prinzip: Anerkennung, um überhaupt einen Überblick über und einen gewissen Zugriff auf die Potenzen des Landes in Sachen Atomrüstung zu bekommen; eine Konzession an Indiens eigentlich ordnungswidrige Eigenmächtigkeit, um die nicht ganz unkontrolliert zu lassen, sondern ordnungspolitisch einzufangen und *für sich* zu funktionalisieren. Für die weltpolitischen Ambitionen, die Indien mit einer eigenen nuklearen Rüstung militärisch untermauern will, haben die USA nämlich eine in ihrem Sinn konstruktive Verwendung: Sie offerieren dem Land die Rolle einer Regionalmacht des Indischen Ozeans, was selbstverständlich nicht bloß Kontrolle der Seewege bedeutet, sondern eine durch anerkannte Abschreckungsfähigkeiten beglaubigte Kontrollmacht über die Anrainer dieses Gewässers. Amerika billigt den entsprechenden Ehrgeiz der Nation, sagt ihr sogar militärische Unterstützung zu. Dafür verlangt es nichts weiter, aber auch nichts Geringeres, als dass Indien mit dem Respekt, den die Weltmacht ihm erweist, in deren Sinn weltpolitisch wirtschaftet und die Rolle einer Regionalmacht in dem Sinn ausfüllt und ausübt, den die amerikanischen Ordnungsinteressen vorgeben; also vor allem in beständiger Absprache mit Amerika. Die Anerkennung durch die Weltmacht verdient sich Indien dadurch – dies der weltpolitische Inhalt des diplomatischen Geschäfts, das Washington dem Land andient –, dass es seinerseits die USA als seinen maßgeblichen Nachbarn und indo-pazifische Führungsmacht anerkennt.

Die *Beschränkung Chinas*: seiner Macht und seines Einflusses, ist Teil und ein Zweck dieses ungleichen wechselseitigen Anerkennungsgeschäfts; und das ist wiederum Teil der Politik, die Amerika zur Einordnung der allzu schnell allzu reich und stark gewordenen Pekinger Volksrepublik für nötig hält. Da geht es nämlich im Prinzip auch darum, dass dieser Staat sich mit den USA als Macht, die auch in Ostasien über Grenzen und Friedensbedingungen entscheidet, arrangiert und sich mit seiner strategischen Zweitklassigkeit abfindet. Dafür langt nach Amerikas eigener Einschätzung die Ausrufung des neuen, die Welt strategisch strukturierenden ‚Weltkriegs gegen den Terrorismus‘ nicht. Dafür hat Amerika den Chinesen aber auch keine Angebote zu machen: Dafür müssen der chinesischen Macht Schranken gesetzt werden. Also mobilisiert Washington den neuen ordnungspolitischen und militärischen Ehrgeiz seines japanischen Partners und jetzt eben auch den der „größten Demokratie der Welt“; es verschärft seine Bestandsgarantie für Taiwan. Und mit dem Streit mit und um Nordkorea, für dessen Liquidierung die USA China diplomatisch in die Pflicht zu nehmen versuchen¹¹, bleibt ein kriegsträchtiger „Krisenherd“ im Spiel, an dem die Weltmacht ihre auch für die große Volksrepublik abschreckende Fähigkeit zur Entfaltung militärischen Terrors in Erinnerung bringt.

e)

In weiten Teilen der Staatenwelt sehen sich die USA mit einem ziemlich virulenten *Antiamerikanismus* konfrontiert. Da gibt es noch immer regierende Veteranen der Sowjet-Ära oder sogar schon ähnlich gestrickte Nachfolger, die noch oder wieder Distanz zur Weltmacht halten und – nicht einmal ohne Erfolg – versuchen, in Anlehnung an Russland oder China ökonomisch und politisch zu überleben. Es gibt

¹¹ Das Sonderkapitel der „6er-Gespräche“ mit und über Nordkorea ist in dem Artikel über „*Ein Stück amerikanische Ordnungspolitik im, für und gegen den ‚asiatisch-pazifischen Raum‘*“ in Gegenstandspunkt 3-05, S.165, abgehandelt.

enttäuschte Nationalisten, die sich an der massenhaften Verarmung ihres Volkes stören und den Grund dafür in den wirtschaftspolitischen Vorgaben und ordnungspolitischen Direktiven aus Washington entdecken; in Lateinamerika kommen solche Figuren sogar vereinzelt an die Macht und probieren die Herstellung eines gemeinsamen Marktes an der Führungsmacht vorbei und gegen deren erklärte Interessen. In anderen Fällen, so vor allem in der islamischen Welt, diagnostizieren fromme Volkserzieher einen moralischen Verfall ihrer Gesellschaft als soziales Grundübel und Ursache nationaler Ohnmacht und legen die Sittenverderbnis dem unheilvollen Einfluss des Westens zur Last; was für verheerende Wirkungen eine solche Geisteshaltung hat, das zeigen überdeutlich eben die großen Anschläge, die Amerika nicht bloß verwundet, sondern seine *Verwundbarkeit* aufgedeckt und damit seine Weltmacht als doch bloß relativ entlarvt haben. Schließlich gibt es immer mehr Länder, deren Herrscher gar keine ordentliche Verwaltung ihres einheimischen Elends mehr hinkriegen, also ihren Dienst als lokale Agenturen und Statthalter der globalen Geschäftsordnung schuldig bleiben, was für sich genommen zwar noch keine Amerika-Feindschaft ist; eine Lücke im System ordnungsstiftender Gewalt klafft da aber schon; und dass sich damit für den organisierten Terrorismus eine Zuflucht und eine Überlebenschance auftut, auch das ist den Verantwortlichen an den Attentaten vom 11. September klar geworden. In all diesen Fällen tut eine durchgreifende Weltverbesserung not.

Die Grundlage dafür schaffen die USA mit ihren Kriegen; das Abschreckungsregime, das sie damit errichten, hat vor allem alle Arten von antiamerikanischen Umtrieben im Visier. Für die funktionelle (Wieder-)Einordnung all dieser staatlichen Problemfälle ist aber noch mehr, etwas Konstruktives zu tun. Dafür hat Amerika ein Generalrezept entwickelt: „regime change“ auf demokratisch, die zivile Variante der kriegerischen Entmachtung missliebiger Regierungen.¹² Angewandt wird es in allerlei zweckmäßigen Abwandlungen; als „Tulpen-“, „Orange“ oder „Zedern-Revolution“ z.B. zur Korrektur falscher Wahlergebnisse in Ländern, deren Machthaber in Wahlen tatsächlich ihre Macht aufs Spiel setzen und für deren Staatsräson es auf einen richtigen Wahlausgang ankommt. Wichtigster Schauplatz dieses Eingriffs in die innere staatliche Verfassung problematischer Nationen ist der vom Westen so genannte ‚Mittlere Osten‘, der „islamische Krisenbogen“, wo die USA bereits in zwei Fällen mit demonstrativer Gewalt feindlich eingestellte Herrscher verjagt haben. Dort sind sie dem verbreiteten Antiamerikanismus auf den Grund gegangen, um die Völker gründlich davon zu heilen; und sie sind fündig geworden. Ganz offensichtlich werden die Menschen dort *falsch regiert*, nämlich nicht erfolgreich, also nicht wirkungsvoll genug auf die Wertschätzung des einzig politisch korrekten demokratisch-marktwirtschaftlich-proamerikanischen „way of life“ festgelegt und eingeschworen, der den Völkern der Welt doch sonst überall einleuchtet. Dabei gehen die Absichten der Regierenden in vielen Fällen durchaus in die richtige Richtung. Die meisten Potentaten, Präsidenten und Könige der Region verknüpfen Wohl und Wehe ihrer Länder und das Schicksal ihrer eigenen Herrschaft wunschgemäß mit den kommerziellen Interessen und den Sicherheitsbedürfnissen der Weltmacht und bemühen sich darum, ihre Völker in diesem Sinn unter Kontrolle zu halten. Wenn Letzteres trotzdem nur unzureichend oder gar nicht gelingt, dann liegt es für demokratische Weltverbesserer auf der Hand, dass dort die *Methoden* der politischen Willensbildung, nämlich der Bildung des politischen Volkswillens durch die Regierenden, versagen; was auch kein Wunder ist, weil es die falschen, nämlich nicht die demokratischen sind – Beweis: In einer gefestigten Demokratie wäre das nicht passiert, dass aus dem Sumpf antiwestlicher Gesinnungen und Sitten Terroristen wachsen. Um Einigkeit zwischen Führung und Volk auf der richtigen Linie herzustellen, einhellige Zustimmung zur Stellung der Nation innerhalb der amerikanischen Friedensordnung, braucht es

¹² Davon handelt fast das gesamte Heft GegenStandpunkt 1-05; einschlägig auch der Artikel zu Saudi-Arabien in GegenStandpunkt 3-05, S.97.

also *Demokratisierung* – dass sie damit ihr System der politischen Freiheit als überlegenes, weil denkbar effektivstes Herrschaftsmittel empfehlen, irritiert dessen selbstbewusste Propagandisten überhaupt nicht. Nicht bloß die Nationen mit falscher Obrigkeit also, auch solche mit einer Regierung, die ihre weltpolitischen Pflichten kennt, die antiamerikanische Volksmeinung aber nicht in den Griff kriegt, brauchen Meinungsfreiheit – unter Ausschluss antiwestlicher Propaganda, wobei sich die Einstellung zu Amerikas militantem Vorposten in der Region, zu Israel, als Prüfstein anbietet –, Parteienpluralismus – für den westliche Parteistiftungen, freischaffende Experten und Financiers als Geburtshelfer bereitstehen – und faire Wahlen – ohne Gewähr für die Anerkennung falscher Ergebnisse. Es geht um „regime change“ in einem radikalen qualitativen Sinn: Die Techniken der Herrschaft gehören so umgestellt, dass die Beherrschten nach Wunsch funktionieren.

Dieser Wandel, den sich weder Führung noch Volk in den Zielländern der amerikanischen Weltverbesserungsinitiative bestellt haben, bedarf freilich, um in die Gänge zu kommen, eines massiven Anstoßes von außen, einer fundamentalen Erschütterung der Gesellschaft und Verunsicherung der Staatsgewalt. Beides haben die USA bei ihren Kriegen und fortgesetzten Kriegsdrohungen mit im Sinn: „Shock and Awe“ à la Rumsfeld als Auftakt zu demokratischer Überzeugungsarbeit. Hinzu kommen Israels Militäraktionen als Lektion, dass praktizierter Proamerikanismus auf Dauer die einzige Chance der ortsansässigen Völker ist, einer gewaltsamen Korrektur ihrer schlechten Sitten zu entgehen. So passt beides zusammen: Krieg für mehr Demokratie, Demokratisierung als Fortsetzung des ‚Weltkriegs gegen den Terror‘ mit zivilen Mitteln.

f)

Der härteste Brocken für Amerikas ‚Neue Weltordnung‘ sind *die Verbündeten*.¹³ Den Sieg über die Sowjetunion organisiert der Westen noch gemeinsam: Im Konsens der Alliierten wird den Mitgliedern des Warschauer Pakts zu neuen prowestlichen Regierungen verholfen, nötigenfalls mit dezenter Nachhilfe beim gewaltsamen Umsturz. Sogar die größte Verschiebung der Machtverhältnisse zwischen den Verbündeten, die Vergrößerung der BRD um die DDR, geht einvernehmlich über die Bühne. Einig ist man sich auch bei der prompten Anerkennung der ehemaligen Sowjetrepubliken als selbstständige Nationalstaaten und der Nicht-Anerkennung russischer Ansprüche auf eine gewisse Vorherrschaft über die zum „nahen Ausland“ gewordenen Bestandteile der untergegangenen Union. Bei der „Wiedervereinigung“ Europas gehen die Standpunkte der Führungsmacht und ihrer Alliierten aber schon auseinander. Das Bedürfnis nach einem neuen Abschreckungsregime über die Staatenwelt teilen beide Seiten auch noch – im Prinzip; ganz deckungsgleich sind ihre jeweiligen Interessen an einer erneuerten Weltordnung nicht. Und mit jedem Krieg, den sie für nötig halten, nötigen die Amerikaner ihre Partner, und die nötigen ihrerseits mit ihren Aktionen und Reaktionen die transatlantische Vormacht, „Meinungsverschiedenheiten“ und Kumpanei neu auszutarieren.

Im Einzelnen:

Mit ihrem gemeinsamen Bemühen um die Eingliederung der osteuropäischen ‚Reformstaaten‘ in den Westen eröffnen die USA und die westeuropäischen Führungsmächte einen Streit um Prioritäten, nämlich

¹³ Im Folgenden wird explizit nur auf Amerikas europäische Nato-Partner eingegangen. Zu Japan, das mit Amerika und mit dem Amerika ganz analoge Probleme hat, ist das Nötige in dem Artikel „Japan, der andere Weltkrieg-II-Verlierer, meldet sich auf der strategischen Weltbühne zurück“ in GegenStandpunkt 2-06, S.131, nachzulesen.

um den Vorrang von NATO oder EU beim Zugriff auf die ehemaligen Sowjet-„Satelliten“. Bei diesem Streit geht es nicht mehr um das auch früher schon konfliktreiche, letztlich aber arbeitsteilige Verhältnis zwischen europäischer *Wirtschaftsunion* und transatlantischer *Sicherheits-„Architektur“* oder um einen neuen Gegensatz zwischen gesamteuropäischem Kapitalismus und gesamtwestlicher Militärmacht. In der Auseinandersetzung um die Federführung bei der ‚Integration‘ Mittel- und Osteuropas, also um die politische Vormundschaft über die Anschlusskandidaten, betätigen sich die EU-Mächte selber *als Ordnungsmacht*, als strategische Größe in Konkurrenz zu der Weltkriegsallianz, in der die USA das Sagen haben. Sie denken nicht daran, ihre NATO-Mitgliedschaft zu kündigen; als Rückversicherung gegen die Atomwaffen Russlands ist ihnen die Präsenz Amerikas als größte Militärmacht auf ihrem Kontinent nach wie vor wichtig. Aber sie teilen sich nicht mehr auf in eine Doppexistenz als militärische Helfershelfer und Versicherungsnehmer der USA und als deren europäisch verkuppelte Konkurrenten, sondern leisten sich eine Absurdität härteren Kalibers: Zu dem Militärbündnis, das sie mit den USA und zu deren Bedingungen nach wie vor unterhalten, fügen sie eine eigene, auf Osteuropa ausgreifende EU-Ordnungs- und Sicherheitspolitik hinzu und beanspruchen für sich als eigenständig operierende Gesamtgroßmacht den Vorrang vor den USA und sich selber als Teil der nordatlantischen Gesamtweltmacht.

Akut wird diese Auseinandersetzung und praktisch entscheidend vorangebracht durch die Einmischung des Westens in die Staatsgründungskriege der gegen den kommunistisch gewesenen Gesamtstaat und gegen einander aufgewiegelten Nationalitäten des alten Jugoslawien. Unter dem Motto „*Europa den Europäern!*“ machen sich die untereinander rivalisierenden Führungsmächte der EU mit einer Politik der an Bedingungen geknüpften Anerkennung zur Genehmigungsinstanz für Krieg und Kriegsergebnisse, Grenzziehungen und neue Souveränitäten auf ihrem Kontinent. Dabei machen sie allerdings die Erfahrung, dass es, um sich als oberhoheitliche Ordnungsmacht zu etablieren, nicht damit getan ist, die – teils ermunterten und unterstützten, teils in Schranken verwiesenen – Kriegsparteien kämpfen zu lassen. Das Gemetzel richtet sich nicht nach ihren Lizenzen und Verboten. Um sich nicht als ohnmächtig zu blamieren, bedarf der Standpunkt schiedsrichterlicher Entscheidungsmacht eines gewaltsamen Durchgreifens. Dafür finden die großen Europäer sich freilich auf ihre überkommene Kriegsallianz mit Amerika zurückverwiesen; und es beginnt ein Ringen um deren Sinn, Zweck und Nutzen und vor allem ums Kommando. Deutschland, Frankreich und Großbritannien, untereinander im Streit um die Federführung bei der Entwicklung einer gemeinsamen Ordnungspolitik für den Balkan, versuchen, ein jeder Allianzpartner auf seine Weise, vermittels der NATO die überlegene Waffengewalt der USA für sich zu nutzen, nämlich für eine von ihnen bestimmte europäische Ordnungsmacht zu funktionalisieren. Die USA lassen sich nicht lange bitten. Sie ergreifen selber die Initiative mit dem Ziel, mit der kriegerischen Korrektur der Gewaltverhältnisse vor Ort die eigene Oberhoheit über Krieg und Frieden auszubauen und sich so neu als europäische Führungsmacht zu etablieren, mit unbestreitbarer Zuständigkeit auch für die neuen und alle zukünftigen innereuropäischen Gewaltaffären. In diesem Sinn führen sie ihr Bündnis in den Krieg gegen das Rest-Jugoslawien des Präsidenten Milosevic. Die Europäer verwalten die Folgen und registrieren einen sehr gemischten Erfolg ihres widersprüchlichen Unterfangens, sich ohne Verzicht auf den Nutzen des Paktes von dessen Führungsmacht zu emanzipieren.

Das eine Zwischenergebnis steht damit fest: Die NATO bekommt einen neuen Inhalt. Offiziell erklärt sie sich für Kampfeinsätze in aller Welt zuständig, auch außerhalb der „area“, deren „Verteidigung“ bis dahin ihr militärischer Auftrag war; mit der Ausrufung des Bündnisfalls nach dem 11. September bestätigt sie nicht bloß die Entscheidung der US-Regierung, diese Missetat zum Anlass für eine Weltkriegserklärung zu nehmen, sondern zugleich ihren eigenen Daseinszweck als Organ der abschreckenden ‚Neuen Weltordnung‘ Amerikas. Der alte bündnispolitische Streit um Führungskompetenz und

Mitbestimmungsrechte dreht sich nunmehr um die Frage, wie diese neue Zuständigkeit wahrzunehmen sei und vor allem: *wer* bei der Definition von Eingriffstatbeständen, der Festlegung von Einsatzplänen und der Kriegführung das letzte Wort hat. Die USA verfechten mit dem Recht des Stärksten ihren Anspruch auf Alleinzuständigkeit und ihre Befugnis, über das Militär ihrer Juniorpartner mit zu verfügen. Die Europäer haben diesem Anspruch nicht viel entgegenzusetzen, womit sie ihre Kompetenz als Oberbefehlshaber begründen könnten. Umso dringlicher wird für sie ihr Programm, sich enger zusammenzuschließen und gemeinsam ihren kapitalistischen Reichtum auf das Niveau der Führungsmacht zu bringen und ihre Kriegsmacht auf das Niveau ihrer kapitalistischen Potenzen – womit Amerikas überragende Stellung als Weltfriedensmacht tatsächlich relativiert, also zerstört wäre.

An solch einen Durchbruch ist einstweilen zwar nicht zu denken. Westeuropas Weltpolitiker haben aber Erfahrung darin, mit ihrer relativen Schwäche politisch zu wirtschaften; und an diese alte NATO-Gepflogenheit knüpfen sie wieder an: Auf Basis der amerikanischen Abschreckungspolitik machen sie der Staatenwelt eigene abweichende, betont zivile, zumindest dem offiziellen Anschein nach entgegenkommende Benutzungs- und Betreuungsangebote. Unter Ausnutzung des Terrors, den die Führungsmacht entfaltet, nämlich einerseits im Vertrauen auf dessen einschüchternden Effekt, andererseits in wohlfeiler Absetzung von amerikanischer Intransigenz und Gewalttätigkeit, bieten sie der Staatenwelt, angefangen von Russland und China bis hinunter zu den Regimes, für die Washington einen „change“ plant, Gelegenheiten, gutes Geld und noch nicht einmal US-Dollars zu verdienen, und die Chance, auch weltpolitisch im Geschäft zu bleiben, ohne allen Vorgaben aus Washington folgen zu müssen. In der Ära des Kalten Krieges hat sich diese – im Verhältnis zu den USA schmarotzerhafte, den Adressaten gegenüber doppelzüngige – Politik insgesamt bestens bewährt, nämlich als innerwestliche Arbeitsteilung bei der Zersetzung des Feindes gewirkt. Ohne diesen übergeordneten gemeinsamen Zweck wirkt die gleiche Politik anders: Mit ihren Offerten auch an Staaten, die Washington zu den anti-amerikanischen Problemfällen zählt oder sogar als Feinde ächtet, stören die Europäer die Abschreckungswirkung des ‚Weltkriegs gegen den Terrorismus‘, auf die es den USA ankommt. Statt sich an der Einschüchterung der Staatenwelt zu beteiligen, auch durch die Isolierung und Ruinierung einzelner Mitglieder, trennen die Europäer und ermöglichen anderen die Trennung zwischen Mitmachen in der Weltwirtschaft und Weltpolitik und Unterordnung unter die Weltmacht – gerade da, wo die alles daran setzt, die Identität von Beteiligung und Botmäßigkeit durchzusetzen.

Für die USA ist diese europäische Politik eine Herausforderung; und zwar eine umso größere, als ihr Disziplinierungsmittel aus den alten Zeiten des Kalten Krieges nicht mehr verfängt: der warnende Hinweis auf den lebensnotwendigen atomaren „Schutzschirm“ der „Supermacht“, auf den sich nur willige Mitmacher verlassen dürfen. Andererseits sind sie sich sicher, dass zumindest etliche ihrer Verbündeten, speziell die neuen NATO-Partner aus Europas Osten, ihre Sicherheitsbedürfnisse noch allemal bei ihnen besser aufgehoben finden als im Verbund der militärisch noch lange nicht emanzipierten EU. Sicher sind sie sich ebenso ihrer „special relationship“ zu Großbritannien. Außerdem haben auch sie Erfahrung darin, einzelne Partner mit besonders guter, andere mit ausgesucht schlechter Behandlung an sich zu binden. All das nutzen sie, um die EU gerade dann, wenn sie sich zum sicherheitspolitischen Konkurrenten aufbauen will, zu spalten und darauf hinzuwirken, dass sie ihren Grundwiderspruch eines kollektiven Machtgewinns durch nationalen Souveränitätsverzicht nicht geregelt kriegt. Und solange das so ist, kommen die Europäer mit ihrem alternativen Imperialismus sehr schnell an Grenzen: Wenn Washington mit seinen Kriegsdrohungen ernst macht – und dass es davor nicht zurückschreckt, beweist es in einem Fall nach dem andern –, wird der Versuch einer Weltpolitik an Amerika vorbei oder gar gegen Amerikas Direktiven zuschanden.

In diesem Sinn entfalten die Kriege, die die Weltmacht ‚gegen den Terrorismus‘ führt, innerhalb des Westens ihre Wirkung. Auch den Verbündeten, gerade denen, lassen die USA keine Chance, gegen eine Kriegserklärung wirksam Einspruch einzulegen oder auch nur die Kriegsziele und die Art ihrer Verwirklichung mitzubestimmen. Wo wichtige europäische Partner sich der Bündnisdisziplin entziehen – wie Deutsche und Franzosen beim Krieg zur nachgeholten vollständigen Entmachtung des Saddam-Regimes im Irak –, da zögern die USA nicht, sich bevorzugt aus dem Kreis der übrigen EU-Mitglieder eine ‚Koalition der Willigen‘ zusammenzustellen; und sie werden grundsätzlich: Sie erklären dieses Vorgehen zum Präzedenzfall und neuen Paradigma. Feste Bündnisse für jeden Eventualfall, die allen Partnern die Möglichkeit eröffnen, der Führungsmacht in ihre Entscheidungen hereinzureden und in ihre kriegerischen Dispositionen hereinzupfuschen, sind nicht mehr aktuell. Die NATO ist damit zwar noch lange nicht aufgelöst, ihre Bedeutung für Amerikas ‚Neue Weltordnung‘ der monopolisierten Abschreckung aber entscheidend revidiert. Auch für die große imperialistische Kriegsallianz gilt die Alternative: entweder willig oder überflüssig. Vasallen sammelt die Weltmacht erklärtermaßen nach dem Grundsatz, dass der Einsatzfall sich sein Bündnis schafft; womit schon klar ist, dass solche Verbündete über den Bündnisfall und seine Abwicklung nichts mitzuentcheiden haben: Wer dabei ist, macht mit, was „der Fall“ verlangt. Ob dieses Mitmachen honoriert wird und wie, das steht dahin, liegt jedenfalls ganz im Ermessen der Führungsmacht. Wer sich verweigert, muss dagegen auf jeden Fall mit schlechter Behandlung durch die Weltmacht rechnen, mit offensiver Nicht-Beachtung seiner Interessen in der Weltgegend, die gerade zu einem „better place“ gemacht wird, und mit Ausgrenzung, was deren weitere Benutzung betrifft.

Mit viel konstruktivem Engagement bei der Bewältigung des Chaos und des Unfriedens, den Amerikas antiterroristische Feldzüge erst einmal hinterlassen, kann sich freilich auch ein widerspenstiger Alliierter durchaus rehabilitieren und im Rahmen des vorangetriebenen Abschreckungsregimes eigene Positionen behaupten oder zurückgewinnen. Denn so ist es auch wieder nicht, dass die USA in ihrem weltweiten ‚Krieg gegen den Terror‘ auf die Hilfe ihrer Rivalen verzichten wollten und könnten. Von ihrer Politik machen sie deswegen zwar keine Abstriche; eine wirkliche Mitentscheidung darüber räumen sie auch ihren wertvollsten Verbündeten und wichtigsten Konkurrenten nicht ein. Sie finden es auch ganz in Ordnung und unterstützen es, wenn Israel mit seiner unerbittlichen Kriegführung alle anderen interessierten Großmächte und eben vor allem die EU mit ihrem Ehrgeiz, an der Einrichtung und Kontrolle der Machtverhältnisse im Nahen Osten maßgeblich mitzuwirken, zu machtlosen Zuschauern degradiert und praktisch vorführt, dass dieser ganze Interventionswille nur so viel wert ist, wie Israel und seine Schutzmacht, letztendlich also die USA zulassen. Und mit ihrem Projekt der Demokratisierung der gesamten Region nimmt Amerika ganz entschieden und offensiv keine Rücksicht auf verbündete und andere ‚dritte‘ Mächte, die ihrerseits an denselben Staaten ein imperialistisches Interesse haben und sich mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen womöglich ganz gut bedient, vielleicht aber auch ganz anders gestört und beschränkt finden als die USA oder sogar erst richtig geschädigt werden durch die ‚demokratischen Revolutionen‘, die die USA dort in Gang zu setzen bemüht sind. Eben weil es dermaßen viel aufmischt und in produktiver Absicht zerstört, braucht Amerika aber und beansprucht die Hilfe der anderen, und zwar nicht der willigsten, sondern der ökonomisch und militärisch potentesten Nationen, spätestens bei der Schadensbewältigung; und es benötigt und nötigt sie auch zur vorsorglichen Schadensbegrenzung, wenn es um die nächste Offensive gegen den nächsten Kandidaten für einen unfreiwilligen „regime change“ geht. Denn von ihrer Generallinie, die Welt unerbittlich in Ordnung zu bringen, lässt die Weltmacht sich auch durch die eingetretenen und die Aussicht auf weitere wüste Folgen durchaus nicht abbringen: *Die will sie als gemeinsame Aufgabe verbindlich machen.*

So ringen die USA und ihre verbündeten Rivalen miteinander: Amerika um eine funktionale Einordnung ihrer imperialistischen Konkurrenten in seine ‚Neue Weltordnung‘; diese um Eigenständigkeit innerhalb und ein wenig auch oberhalb des revidierten Weltkriegs- und -friedenssystems, mit dem Fernziel, Gleichrangigkeit mit dem übergroßen Partner zu erreichen und ihm seine Führungsmacht zu entwenden. Die Weltmacht fordert mit der Inanspruchnahme ihrer alten westlichen ‚Wertegemeinschaft‘ den Emanzipationswillen ihrer Alliierten heraus; diese nutzen die Anforderungen ihres überlegenen Rivalen, um sich eigenmächtig in dessen Vorhaben einzumischen, und provozieren ihn mit ihrem zähen Streben nach mehr Imperialismus in Eigenregie. Damit machen beide Seiten ihr überkommenes Bündnis kaputt, dem seine Geschäftsgrundlage – die notgedrungen freiwillige Unterordnung der NATO-Vasallen unter die transatlantische „Supermacht“ zum Zwecke eines nur gemeinsam zu gewinnenden Weltkriegs – längst abhanden gekommen ist. Die Bekundungen einer unverbrüchlich fortbestehenden Einigkeit in den Grundfragen der Weltpolitik werden dadurch immer wichtiger, die Festlichkeiten der großen Weltordner zur Demonstration ihrer unveränderten Absicht, als G7 zusammenzuhalten, immer demonstrativer. Berechnende Kumpanei hält sich die Waage mit wechselseitigem Belauern und akuten Zerwürfnissen. So funktioniert *Solidarität unter Imperialisten*.

g)

Den US-Politikern ist klar genug, worauf ihr Vorrang als bestimmende, Fakten setzende Weltordnungsmacht tatsächlich beruht. Sie machen sich daher nichts aus Vorwürfen und Mahnungen der Art, mit „*Gewalt allein*“ ließe sich für die großen Probleme und Konflikte der Gegenwart „*keine Lösung*“ erreichen: Seit dem Ende der Sowjetunion sind sie damit befasst, die wirklich zukunftsweisenden Weltprobleme und Konflikte zu *eröffnen* und Abschreckung mit und durch *Gewalt* als universelle *Friedensbedingung* durchzusetzen. Außerdem haben sie den 11. September erlitten und daraus den enormen Schluss gezogen, dass sie mitten im Frieden eigentlich im Krieg sind, in einem Weltkrieg sogar; und wenn sie diese Kriegserklärung schon im Innern ihres Landes praktisch wirksam werden lassen und den zivilen Alltag der Nation in eine innere Sicherheitsfront verwandeln, um wie viel mehr müssen sie dann den Rest der Welt die Lage spüren lassen! Und wie anders sollte das gehen, die Welt in Kriegszustand zu versetzen, als mit Gewalt!

Um sich neu, der selbst definierten „Lage“ entsprechend, als Weltmacht zu beweisen, benötigen die USA also nach wie vor als Allerwichtigstes das Eine: *Gewaltmittel*. Bei der Masse wie vor allem beim Entwicklungsstand ihrer Waffenarsenale brauchen sie einen uneinholbaren Vorsprung vor sämtlichen Konkurrenten und potentiellen Opfern. Je nach den Möglichkeiten, die der Fortschritt der Waffentechnik bietet, werden immer neue Szenarios und Eskalationsstufen für Militäreinsätze ausgetüftelt und für die anspruchsvollsten strategischen und taktischen Aufgabenstellungen passende Gerätschaften in Auftrag gegeben. Dafür nutzen US-Regierungen den gigantischen kapitalistischen Reichtum ihrer Nation, exzessiv und rücksichtslos gegen dessen innere wie vor allem äußere Quellen: Sie finanzieren ihre Rüstung mit Schulden, die der Rest der Welt, nicht zuletzt ausgerechnet die großen Rivalen in Ostasien, als solide stoffliche Existenz ihres abstrakten Reichtums anerkennen und benutzen. Umgekehrt nimmt sich Amerika in der patriotischen Gewissheit, dass mit genügend Geld alles machbar ist, große Dinge vor. Ein Raketenabwehrsystem z.B., das die Träume des unvergessenen Sowjetunion-Bezwingers Reagan wahr macht; dafür werden auch gleich etliche ferne Länder rund um den Globus als Stationierungsorte für Komponenten des Systems in Beschlag genommen. Für den Ausbau der eigenen offensiven Raketenwaffe ergeht der Auftrag, absolut sicherzustellen, dass jeder Fleck auf der Erdoberfläche einschließlich eventuell

darunter verborgener Bunker und mitsamt allen dort vermuteten Terroristen innerhalb einer Stunde ab Zielerfassung auf Knopfdruck zuverlässig zerstört werden kann; möglichst auch ohne Nuklearsprengsätze. Und überhaupt müssen mehrere Kriege gleichzeitig gewonnen werden können, mit Nato oder auch ohne sie; daran arbeitet die Weltmacht.

Ihre Chefs werden wissen, warum.